ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Meier, Bernd

Research Report

Freiheit und Eigenverantwortung: Empirische Befunde und ordnungspolitische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

IW-Analysen, No. 5

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Meier, Bernd (2004) : Freiheit und Eigenverantwortung: Empirische Befunde und ordnungspolitische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, IW-Analysen, No. 5, ISBN 3-602-14664-2, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/181766

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

analysen

Forschungsberichte
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Bernd Meier

Freiheit und Eigenverantwortung

Empirische Befunde und ordnungspolitische Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

DEUTSCHER INSTITUTS-VERLAG

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 3-602-14664-2

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2004 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon (02 21) 49 81-4 52
Telefax (02 21) 49 81-4 45
Internet: www.divkoeln.de
E-Mail: div@iwkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1 Einleitung 4

2 Leitvorstellungen zum Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum 5

3 Moderne Sachzwänge: Chancen für mehr Wohlstand durch mehr Freiheit 17

3.1 Drei Herausforderungen: Globalisierung, technischer Fortschritt und demographischer Wandel 17

3.2 Mit Freiheit zu mehr Wachstum und Wohlstand 24

4 Wohlstand im Wohlfahrtsstaat – Ursachen und Ausmaße einer Paradoxie 31

5 Der Aufruf zu mehr Eigenverantwortung – spielt die Gesellschaft mit? 39

5.1 Politische Aufrufe und Reformansätze für mehr Eigenverantwortung 39

5.2 Demoskopische Entdeckungen – die Wertschätzung von Freiheit und Eigenverantwortung 48

5.3 Risiko versus Sicherheit im Akzeptanzmodell 56

5.4 Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – aber wozu? 61

5.5 Bereitschaft zur Eigenverantwortung am Beispiel von Lebensfeldern 65

5.6 Freiheit und Eigenverantwortung – Einschätzungen der Bevölkerung Deutschlands im internationalen Vergleich 94

6 Die Bürgergesellschaft – ein Modell für Freiheit und Eigenverantwortung 100

7 Zusammenfassung 108

Anmerkungen 111

Literatur 113

Kurzdarstellung / Abstract 122

Der Autor 123

1 Einleitung

In manchen entwickelten Volkswirtschaften sind infolge steigenden internationalen Wettbewerbsdrucks mitunter anpassungsfeindliche institutionelle Verkrustungen erkennbar geworden, deren Auflösung sich heute oft als schwierig erweist. Konkurrenzfähig werden Volkswirtschaften aber immer nur dann sein, wenn sie ein angemessenes Maß an individueller Freiheit zur „schöpferischen Zerstörung“ durch Innovationen zulassen und sie die Kraft haben, sich vor dem Hintergrund eines mehr und mehr wissensabhängigen Wirtschaftswachstums institutionell selbst zu erneuern. Besonders in einer Zeit schnellen Wandels mit seinen notwendigen Anpassungen sowie der politischen Vorgabe, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Raum der Erde“ zu machen, hat eine deutliche Besinnung auf die Grundwerte von Freiheit und Eigenverantwortung sowie auf „spontane Ordnungen“ stattzufinden. Das heißt, aus dem auch im Westen bekannten Regime staatlicher Enteignung von Freiheit zur Eigenverantwortung (unter der Legitimation von „sozialer Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Gleichheit“) auszubrechen und die staatliche „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ wieder zugunsten von Freiheit und Selbstverantwortung ein Stück zurückzuführen.

Hätte in Deutschland eine Politik, wenn sie denn mutig mehr grundlegende institutionelle Reformen zur Revitalisierung von Freiheit und Eigenverantwortung als Grundlagen für ein wissensgetriebenes Wachstum und für Innovationen anpackte, jenseits aller Interessengruppen, in der Bevölkerung einen starken Partner? Oder hat der wohlfahrtsstaatliche Entzug von Freiheit bereits jegliche Eigeninitiative und Verantwortung erstickt? Welchen Stellenwert haben Freiheit und Verantwortung heute im Bewusstsein der Bevölkerung? Die vorliegende Studie geht diesen Fragen anhand verschiedener nationaler und internationaler Indikatoren nach und will einige Linien für eine eigenverantwortliche „offene Gesellschaft“ beschreiben, die zur „schöpferischen Zerstörung“ auf der Basis von Freiheit und Eigenverantwortung fähig ist.

So ordnet Kapitel 2 zunächst einleitend und übergreifend die Eigenwerte Freiheit und Verantwortung als individuelles Recht ein und stellt die Frage nach den Rahmenbedingungen ihrer Verwirklichung. Kapitel 3 zeigt auf internationaler Ebene anhand verschiedener Indikatoren einige Sachzwänge auf, die auf die Politik Druck ausüben, den Grad sozioökonomischer Mikrovariabilität durch mehr Freiheit und Eigenverantwortung (Reformen) zu erhöhen. Weiterhin wird hier der Zusammenhang zwischen Freiheit und wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Prosperität überprüft. Kapitel 4 geht der Frage nach, ob in Deutschland aufgrund der sozioökonomischen Lebenslage in der Vergangenheit zumindest ein ökonomischer Spielraum für mehr Eigenverantwortung vorhanden war. Kapitel 5 untersucht die entscheidende Frage, wie es um die Mentalität hinsichtlich der Werte von Freiheit und Eigenverantwortung in der Bevölkerung bestellt ist und welche subjektiven Potenziale erkennbar sind. Kapitel 6 umreißt die Intention der Bürgergesellschaft als eine Möglichkeit, wieder mehr Freiheit und Eigenverantwortung bei sozialer Bindung zu verwirklichen. Kapitel 7 schließt mit einer Zusammenfassung ab.

2 Leitvorstellungen zum Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum

In der Debatte um eine stärkere Verankerung von Eigenverantwortung als Korrelat zur Freiheit des Einzelnen geht es ordnungspolitisch um eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum. Im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bilden Freiheit und Eigenverantwortung die Säulen und die Grundlagen der Solidarität und Chancengerechtigkeit. Systematisch sollen zunächst grob drei Umsetzungsbereiche unterschieden werden, wobei immer wieder systembedingt auch Überschneidungen anzutreffen sind:

- der personale, individuelle Bereich,
- der Systembereich,
- der Bereich der Rahmenbedingungen.

Auf der individuellen Ebene geht es darum, inwieweit der Einzelne befähigt ist oder kraft Sozialisation befähigt werden kann, für die Folgen seines Denkens und Handelns selbst einzustehen und sie als Konsequenz seines freien Willens und seiner freien Entscheidung aufzufassen. Dabei verbietet ihm die Verantwortungsethik ein Tun oder Unterlassen zum eigenen Schaden wie auch zum Schaden anderer, soweit ihm dies nach den zur Verfügung stehenden Informationen und Einsichten in etwaige Folgen möglich ist. Eine solche Verantwortung bedeutet keine Verantwortung für das Ganze oder dessen Teile, zumal dies ein Eingriff in die Verantwortungsbereiche und -rechte anderer Subjekte wäre. Hier geht es vielmehr um mehr Bewusstsein für eine unmittelbare Verantwortung für das eigene Tun und Unterlassen. Diese individuelle Eigenverantwortung erlaubt es nicht, allein Umfeldbedingungen für das eigene Leben und Schicksal verantwortlich zu machen.

Dieser Ansatz fußt auf der naturrechtlichen Argumentation John Lockes (1943, 129 ff.) und der Präexistenz eines Naturrechts auf Selbsteigentum des Menschen an Leib und Leben, an seiner Erhaltung und an den Früchten seiner Arbeit sowie auf der Wertidee der Aufklärung, der Einzelne könne kraft seiner Vernunft ein eigenständiges und selbst zu verantwortendes Leben führen. Dieses Recht beinhaltet die ureigene Aufgabe zur Selbstsorge und basiert auf dem Verursacherprinzip im Sinne einer individuellen Verantwortungsethik. Anthropologisch gesehen kann es auf die stets unvollkommene Natur des Menschen, der durch Handeln sein Leben und seine Umwelt selbst zu gestalten hat, zurückgeführt werden. Wegen seiner Mängelhaftigkeit (Gehlen, 1974) ist er ein Leben lang zum Handeln und Gestalten im Sinne seiner individuellen Eigensorge gezwungen, um überleben zu können; dies ist weniger Pflicht als Notwendigkeit.

Auf der System- oder Organisationsebene kommt es zur Co-Verantwortung durch Verantwortungsteilung. Aber auch hier greift entsprechend der individuellen Wahlfreiheit die personale Verantwortung, die es auch im Systemzusammenhang wahrzunehmen gilt. Idealerweise ist eine weitgehende Zielkonformität unter den Organisationsmitgliedern gegeben. Obschon es in Netzwerken bei individuellen Verantwortungsbereichen bleibt, können im Organisationsverbund Verantwortungslücken und

Konflikte entstehen, da Zurechenbarkeiten schwer fallen; dies kann die Risikobereitschaft erhöhen. Für die gesellschaftlichen Beziehungen und die Systeme der sozialen Sicherung, in denen es auch um die Frage der Mitverantwortung (Solidarität) geht, bedeutet dies, dass nach dem Primat der subsidiären Verantwortung immer erst der Einzelne in der Verantwortung für die Folgen seines Denkens und Handelns steht. Die entscheidende Frage ist, wie bei möglichst hoher Systemtransparenz Eigen- und Mitverantwortung als individuelle Geisteshaltung beim Einzelnen gestärkt werden kann, um in der Lage zu sein, auch im Systemzusammenhang eigenverantwortlich zu handeln.

Vor allem der Staat (die Politik) setzt schließlich den formalen Rahmen für die Möglichkeiten und Grenzen, in denen Freiheit und Eigenverantwortung vom Einzelnen wahrgenommen werden können und auch sollen. Er ist der Rechtsstaat und das Gemeinwesen tritt dann ein, wenn der Einzelne nicht in der Lage ist, seine Daseinsvoraussetzungen ausreichend zu gewährleisten. Im Bereich der Rahmenbedingungen greift die ordnungspolitische Kritik an der Expansion von kollektiver, staatlicher Verantwortung (überdimensionierter Sozialstaat). Sie setzt zunächst bei der Verletzung individueller Eigentumsrechte an, die der Staat eigentlich zu schützen hätte.

In einer freien und „offenen Gesellschaft“ kommt diesem Aspekt eine wesentliche Bedeutung zu. Sie bezeichnet eine Gesellschaft ohne Bevormundung des Individuums, wie sie von Karl R. Popper 1944 als Gegenbild zur „geschlossenen Gesellschaft“ entwickelt wurde. In der „offenen Gesellschaft“ ist die Freiheit zu stetem Wandel durch Wettbewerb und Selbstorganisation gegeben, und die Menschen sollen ihre Entscheidungen (nach einer Diskussion) auf die Autorität ihrer eigenen Intelligenz gründen (Popper, 1977, 269). Aus dieser Überlegung ergibt sich auch die Verantwortung für ihre Entscheidungen. Eine solche idealtypische Sichtweise versperrt allerdings den Blick für die letztlich nur relativ mögliche individuelle Autonomie in Steuerungs-Netzwerken und sozialen Daseinsbezügen.

Im liberalen Denken stellt sich die Realisation personaler Verantwortungsethik als ein ordnungspolitischer Auftrag an die Politik dar. Sie setzt

nicht nur Freiheit und Vernunft voraus, sondern auch, dass sie in Anspruch genommen werden kann und die intendierten und nichtintendierten Folgen des Handelns oder Nicht-Handelns, soweit sie überschaubar sind, auch selbst verantwortet werden können.[1] So ließen sich die heute häufig eingeforderten Reformbemühungen im Sinne einer Rückkehr zu mehr Freiheit und Eigenverantwortung, außer mit Kostenargumenten, auch mit Hinweisen auf die unveräußerliche Menschenwürde und das Recht auf Selbsteigentum begründen.

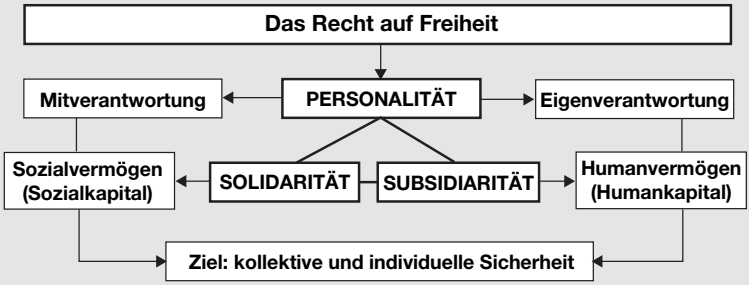
In der Konzeption einer Ordnungspolitik von Walter Eucken (1952, 254 ff.) implizieren seine Hinweise auf eine funktionsfähige (Wettbewerbs-) Ordnung, das Privateigentum, Dezentralität, die Vertragsfreiheit und personelle Haftung das Prinzip der Eigenverantwortung in einer geordneten Freiheit. Diese geordnete Freiheit beinhaltet seit Adam Smith' Abhandlungen über eine „Theorie der ethischen Gefühle" von 1759 (Smith, 1949) den moralischen Appell an die Mitmenschlichkeit des Einzelnen und seinen Gemeinsinn. Die Klammer für die Freiheit aller ist die Ethik der Gemeinsinnorientierung jedes Einzelnen im Sinne des kategorischen Imperativs (Immanuel Kant).

Auf der Basis dieser sehr wohl sozialverpflichteten, also nicht einer grenzenlosen Freiheit ergeben sich drei ethische Prinzipien (Personalität, Subsidiarität und Solidarität), aus deren Verwirklichung sich erst über die Bildung von Human- und Sozialvermögen beziehungsweise -kapital dann auch individuelle und kollektive Sicherheit entwickelt kann (Abbildung 1). Doch nur dann, wenn der Einzelne auch Wahlfreiheiten hat, ist auch die Freiheit zur Eigenverantwortung umsetzbar. Auf Max Weber (1919) ist die hier wichtige idealtypische Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik als Handlungsmotivation (besonders für die Politik) zurückzuführen, bei der er auf der verantwortungsethischen Ebene die kausale Zurechnung und Haftungszuweisung hervorgehoben hat. Auf der gesinnungsethischen Ebene bleibt dagegen oft eine Erörterung der Handlungsfolgen aus, weil man gesellschaftliche Handlungszusammenhänge ausblendet und stets die Verantwortung dem System und seinen übrigen Teilnehmern zuweist.

Abbildung 1

Die ethische Wert-Triade:
Personalität – Subsidiarität – Solidarität

– ein stilisierter Zusammenhang –



Eigene Zusammenstellung

- Der Wert der Personalität bedeutet, dass der Mensch ein Wert an sich ist und er sein Leben in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im Sinne der Übernahme von Rechten und Pflichten führen kann. Dies ist eine Grundvoraussetzung der auf der personalen Würde des Einzelnen beruhenden freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Erst durch die Wahrnehmung dieser Möglichkeit gewinnt er mehr individuelle Freiheit, Mündigkeit und Souveränität.

- Entsprechend dem Wert der Subsidiarität ist die Gesellschaft unter Beachtung der Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen von unten nach oben aufgebaut (Struktur- und Ordnungsprinzip). Das bedeutet, dass das, was die jeweils untergeordnete Einheit allein leisten kann, auch von ihr erbracht werden soll. Dieses Prinzip ist in erster Linie am genannten Selbstbestimmungsrecht des Menschen orientiert. Erst in den Fällen, in denen die individuelle Entscheidung zu suboptimalen Ergebnissen führt, tritt subsidiär die nächsthöhere Ebene ein. An diesem liberalen Prinzip orientiert sich auch das neuerlich wieder stärker diskutierte Konzept der Bürgergesellschaft, das der Selbsthilfe den Vorrang vor staatlicher Betreuung und Reglementierung gibt (Kapitel 6).

- Die soziale Natur des Menschen, sein Leben in und mit der Gemeinschaft, führt schließlich zum Wert der Solidarität – jeder ist auch seinem Nächsten gegenüber verpflichtet, ihm Wohlwollen, Respekt und Gerechtigkeit zukommen zu lassen (soziales Commitment). Dieser Wert der Solidarität ist auch eine maßgebliche Legitimation für Umverteilungsmechanismen in der sozialen Sicherung.

Die Gesellschaft schöpft idealerweise aus der Realisation dieser Wert-Triade ihr Human- und Sozialvermögen als individuelles und kollektives Zivilisationspotenzial. Die Verantwortung für die Handlungsfolgen bis hin zum Einzelnen zuzuweisen hat nach von Hayek den Grund, dass erst dann die volle Aufmerksamkeit auf das gelenkt wird, was von unseren Handlungen abhängt, und wir erst dann zur Erreichung dieser Ziele all unsere Kenntnisse und Fähigkeiten nutzen (von Hayek, 1971b, 99). Hierauf beruht ganz wesentlich auch das Konzept der Leistungsgesellschaft. Eigenverantwortung als solche gilt als eine Einstellung des Menschen gegenüber sozialen Objekten und Sachverhalten, über die er handelnd frei verfügen können muss. Sie ist zunächst ein philosophisches Konstrukt und wird dem Bereich personaler Kompetenz eines jeden zugeordnet.

Sicher sind für den Einzelnen oft Zweifel angebracht, ob er diesem idealtypischen Handlungsentwurf der Verantwortungsethik immer gerecht werden kann. Eigenverantwortliches Handeln setzt nämlich die Möglichkeit zur Selbstbestimmung des Handelns und der Handlungswege und -ziele auf der Basis der Wahlfreiheit wie des Informiertseins über die Voraussetzungen und Konsequenzen voraus. Nur unter den Bedingungen möglichst vollständiger und objektiver Informationen kann die individuelle Eigenverantwortung in Freiheit wahrgenommen werden (informierte Vernunft). Allerdings wird in stark arbeitsteiligen und komplexen Gesellschaften mit hohem Spezialisierungsgrad auch der mögliche Informationsgrad des Einzelnen eingeschränkt. Hieraus resultiert die Notwendigkeit des Vertrauens in die Informationen Dritter.

Die folgende Übersichtsmatrix umschreibt wichtige Rahmenbedingungen eines freien und eigenverantwortlichen Handelns (vgl. hierzu auch: von Hayek, 1971b, 102). Sie definieren im Sinne einer individualistischen

Verantwortungsethik gegenüber Dritten den Möglichkeitsgrad selbstbestimmten Entscheidens, den der Einzelne wahrnehmen will und kann.

Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass viele Risikoeinschätzungen und -bewertungen nicht individuell getroffen werden, sondern gesellschaftlich durch Normen, Werte, Experten, Medien und die Politik vermittelt werden und ein autonomer (rationaler) Entscheidungsprozess nur begrenzt erfolgen kann. Dabei kann in Anlehnung an Niklas Luhmann (1991) zwischen Risiko und Gefahr unterschieden werden: Während das „Risiko“ der Subjektivität und Selbstwahl unter Entscheidungsalternativen mit ihren Folgen unterliegt, geht „Gefahr“ von der Umwelt als Quelle aus. Für die Akzeptanz ist ausschlaggebend, ob der Einzelne sich freiwillig oder unfreiwillig in von ihm als Risiko oder Gefahr definierte Situationen begibt. Besonders in hoch differenzierten komplexen Gesellschaften wird dies zu einem Schlüsselproblem, je mehr der Einzelne aus gewohnten sozialen Zusammenhängen oft ohne sein Zutun herausgelöst wird.

Übersicht 1

Rahmenbedingungen für Freiheit und Eigenverantwortung

	Subjektive und objektive Möglichkeiten	**Bezugsstruktur**	**Grad pers. Wahrnehmung von Zurechenbarkeit**
Individuum	*Information, Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen (persönliches Humanvermögen)*	*Persönliche Handlungsziele und Präferenzordnungen (Selbstbezug)*	*Risiken (individuell zurechenbar, selbst induziert)*
Umfeld – Situation	*Gegebene Infrastruktur und Ressourcen (objektive Chancen)*	*Herrschende soziale Werte und Normen (Fremdbezug)*	*Schäden (nicht individuell zurechenbar, fremd induziert)*
↓ ↑	↓ ↑	↓ ↑	
Grad der Freiheit und Eigenverantwortung in der Gesellschaft			

Eigene Zusammenstellung

Der individuelle Freiheits- und Verantwortungsspielraum wird nicht nur in hohem Maße vom intermediären Raum der Verbände und der Politik, sondern auch vom oft unterschiedlichen Grad der individuellen Zurechenbarkeit von Handlungsfolgen Dritter definiert, wobei die Grenzen fließend sind.

Während der Staat besonders für die formalen situativen Randbedingungen (zum Beispiel Rechtswesen, formale Bildungschancen, Regulierungen in der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes) verantwortlich ist und, wo nötig, für möglichst formal gleiche Startvoraussetzungen zu sorgen hat, werden von der Gesellschaft und ihren Sozialisationsinstanzen wie Kirchen, Medien, Schulen und Familien soziale Werte und Normen als ideelle Orientierungsmaßstäbe des Entscheidens und Handelns vermittelt. Welches Gewicht den einzelnen Ebenen jeweils zugemessen wird, hängt vom jeweils herrschenden Menschen- und Gesellschaftsbild ab. Im liberalen Modell herrscht die personale Bezugsebene des Handelns vor: Der situative Kontext soll durch die Ordnungspolitik so gestaltet werden, dass die freie Entfaltung des Individuums im Rahmen einer „spontanen Ordnung“, einer „Katallaxie“ (von Hayek, 1968), zum Nutzen aller möglich ist. Dabei wird keineswegs übersehen, dass zwischen formaler Freiheit und materiellen Rahmenbedingungen (materiellen Lebenslagen) Wechselbeziehungen bestehen.

Nach liberaler Auffassung stärkt eine funktionierende Wettbewerbsordnung nicht nur die Eigenverantwortung und die Erhaltung der Freiheit, sondern bändigt unter Bewahrung der Individualität zugleich die Kräfte des Egoismus (Eucken, 1952, 365). Die sozialpolitische Alternative Ludwig Erhards zur freiheitsfeindlichen Umverteilungspolitik zum Zwecke größerer Gleichheit bestand in der Stärkung des Zusammenhalts in freiwilligen Gruppen und der Ermutigung zur Eigeninitiative. Erhards Auffassung war, dass „nichts unsozialer als der Wohlfahrtsstaat ist, der die menschliche Verantwortung erschlaffen und die individuelle Leistung absinken läßt“ (Erhard, 1962, zitiert bei Habermann, 1988, 36).

Freiheit wie Eigenverantwortung sind es mithin, die auch der Marktwirtschaft ihre soziale wie ethische Substanz verleihen und dem Einzelnen

aktive Lebenschancen ermöglichen sollen. Sie sind zugleich Teil der Würde des Menschen, die, wie die Freiheit der Person, grundgesetzlich geschützt ist (GG Art I Abs. 1 und Art II Abs. 2) – sie zu sehr einzuschränken bedeutet auch, sie zu verletzen. Ein Staat, der dies durch erhebliche Eingriffe ins Recht auf Selbsteigentum und Freiheit tut, muss sich fragen lassen, inwieweit er sich verfassungskonform verhält und ob er die Selbstachtung des Einzelnen verletzt, indem er ihm Chancen zum Tätigwerden vorenthält.

Trotz Einrechnung der Möglichkeit, dass selbstverantwortetes Handeln auch zu untragbaren Folgen führen kann und aus moralischen Gründen die Solidarhilfe greifen muss, sowie empirischer Probleme bei der Erfassung vermeidbarer negativer Handlungsfolgen ist nach Gross (1990, 100 f.) der Einzelne als letztendliche Verantwortungsinstanz in der Sozialpolitik der Vergangenheit zu wenig beachtet worden. Es komme darauf an, zu lernen sich selbst zu helfen: „Sich selber helfen in diesem Sinne ist insofern auch eine Hilfe für die anderen. Es ist eine soziale Krankheit, immer die anderen anzuhalten und sich selber zu dispensieren ...“ (Gross, 1990, 101). Schon in der Ordnungspolitik Walter Euckens, in der eine gute Wirtschaftspolitik auch die beste Sozialpolitik ist, heißt es: „Wenn Selbsthilfe und Versicherung nicht ausreichen, sind staatliche Wohlfahrtseinrichtungen notwendig. Aber der Akzent sollte, wo irgend anhängig, bei der Stärkung der freien Initiative des Einzelnen liegen.“ (Eucken, 1952, 319)

Der Markt als „spontane Ordnung“ gilt im Liberalismus als diejenige Instanz, die durch die Freiheit zunächst ein hohes Maß an Eigenverantwortung generiert, denn in einer freien Gesellschaft gibt es nur durch Verabredungen eine kollektive Verantwortung (von Hayek, 1971, 102). Müller-Armack (1974, 119 ff.) hat, besonders in seiner Konzeption einer „zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft“ in den sechziger Jahren, auf den integrierenden Wert von Freiheit und Verantwortung für ein gesellschaftspolitisches Leitbild hingewiesen. „Mit fortschreitender Expansion wachsen mehr und mehr Schichten in eine Lage hinein, in der ihnen ein höheres Maß an Selbsthilfe zugemutet werden kann.“ (Müller-Armack, 1960, 1974, 141) Danach ist Soziale Marktwirtschaft ein neuer Stil aus einer Synthese

sozialer und freiheitlicher Anliegen. Derzeit besteht eine der großen gesellschaftspolitischen Aufgaben – nach der Realisation des Sozialen über den Weg der Umverteilung – darin, das individuelle Recht auf Selbsteigentum und Eigenverantwortung wieder neu zu entdecken. Ziel dabei ist die Rückgewinnung einer Balance zwischen Freiheit und sozialer Sicherung, also Gebundenheit. In ordnungspolitischer Absicht hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) beispielsweise in seinem Jahresgutachten 2002/2003 sehr eindeutig auf Defizite in der staatlichen Zuteilung von Freiheit und Eigenverantwortung hingewiesen und mahnte wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf an. Er forderte mehr Freiräume zur Entfaltung privatwirtschaftlicher Dynamik sowie unter anderem den Abbau von Rigiditäten auf deutschen Arbeitsmärkten, von Wettbewerbsbeschränkungen sowie von Genehmigungshürden und den Abbau der Belastungen des Faktors Arbeit mit Sozialbeiträgen (SVR, 2002). Im Grunde sprach er sich damit für eine Beendigung der Exklusion vom Recht auf Freiheit und Eigenverantwortung aus.

Damit wurde der Staat auch von dieser Seite aufgefordert, mit der Gewährung von Eigenverantwortung ordnungspolitisch großzügiger zu verfahren, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu kommen. Indem der Rat auf kostensenkende Wirkungen des Wettbewerbs hinwies, wird zugleich deutlich, wie sehr hierdurch auch die Entfaltungsfreiheit des Unternehmertums zum Nutzen der Gesellschaft vergrößert werden kann. Jede Art von Wettbewerbseinschränkung entspricht nicht nur einem Verzicht auf seine Entdeckungsfunktion, sondern auch – unter Beachtung der Fairness – einer Verletzung des Rechts auf Selbsteigentum. Wie sich zeigen wird, steht diese wissenschaftliche Einschätzung der Wirkungen staatlicher Übermacht im Einklang mit großen Teilen der Bevölkerung. Was ein langfristiger Entzug dieses Rechts im Extremfall volkswirtschaftlich „kosten“ kann, zeigt sich heute am Beispiel des sozioökonomisch zu bewältigenden Anschlusses der ehemaligen DDR an die Bundesrepublik Deutschland.

Die Befriedungsidee der Sozialen Marktwirtschaft basiert unmittelbar auf diesem Gedanken an die Entfaltung von Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und damit Subsidiarität. Keineswegs steht der gegenwärtig

zu beobachtende Prozess der Individualisierung und Selbstentfaltung durch den Willen zur Übernahme von mehr Eigenverantwortung im Gegensatz zur Akzeptanz von mehr Verantwortung für die Gesellschaft (Klages, 1998, 32).

Je weniger Freiheit und Selbstverantwortung der Staat Wirtschaft und Gesellschaft überlassen hat, desto höher musste die Zahl der Gesetze und Vorschriften sowie Steuern und Abgaben werden. Tatsächlich ist die bürokratische Belastung für Unternehmen und Bürger durch die staatliche Neukreierung von Gesetzen, Vorschriften, Steuern und Abgaben inzwischen stetig gestiegen. Indizien hierfür sind zum Beispiel:

- Der Anteil derjenigen in Westdeutschland, die sich schon einmal über die Bürokratie geärgert haben, ist seit 1958 deutlich von 66 auf 90 Prozent (2001) gestiegen; in Ostdeutschland waren es 2001 sogar 93 Prozent (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 658).

- Die staatliche Bürokratie belastet die Unternehmen stark. Nach einer Befragung des Instituts für Mittelstandsforschung (2003) fühlen sich mehr als drei Viertel aller Unternehmen durch die staatliche Bürokratie „sehr hoch“ bis „hoch“ belastet. 1994 waren es erst knapp 48 Prozent. Die Bürokratiekosten belaufen sich nach dieser Studie hochgerechnet auf 46,02 Milliarden Euro (1994: 29,65 Milliarden Euro).

- In der 14. Legislaturperiode standen 396 neuen Bundesgesetzen nur 95 Streichungen gegenüber. Insgesamt haben die Unternehmen heute auf Bundesebene 2.197 Gesetze mit 46.779 Einzelvorschriften zu beachten (Deutscher Bundestag, 2002b, 5 f.).

- In Deutschland sind zur Gründung einer Kapitalgesellschaft neun Verwaltungswege notwendig; hierfür braucht der Unternehmer im Schnitt rund 45 Tage, im Durchschnitt der EU aber nur etwa 40 Tage (BdB, 2004, 2).

Die sich aus dieser staatlichen Omnipotenz für die Daseinsvorsorge und ihre Stabilisierung ergebende „Entfremdung“ des Einzelnen von seinen individuellen Existenzbedingungen wurde vom Staatsrechtler Ernst Forst-

hoff (1958) mit Nachdruck thematisiert. Mit dem Leitbild der „Bürgergesellschaft“ (respektive „Zivilgesellschaft“) und einer stärkeren Rückgabe von Eigenverantwortung ist man heute darum bemüht, diesen Entfremdungsprozess unter anderem in Form der Stärkung des „Dritten Sektors“ als dem intermediären Bereich zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wieder rückgängig zu machen. Unter demokratie-politischen Aspekten wird in diesem Zusammenhang von der „Zivilgesellschaft“ gesprochen und unter eher liberal-wirtschaftlichen Gesichtspunkten von der „Bürgergesellschaft“. Beiden Begrifflichkeiten gemeinsam ist das Ziel einer neuen Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft in Form einer nicht immer konfliktlosen Rückübertragung der Verantwortung vom Staat auf Wirtschaft, Gesellschaft und den Einzelnen (vgl. hierzu detaillierter: Meier, 2002).

Der Liberalismus meint eine andere als die Zwangsgemeinschaft, er meint die Freiheit zur Gemeinsamkeit: „Durch eigene Einsicht geführt (‚Bürgersinn‘), sollen die Bürger das tun, was in der ‚Leistungsgemeinschaft‘ schließlich allen nützt.“ (Habermann, 1988, 40) Die empirischen Befunde sprechen dafür, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das Bewusstsein für einen solchen Bürgersinn wach ist. Habermann sagte voraus, dass man sich zwar nicht dieses Begriffs, wohl aber der Sache nach auf diese Konzeption wieder besinne, „wenn die kollektivierende Sozialpolitik und die ‚Verzunftung‘ unserer Gesellschaft in Gruppenprivilegien, die ‚Juridifizierung‘ aller sozialen Beziehungen mit der Folge ausufernder Prozesskämpfe fortschreitet; wenn die Marktwirtschaft mit den ihr zugemuteten Widrigkeiten und Behinderungen nicht mehr fertig wird; wenn das Umverteilen das Stadium erreicht hat, in welchem nach Erhards Worten die Staatsbürger den törichten Versuch unternehmen, sich gegenseitig an den Haaren hochzuziehen“ (Habermann, 1988, 41).

In allen Parteien wird daher immer wieder – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten – diskutiert, wie die Gesellschaft zu organisieren sei, damit das Prinzip „Eigenverantwortung“ stärker als bisher zum Tragen kommt, ohne das Ganze zu gefährden. Diese Diskussion reicht von mehr direkter Demokratie und Mitbestimmung bis hin zur Gestaltung der Voraussetzungen für mehr persönliche Leistungsbereitschaft und freiwilliges

gesellschaftliches Engagement des Einzelnen und der Wirtschaft für das Ganze. Träger der Wohlfahrt und Daseinsvorsorge sollen in diesem Modell nicht mehr allein der Staat, sondern so weit wie möglich die Menschen selbst sein (Kapitel 6).

3 Moderne Sachzwänge: Chancen für mehr Wohlstand durch mehr Freiheit

Der von Habermann 1988 anvisierte Zeitpunkt der Umorientierung scheint gekommen zu sein. Derzeit stehen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verschiedenen Trends gegenüber, die zur Erhaltung und Steigerung der sozioökonomischen Leistungsfähigkeit mehr sozioökonomische Innovationen im Sinne einer „schöpferischen Zerstörung“ durch mehr Freiheit erforderlich machen. Jenseits der Debatte, ob sie sich als „Sachzwänge“ verstehen lassen oder nicht, sollen sie dennoch hier als solche verstanden werden, zumal der individuelle Einfluss auf sie nur begrenzt möglich ist.

Da ist einmal der wachsende Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung, da ist aber auch ein rascher globaler technischer Fortschritt und damit verbunden ein Strukturwandel zur Wissensgesellschaft. Hinzu kommt der demographische Wandel, der nicht nur auf die Arbeitsmärkte und die sozialen Sicherungssysteme, sondern auch auf die Unternehmen durchschlägt und dort angepasste Personal- und Organisationsentwicklungsstrategien verlangt.

3.1 Drei Herausforderungen: Globalisierung, technischer Fortschritt und demographischer Wandel

Globalisierung: Mit Globalisierung wird ein Prozess umschrieben, in dem sich Regionen, Märkte und Nationen öffnen und sich auf marktwirt-

schaftlicher Grundlage wechselseitige Beziehungen weiter verdichten, ein Vorgang, der seit langem anhält, doch erst in neuerer Zeit beträchtlich an Dynamik gewonnen hat. Unternehmen gehen dazu über, sich mehr und mehr zusammenzuschließen, um Skalenerträge zu sichern. Sie überlegen, welche Aufgaben ausgelagert werden können, und akquirieren knappe Ressourcen auf der ganzen Welt. Es werden solche Standorte gesucht, die die besten Voraussetzungen bieten, um im härter gewordenen Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können. Immer mehr Länder der Welt haben die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren liberalisiert. Ihren kräftigsten Schub erfährt die Globalisierung durch die ausländischen Direktinvestitionen. Weltweit betrugen die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2002 651 Milliarden US-Dollar (1991–96 [im Schnitt]: 254 Milliarden US-Dollar) (UNCTAD, 2003, 249). Zwanzig Jahre zuvor (1982) waren es erst 59 Milliarden US-Dollar.

Die Entwicklung des Offenheitsgrades (Exporte + Importe / BIP x 100) weist auf die wachsende Interdependenz moderner Volkswirtschaften hin, zugleich aber auch auf die Dynamik wirtschaftlicher Freiheiten. Solche Intensivierungen des Wettbewerbs erzeugen einen hohen Innovationsdruck, der sich bis auf die sozialen Sicherungssysteme, die Arbeits- und Bildungsmärkte auswirkt und von diesen als Sachzwänge wahrgenommen werden. Am deutlichsten weiteten kleinere Volkswirtschaften seit 1970 ihren Offenheitsgrad aus, um an der Globalisierung teilzunehmen. In Westeuropa fallen hier besonders Irland, Belgien und Österreich auf.

In der Bevölkerung Deutschlands hat sich allmählich die Angst vor der Globalisierung gelegt: Nach demoskopischen Befragungen im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken (2002, 5) stieg der Anteil derjenigen, der für Deutschland durch die Globalisierung eher Vorteile sieht, von 14 Prozent (1997) auf 23 Prozent im Jahr 2002; der Anteil, der für sich persönlich eher Vorteile erkennt, kletterte zugleich von 12 auf 20 Prozent. Doch immerhin sieht jeweils noch rund jeder Zweite sowohl Vor- als auch Nachteile. Mit anderen Worten: Die Wahrnehmung der Folgen-Ambivalenz der Globalisierung beherrscht noch das Stimmungsbild. Besonders im Prozess der Globalisierung geht es um eine von Verantwortung getragene Gestaltung durch die Setzung einer Rahmenordnung.

Technischer Fortschritt: Immer stärker wird das wirtschaftliche Wachstum vom technischen Fortschritt bestimmt, so dass inzwischen von einem wissensbasierten Wachstum die Rede ist. Die Freiheit zur Entfaltung des technischen Fortschritts und dessen zügiger Umsetzung ist die Grundlage für mehr Innovationen. Hierzu ist eine angebotsorientierte staatliche Innovationspolitik notwendig, die den marktnahen Innovatoren mehr Handlungsfreiheit bei der Auslotung der Nachfragepotenziale ermöglicht. Als besonders innovationsträchtig erscheinen technische Bereiche wie die der neuen Bio- und Gentechnik, der Nanotechnik, der Energietechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) wie das Internet. Die Innovationspotenziale dieser neuen Techniken sind groß und können nur durch eine stärkere Liberalisierung des Innovationssystems freigelegt werden. Der rasante technische Fortschritt und der damit verbundene Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft tragen nicht nur mit dazu bei, dass die Diskussion um den Stellenwert von Verantwortung mitunter kontrovers verläuft (Beispiel: Gentechnik), sondern dass seine Ergebnisse auch globaler anwendbar sind und Wissen mehr und mehr zu einem globalen Gut wird.

Tabelle 1

Internationale Entwicklung des Offenheitsgrades[1] 1970 bis 2002

Jahr / Land	1970	1980	1990	2002	Entwicklung des Offenheitsgrades (1970 = 100)
Irland	88,0	112,6	114,3	165,3	187,8
Belgien	85,5	128,3	153,0	160,5	187,7
Niederlande	91,3	105,6	103,7	118,1	129,3
Österreich	54,8	75,6	85,7	103,0	188,0
Schweden	48,8	61,2	59,5	80,5	165,5
Dänemark	58,9	66,5	65,6	82,5	140,4
Schweiz	59,2	72,9	72,0	78,7	132,9
Kanada	42,5	54,7	50,8	77,8	183,1
Norwegen	76,5	88,5	74,7	68,7	89,8
Finnland	52,6	67,2	47,6	68,3	129,8
Deutschland[2]	–	55,1	61,6	67,0	121,6
Großbritannien	43,7	51,9	51,1	55,4	126,8
Italien	30,5	44,1	37,7	52,8	173,1
Frankreich	31,1	44,3	45,1	52,1	169,8
USA	10,9	20,6	20,6	23,5	115,6
Japan	20,3	28,3	20,7	21,0	103,4

[1] Exporte + Importe an Gütern und Dienstleistungen in Prozent des BIP; [2] 1980 = 100, bis einschl. 1990 Westdeutschland

Quellen: International Monetary Fund, 1997, 2002, 2003; eigene Berechnungen

Bislang ist aber zu erkennen, dass die Innovationskraft Deutschlands, besonders im Spitzentechnologiebereich, nicht ausreicht. Innerhalb der internationalen Arbeitsteilung kann Deutschland seine Position nur halten, wenn es auf dem Sektor der Veredelung von Produkten sowie vor allem im Bereich innovativer Dienstleistungen (Service Engineering) leistungs- und wettbewerbsfähig ist. In dem Maße, wie der Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sowie der Wettbewerbsdruck zunimmt, werden höhere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungssystems gestellt, so dass ganze Systeme unter Wettbewerbsdruck geraten. Sie können ihm nur unter den Bedingungen der Freiheit und Eigenverantwortung standhalten. Hinzu kommt, dass aus den Schwellenländern und den jungen Marktwirtschaften in Osteuropa Druck auf den technischen Fortschritt gemacht wird. 2001 positionierte sich Schweden als das Land, welches international am meisten für FuE ausgab: Es investierte über 4 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts, Deutschland dagegen in 2003 nur 2,50 Prozent (USA: 2,67, Japan 3,12 [2002]) (OECD, 2004, 18).

Der technische Fortschritt und seine Umsetzung in moderne Produkte und Verfahren sind nicht nur wichtige Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft, sondern sie regen auch die Diskussion um die ethischen Grundlagen eigenverantwortlichen Handelns in einer wissensbasierten Gesellschaft an (reflexive Moderne). Dies betrifft nicht nur die Möglichkeiten der modernen Gentechnik, sondern auch die eines E-Governments und einer wachsenden digitalen Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft (zum Beispiel E-Commerce). Je dezentralisierter dieses Wissen wird, desto größer werden auch die Anforderungen an die Eigenverantwortung.

Die digitale Vernetzung ist zu einer bedeutenden Voraussetzung für neue Politik-, Wirtschafts-, und Arbeitsformen mit mehr Freiheit und Eigenverantwortung geworden; sie stärkt zudem den Grad der Kooperation in Wirtschaft und Gesellschaft. Besonders der informationstechnische Fortschritt macht durch seine dezentralen Verknüpfungs- und Anwendungsmöglichkeiten auch mehr direkte Beteiligung des Einzelnen an politischen Vorgängen möglich. Zusätzlich können über das Internet

öffentliche Dienstleistungen angeboten werden. 2003 hatten aber erst 26 Prozent aller Bundesbürger ab 16 Jahre über das Netz öffentliche Dienstleistungen abgerufen (BITKOM, 2004,15). Damit besetzt Deutschland im internationalen Vergleich einen unteren Platz; in Dänemark lag die Nutzerrate sogar bei 63 Prozent.

Dennoch symbolisieren die neuen, effizienten und dezentralen Netzwerkstrukturen zugleich auch die Grenzen von individueller Autonomie und Entscheidungsfreiheit. Die sich abzeichnende „Verflüssigung von Strukturen“ in Wirtschaft und Gesellschaft verlangt von der Politik ein hohes Maß an Reformwillen für mehr Freiheit und Eigenverantwortung, um auf dieser Basis mehr sozioökonomische Mikrovariabilität zuzulassen.

Demographische Entwicklung: Nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere Länder stehen vor der Frage, wie sie die möglichen Folgen des Schrumpfungs- und Alterungsprozesses ihrer Bevölkerung konstruktiv bewältigen können. In einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung mit einem steigenden Alters- und einem fallenden Jugendquotienten wird der lang gehegte Generationenvertrag brüchig. Nach der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes nimmt nicht nur die Bevölkerung in Deutschland nach 2010 kontinuierlich ab, sondern es verändert sich auch ihre Altersstruktur. Bei der „mittleren Variante“ (jährlicher Wanderungssaldo von 200.000 Personen und mittlere Lebenserwartung; m: 81 und w: 87 Jahre) sinkt der Anteil der unter 20 Jahre alten Menschen von 20,9 Prozent (2001) auf 16,1 Prozent in 2050; der Anteil der 60 Jahre und älteren Personen steigt von 24,1 auf 36,7 Prozent.

Auch nach der mittleren Variante einer Prognose der UN (2003) steigt der Anteil der über 60-Jährigen in Deutschland zwischen 2000 und 2050 von 23,2 auf 34,5 Prozent; ihre absolute Zahl klettert in dieser Zeit um 43 Prozent von 19,1 auf 27,3 Millionen. Dafür geht nach dieser Prognose beispielsweise die Zahl der 15- bis 24-Jährigen in Deutschland von 9,1 auf 8,4 Millionen zurück. Dies entspricht einem Rückgang von 8,5 Prozent.

Wenngleich auch Bevölkerungsprognosen mit gewissen Unschärfen behaftet sind, so zeigt sich tendenziell doch, dass nicht nur auf das

Tabelle 2

Altersstruktureller Wandel Deutschlands bis 2050

– Variante 5 der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung –

Jahr	Bevölkerung insgesamt in Millionen	Davon im Alter von ... bis ... Jahren in Prozent			Altenquotient 60 Jahre[1]	Altenquotient 65 Jahre[2]
		unter 20	20–59	60 und älter		
1950	69,3	30,4	55,0	14,6	–	–
1970	78,1	30,0	50,1	19,9	39,8	24,6
1990	79,8	21,7	57,9	20,4	–	–
2001	82,4	20,9	55,0	24,1	43,9	27,5
2010	83,1	18,7	55,7	25,6	46,0	32,6
2030	81,2	17,1	48,5	34,4	54,8	47,3
2050	75,1	16,1	47,2	36,7	77,8	54,5

[1] 60-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren; [2] 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren; Anmerkung: ab 2010 Schätzwerte
Quelle: Statistisches Bundesamt, 2003, 31 f.

System der sozialen Sicherung weitere Herausforderungen zukommen, die zu neuen Lösungen im Verhältnis von Solidar- und Eigenverantwortung führen müssen, sondern auch eine neue Personalpolitik in den Unternehmen erforderlich wird (Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben). Gleichzeitig wird der wachsende Anteil Älterer auch zu neuen Innovationen herausfordern und neue Märkte mit sich bringen. Diese Rahmenbedingungen betreffen aber nicht nur Deutschland, sondern auch viele andere entwickelte Volkswirtschaften – Alterung ist zu einem Zeichen fortgeschrittener Volkswirtschaften und ihrer veränderten Wertstrukturen schlechthin geworden. Der wachsende Anteil älterer Menschen ist jedoch nicht nur für neue Märkte von Bedeutung, sondern auch im Sinne der Akkumulation ihres Erfahrungswissens für die Wissensgesellschaft, die auf ihrem Wissen aufbaut, um Neues zu schaffen. Insofern wirken die demographischen Prozesse innovationsinduzierend.

Reaktionen auf die Herausforderungen: Als Reaktionen auf veränderte Rahmenbedingungen erfolgten in vielen Ländern Abwendungen von einstigen, oft kollektiv orientierten sozialpolitischen Basisinnovationen, die einst zur Lösung der so genannten sozialen Frage beitragen sollten.

Vor allem angelsächsische Länder haben auf diese weltwirtschaftlichen Entwicklungen reagiert, indem sie im Rahmen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik gesellschafts- und sozialpolitische Reformen für mehr Eigenverantwortung (Stärkung der Handlungsfreiheit) in Gang setzten, um mehr Wachstum und Beschäftigung zur Festigung des sozialen Fortschritts zu generieren.

Gerade volkswirtschaftlich kleinere Länder, die in hohem Maße dem Auslandswettbewerb ausgesetzt sind, haben im Sinne größerer Freiheiten Strukturreformen eingeleitet. Im gesellschaftspolitischen Konsens gelang zum Beispiel den Niederlanden mehr Deregulierung, Liberalisierung und Entstaatlichung. Die Unternehmen bekamen im Rahmen von Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen die Möglichkeit, vom Arbeitsschutzstandard abzuweichen. Bedeutung erlangte 1996 hierbei das „Arbeitsstundengesetz“, wonach die Betriebsparteien je nach Auslastung eine flexible Jahresarbeitszeit vereinbaren können. Gestärkt wurde die Bedeutung von Verhandlungen auf dezentraler Unternehmensebene. In der sozialen Sicherung wurden die Prinzipien der Subsidiarität und Dezentralität gestärkt.

Wichtigen Reformen unterzog sich auch Neuseeland: Auf staatliche Eingriffe in Produktmärkte wurde fast völlig verzichtet, Kapital- und Arbeitsmärkte liberalisiert und verzerrende Sozialleistungen beseitigt und privatisiert. Im großen Stil wurde eine Deregulierung vorgenommen, so etwa bei den Inlandsfluggesellschaften oder auf dem Telekommunikationssektor, und mit dem Employments Contracts Act (1991) wurde das gesamte Tarifsystem liberalisiert. Schweden ist ein weiteres Beispiel für die Revitalisierung von mehr Freiheit und Eigenverantwortung wie auch Großbritannien, wo eine deutliche Deregulierung und Dekollektivierung des Arbeitsmarktes erfolgte und im Sozialversicherungs-, Steuer- und Transfersystem mehr Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung geschaffen und Versicherungsleistungen auf Dauer stärker eingeschränkt wurden. Dies alles ist zu sehen als Mut zu grundlegenden sozialpolitischen Innovationen, die zu mehr Beweglichkeit auf der Mikroebene von Wirtschaft und Gesellschaft führen sollten.

Deutschland ist diesen Weg frühzeitiger, stärker angebotsorientierter Reformen zur Anpassung an veränderte weltwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Bedingungen bislang – trotz mancher Reformen in den neunziger Jahren – nicht in so konsequenter Weise gegangen. Hinzu kam, dass die sozialen Sicherungssysteme noch durch die deutsche Einigung stark belastet wurden. Unter anderem auch aufgrund eines Mangels an Reformmut fiel Deutschland im Freiheits- wie im Wettbewerbsranking in der Vergangenheit zurück:

- Es rutschte im internationalen Vergleich wirtschaftlicher Freiheit unter 123 Ländern von Platz 15 (2000) auf Platz 22 in 2002 (Gwartney/Lawson, 2004, 11). 1980 nahm Westdeutschland sogar noch Platz 9 ein.

- Nach Studien des Institute for Management Development (IMD, 2004) ist Deutschland (ohne das Bundesland Bayern) in seiner Wettbewerbsfähigkeit unter insgesamt 60 Ländern im Jahr 2004 auf den 21. Platz gerutscht. In den Jahren 2000 und 2001 belegte es insgesamt noch jeweils den 13. Platz.

Auch dies sind Folgen von staatlichen Regelungen in einer Eigentumsordnung, in der mehr und mehr das Recht auf Selbsteigentum des Einzelnen eingeschränkt worden ist. Letztlich ist es die Freiheit in einer Eigentumsordnung, die die individuelle Leistungsbereitschaft und die Neuerungskräfte in einer Volkswirtschaft freisetzt. Beides trägt wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Wachstum bei.

3.2 Mit Freiheit zu mehr Wachstum und Wohlstand

Wie sehr sich mehr wirtschaftliche Freiheit für die Steigerung des Wohlstandes und des Wachstums auszahlt, zeigt sich an Daten des Fraser-Instituts (Tabelle 3). Hierfür wurden 123 Länder bewertet und für jedes Land ein Gesamtindex für seine wirtschaftliche Freiheit aus fünf Bereichen mit insgesamt knapp 40 Einzelindikatoren gebildet. Besonders Länder mit geringer wirtschaftlicher Regulierungsdichte schöpfen aus dieser Freiheit wichtige Wachstums- und Wohlstandsvorteile (Gwartney/Lawson, 2004).

Länder mit der geringsten wirtschaftlichen Freiheit (5. Quintil) mussten zwischen 1993 und 2002 sogar Wachstumseinbußen hinnehmen.

Die ersten Positionen wurden 2002 von Hongkong (8,7), Singapur (8,6) und den USA/GB (8,2) eingenommen. Die Analyse zeigt, dass der Grad der Freiheit und damit der Grad an Eigenverantwortung deutlich Wohlstand und Wohlfahrt der Länder bestimmt. Die Ergebnisse sollten für die Politik Anlass sein, stärker als bisher auf Freiheit und Eigenverantwortung der Menschen zu setzen, die letztlich auch zu mehr sozialer Integration führen werden. Mit anderen Worten: Das Schicksal von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidet sich weitgehend „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke), nämlich in der politisch zugelassenen freiheitlichen Rahmenordnung. Dies haben viele der entwickelten Länder erkannt und durch institutionelle Reformen (politische Innovationen) ihre Wirtschaft von einschnürenden Fesseln befreit.

Tabelle 3

Wirtschaftliche Freiheit: Wachstum und Wohlstand

Grad der wirtschaftlichen Freiheit der Länder auf einer Skala zwischen 10 und 0 in 2002	Pro-Kopf-Einkommen in Kaufkraftparitäten US-Dollar 2002	Durchschnittliches Wachstum des BIP pro Kopf 1993–2002 in Prozent	Durchschnittliche Lebenserwartung im Jahre 2002 bei der Geburt in Jahren
1. Quintil (größte Freiheit)	26.106	2,4	75,9
2. Quintil	14.461	2,1	73,7
3. Quintil	6.551	2,0	63,9
4. Quintil	5.225	1,9	64,7
5. Quintil (geringste Freiheit)	2.828	–0,5	53,7

Quelle: Gwartney/Lawson, 2004, 22 f.

Eine Korrelation der OECD-Länder zwischen ihrem jeweiligen Grad an wirtschaftlicher Freiheit – gemessen am Fraser-Index – und dem jeweiligen Rangplatz in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit – gemessen am IMD-Ranking – im Jahr 2001 weist auf einen starken Zusammenhang von r = –0,852 hin. Das bedeutet, dass der Rangplatz umso höher (besser) ausfällt, das heißt, sein numerischer Wert ist umso niedriger, je größer die wirtschaftliche Freiheit ist. Rund 73 Prozent der Streuung der Rangplätze internationaler Wettbewerbsfähigkeit werden durch den Grad wirtschaftlicher Freiheit erklärt; der Rest durch andere Faktoren (Abbilldung 2).

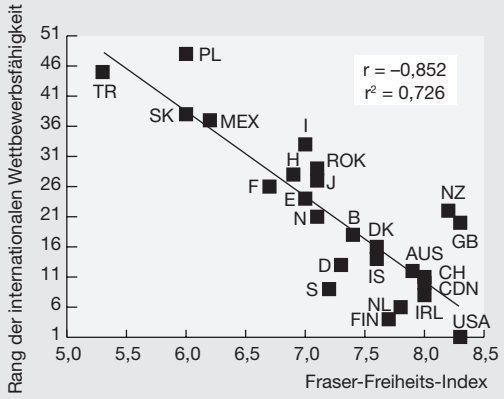
Dieses Ergebnis weist auf die große Bedeutung der Freiheit für die Wettbewerbsfähigkeit hin. Nur international wettbewerbsfähige Volkswirtschaften sind in der Lage, auch den sozialen Verpflichtungen gegenüber ihrer Gesellschaft nachzukommen. Nur mit wirtschaftlicher Freiheit werden auch diejenigen Marktkräfte und Leistungsbereitschaften aktiviert, durch die Innovationen entstehen.

Für die meisten OECD-Länder wurde die wirtschaftliche Freiheit seit den achtziger Jahren immer größer (Tabelle 4). Dabei ist auffällig, dass der Index für Deutschland annähernd stabil blieb und sich zwischen 7,0 und 7,6 bewegte, wobei er zuletzt (2002) mit 7,3 wieder das Niveau von 1970 erreicht hatte.

Die Annäherung der Wirtschaftsverfassungen vieler Länder an mehr Freiheit und Flexibilität ihrer Wirtschaftsbedingungen sowie der starke Zusammenhang zwischen Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit bedeuten für Deutschland zugleich ein Mehr an Wettbewerbsdruck und damit eine Aufforderung an die Politik, den Wert der Freiheit zu stützen.

Abbildung 2

Wirtschaftliche Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit 2001



Ursprungsdaten: IMD, 2002, 30 f.; Gwartney/Lawson, 2003, 17 f.

Unter den eher marktorientierten angelsächsischen Ländern (Australien, Großbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland und USA) stachen 2002 deutlich die USA und Großbritannien mit jeweils 8,2 hervor; der Freiheitsgrad Großbritanniens entwickelte sich im Schnitt seit 1970 deutlich positiv von 5,9 auf ein Niveau von 8,2.

Auch der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand (BIP pro Kopf der Bevölkerung)

ist statistisch nachweisbar (r = 0,676). Fast die Hälfte der Streuung des Pro-Kopf-Einkommens (rund 46 Prozent) wurde 2001 durch den Grad wirtschaftlicher Freiheit erklärt (Abbildung 3).

Ein wesentlicher Druck auf institutionelle Reformen ging in den achtziger und neunziger Jahren vor allem von den angelsächsischen Ländern aus, die die Reformbemühungen in Ländern mit Wirtschaftverfassungen wie die der Sozialen Marktwirtschaft kräftig übertrafen; dies galt in besonderer Weise auch für Deutschland. Auch die bislang als soziale Wohlfahrtsstaaten bekannten nordischen Länder zeigten ein starkes Bemühen um mehr wirtschaftliche Freiheiten. Während die angelsächsischen Länder 1970 noch weit zurücklagen, verbesserten sie ihren Grad an wirtschaftlicher Freiheit bis 2002 bis auf 8,0 Punkte und liegen damit an der Spitze.

Deutschland hob sich 2001 mit –0,3 Index-Punkten leicht negativ vom Durch-

Tabelle 4

Der internationale Wettbewerb um mehr wirtschaftliche Freiheit

Entwicklung des Index für die wirtschaftliche Freiheit in OECD-Ländern 1970–2002

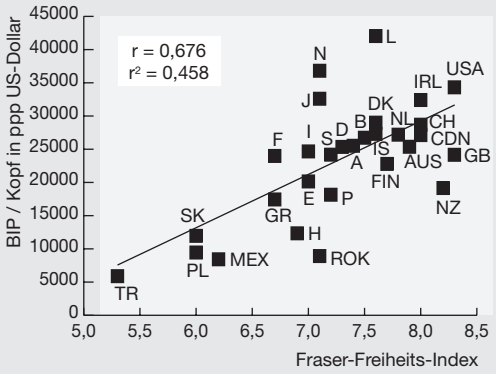
Länder/Jahr	1970	1980	1990	2000	2002
Großbritannien	5,9	6,1	7,7	8,3	8,2
USA	7,0	7,4	8,1	8,6	8,2
Neuseeland	6,1	6,1	7,4	8,2	8,2
Irland	6,5	6,2	7,1	8,1	7,8
Kanada	7,4	7,0	7,7	8,1	7,9
Schweiz	7,6	7,7	7,9	8,3	8,2
Australien	6,6	6,4	7,3	8,0	7,9
Niederlande	7,0	6,8	7,4	8,0	7,7
Finnland	6,6	6,4	7,0	7,7	7,7
Dänemark	6,6	6,0	7,0	7,7	7,6
Island	6,1	4,9	6,6	7,7	7,6
Luxemburg	7,0	6,8	7,4	7,8	7,7
Österreich	6,0	6,2	6,9	7,5	7,5
Belgien	7,3	6,6	7,2	7,5	7,4
Deutschland	**7,3**	**7,0**	**7,3**	**7,6**	**7,3**
Schweden	5,5	5,6	6,6	7,4	7,3
Portugal	6,0	5,6	6,0	7,3	7,2
Norwegen	6,0	5,8	7,0	7,2	7,0
Japan	6,2	6,4	7,1	7,3	7,0
Südkorea	5,3	5,6	6,2	6,7	7,1
Italien	5,8	5,2	6,4	7,1	7,0
Spanien	6,1	5,7	6,2	7,4	7,1
Ungarn		4,2	4,8	6,7	7,3
Frankreich	6,2	5,7	6,8	7,0	6,8
Tschechien				6,7	6,9
Griechenland	6,1	5,6	5,7	6,9	6,9
Mexiko	6,0	5,1	5,7	6,3	6,5
Polen			3,3	6,3	6,4
Slowakei				6,3	6,6
Türkei	3,6	3,5	4,8	5,8	5,5

Anmerkung: ab 1990 Gesamtdeutschland

Quelle: Gwartney/Lawson, 2004, 17 ff.

Abbildung 3

Wirtschaftliche Freiheit und Wohlstand 2001



Ursprungsdaten: Gwartney/Lawson, 2003, 17 ff.; The World Bank, 2003

schnitt aller SM-Länder ab (Tabelle 5). Beim wichtigen Einzelindikator, wie dem des Arbeitsmarktes, lag Deutschland teilweise sogar weit hinter den kleineren westlichen Reformländern zurück (Tabelle 6). Seine Freiheitsperformance ging sogar seit dem Jahr 2000 leicht zurück. Im Verhältnis zu den USA ergab sich 2002 eine „Freiheitslücke“ von 4,8 Index-Punkten.

Besonders in neuerer Zeit geht es politisch darum, dem Mangel an Freiheit in Deutschland durch Reformen entgegenzuwirken, um über mehr Mikrovariabilität und Flexibilität, die auch mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb bedeuten, mehr Innovationen und damit mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu generieren.

Ein ebenso deutlicher Zusammenhang wie zwischen wirtschaftlicher Freiheit und ökonomischem Wohlstand lässt sich weltweit zwischen der Entwicklung der Lebensbedingungen der Menschen und dem wirtschaftlichen Freiheitsgrad unter 50 Ländern[2] nachweisen. Hierzu wird zum einen der Human Development Index (HDI) der UN herangezogen, der aus dem Durchschnitt der Entwicklungen in drei bedeutenden Dimensionen des Lebens (Bildungsniveau, Lebenserwartung in Jahren, Lebenstandard, gemessen am BIP pro Kopf in US-Dollar-Kaufkraftparitäten) besteht (UN, 2003). Zum anderen wird der Grad der wirtschaftlichen Freiheit auch hier durch den Fraser-Index repräsentiert (Gwartney/Lawson, 2003). Deutlich wird, dass bei allen hier betrachteten Ländern beinahe die Hälfte der Varianz des HDI-Index (46,3 Prozent) durch den Grad der wirtschaftlichen Freiheit erklärt wird (Abbildung 4). Es zeigt sich aber auch, dass das HDI-Niveau hoch entwickelter westlicher Volkswirtschaften nahezu

gleich ist und sich ihr Freiheitsindex auf einem hohen Niveau befindet, so dass sich kein nennenswerter Einfluss mehr erkennen lässt. Er tritt erst dann zu Tage, wenn auch die ehemaligen Planwirtschaften östlicher Länder in die Betrachtung einbezogen werden. Dies spricht für den die Lebensbedingungen fördernden Einfluss der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, also für Demokratie und Marktwirtschaft.

Tabelle 5

Entwicklung des Freiheitsindex nach Ländergruppen 1970 bis 2002

Ländergruppen/Jahr	1970	1980	1990	2000	2002
Durchschnitt ASM[1]	6,6	6,5	7,5	8,3	8,0
Durchschnitt SM[2]	7,0	6,9	7,3	7,8	7,6
Durchschnitt SWST[3]	6,2	6,0	6,9	7,5	7,4
Durchschnitt mediterrane Länder[4]	6,0	5,6	6,2	7,1	7,0
Durchschnitt insgesamt	*6,4*	*6,2*	*7,0*	*7,7*	*7,5*
nachrichtlich: Deutschland	7,3	7,0	7,3	7,6	7,3

[1] Angelsächsische Marktwirtschaften: Australien, Großbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA
[2] Soziale Marktwirtschaften: Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweiz
[3] Skandinavische Wohlfahrtsstaaten: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden
[4] Mediterrane Länder: Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien

Anmerkung: Die Ländergruppierung erfolgt hier in Anlehnung an Fehn (2003); ab 1990 Gesamtdeutschland

Quelle: Gwartney/Lawson, 2004, 17 ff.; eigene Berechnungen

Deutschland belegte unter den hier betrachteten Ländern in Bezug auf das Niveau seines HDI-Index 2001 (0,921) unter Berücksichtigung von Mehrfachbelegungen sowie minimalen Unterschieden zwischen den Ländern den 9. Platz. Die drei Spitzenplätze wurden von den kleinen nordischen Ländern Norwegen (0,944), Island (0,942) und Schweden (0,941) gehalten. Trotz der guten Position im Hinblick auf die Lebensbedingungen der Menschen in den hoch entwickelten Volkswirtschaften gilt, dass seit langem mehrere Megatrends ein Umdenken in Richtung auf eine Stabilisierung und eine Absicherung der Freiheit dringend erforderlich gemacht haben, um auch langfristig Wohlstand und Wohlfahrt nicht zu gefährden.

Der empirische Zusammenhang zwischen der Höhe der Qualität der menschlichen Lebensumstände und der wirtschaftlichen Freiheit lassen

Tabelle 6

Deregulierungsindizes nationaler Arbeitsmärkte 1970 bis 2002

	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2002
Deutschland	3,3	3,3	3,3	3,3	3,5	3,6	2,9	2,5
Großbritannien	6,6	6,8	6,7	6,8	7,2	7,2	6,9	6,7
Niederlande	2,6	2,6	3,0	2,6	2,8	4,1	5,2	5,1
Schweden	4,6	4,2	4,1	4,0	4,0	3,0	3,4	3,3
Dänemark	4,1	4,0	3,5	3,5	4,7	4,8	4,6	4,6
Neuseeland	6,5	6,5	6,6	6,5	6,8	7,5	5,9	5,9
nachrichtlich: USA	4,3	7,8	7,7	7,7	7,7	7,5	7,2	7,3

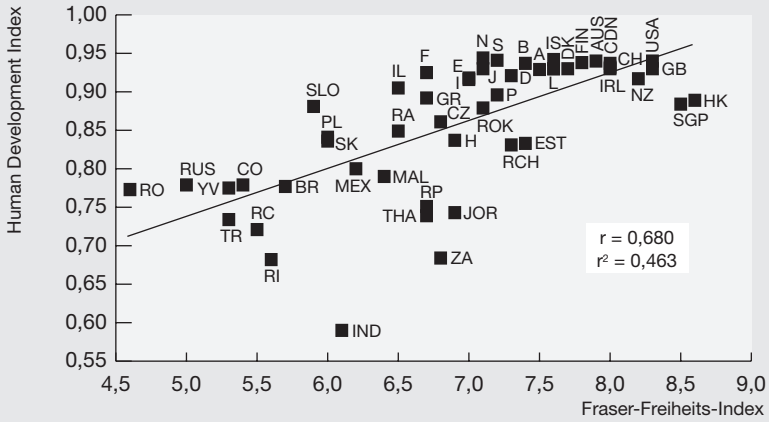
Anmerkung: Der Regulierungsindex für den Arbeitsmarkt auf einer Skala von 0 (keine Freiheit) bis 10 (größte Freiheit) wurde aus bis zu fünf Einzelindizes gebildet; ab 1990 Gesamtdeutschland

Quelle: Gwartney/Lawson, 2004

sehr deutlich darauf schließen, wie sehr es durch Freiheitseinbußen auch zur Verschlechterung der Lebensbedingungen kommen kann. Neben diesem evidenten Zusammenhang sprechen die oben aufgezeigten Trends für eine Erweiterung der wirtschaftlichen Freiheit, um flexibel auf die internationalen sozioökonomischen und technischen Herausforderungen reagieren zu können.

Abbildung 4

Lebensbedingungen und wirtschaftliche Freiheit 2001



Ursprungsdaten: Gwartney/Lawson, 2003, 17 ff.; UN, 2003

Nach einer neuen Messung wirtschaftlicher Freiheit bei 155 Ländern durch die Heritage Foundation (Miles et al., 2004, 21) belegt Deutschland 2004 mit einem Freiheitsgrad von 2,03 (auf einer Skala zwischen 1 = höchste Freiheit bis 5 = niedrigste Freiheit) den 18. Platz (2003: 19. Platz). Zu den freiesten Ländern gehören Hongkong (1,34), Singapur (1,61) und Neuseeland (1,70). Auch nach den Ergebnissen dieser neuen Untersuchung hat der Grad wirtschaftlicher Freiheit einen positiven Zusammenhang mit dem Wohlstand der Nation. In der internationalen Bewertung gehören 16 Länder in die Kategorie mit der höchsten wirtschaftlichen Freiheit (1 bis unter 2), 55 Länder (darunter Deutschland) in die Kategorie der „überwiegend freien“ Länder (2 bis unter 3). 72 Länder zählen hiernach zu den noch „überwiegend unfreien“ Volkswirtschaften (3 bis unter 4) und 12 Länder zu den unfreiesten (4 bis unter 5).

Den stärksten Bedarf an mehr Freiheit in Deutschland stellt die Studie für die Entfaltung des Unternehmertums fest, das sich noch einem großen Netz von Regulierungen gegenübersieht. Gerade aber auf neues Unternehmertum ist Deutschland vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Neugründungen innovativer Unternehmen angewiesen, um im starken Innovationswettbewerb zu überleben. Wie die Arbeit der Heritage Foundation zeigt, ist es nicht immer leicht, mehr Freiheiten zu gewähren: 75 Länder haben für eine Verbesserung ihres Index gesorgt, und 69 haben ihre wirtschaftliche Freiheit im Verhältnis zum Vorjahr eingeschränkt.

4 Wohlstand im Wohlfahrtsstaat – Ursachen und Ausmaße einer Paradoxie

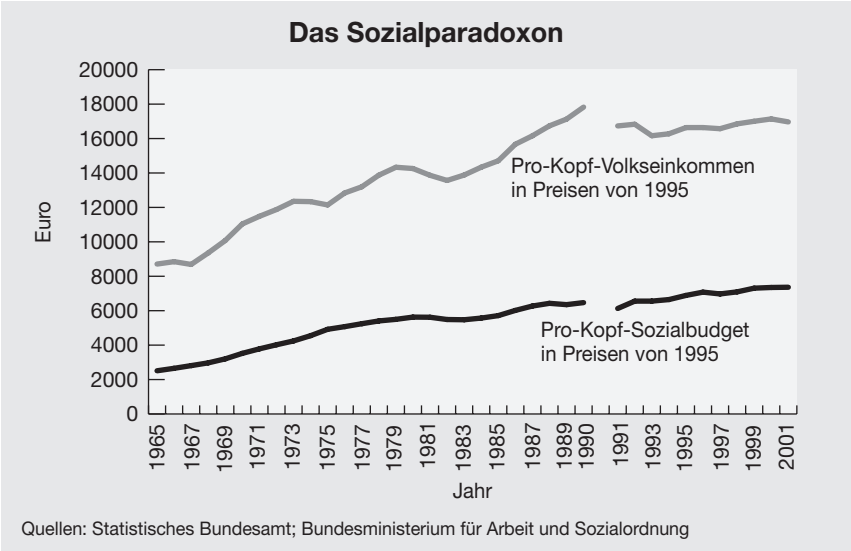
Trotz gewaltiger Herausforderungen und der eindeutigen Zusammenhänge zwischen Freiheit, Wohlstand und Lebensqualität bestehen in Deutschland manche interne Macht- und Interessenkonstellationen, die sachgerechte Reaktionen auf den sozioökonomischen und technischen Wandel in Form von liberaleren Anpassungen erschweren, Paradoxien

erzeugen und versuchen, den Einzelnen auf dem Weg der Umverteilung über Steuern und Sozialabgaben zum Verfügungsobjekt des Staates zu machen – ein stiller „Weg zur Knechtschaft“ (von Hayek). Zu langsam kommt es wegen unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Machtinteressen am Standort Deutschland zu mehr Bewegungsfreiheit, um die hohen wachstums- und wettbewerbsschädlichen Kosten des starren Sozialstaates zu senken. Dabei ist unübersehbar, dass es politisch vielfach eher darum geht, mehr eine staatlich organisierte Solidarität als die persönliche Freiheit zu schützen und zu erhalten.

Formal definiert sich der deutsche Staat als ein freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat, das heißt, er will nicht nur den Bindungs-, sondern auch den Freiheitsaspekt des Einzelnen zum Wohle aller (Individualethik plus Sozialethik) realisieren. Doch die bisherige Entwicklung des Sozialstaates lief faktisch vielfach auf eine Abwertung von Freiheit und Eigenverantwortung hinaus. Diese staatliche Politik des Entzuges von Eigenverantwortung und damit Freiheit hatte ihren Preis: steigende Soziallasten, Arbeitskosten und Staatsschulden und im schlimmsten Fall mangelnde personale Verantwortung bei der Bevölkerung für sich selbst (Radnitzky, 1998). Gerade dann aber steht es um wichtige Voraussetzungen für die Erfolge und die Zukunft der Marktwirtschaft schlecht; individuelle Verantwortung für Leistung und Wohlstand wird kaum mehr übernommen, Innovationen bleiben aus, Wirtschaft und Gesellschaft werden unfähig zu ihrer Selbsterneuerung.

In Westdeutschland kletterte das reale Pro-Kopf-Sozialbudget zwischen 1965 und 1990 um 158 Prozent, während sich das reale Pro-Kopf-Volkseinkommen um 105 Prozent erhöhte. So expandierte der Staat bei gleichzeitig steigender Wohlstands- und Vermögensentwicklung Deutschlands weiter und lässt sich nur noch eingeschränkt mit dem Attribut „sozial“ beschreiben. Das nahezu unbegrenzte staatliche Umverteilungsbemühen hat seinen Preis: Er besteht nicht nur in einem Verzicht auf Wachstum und Beschäftigung, sondern auch auf individuelle Freiheit zur Leistung und persönliche Mündigkeit. Besonders fehlende Beschäftigungschancen bedeuten eine erhebliche Verringerung persönlicher Freiheit und Eigenverantwortung, die der Staat auch nur ansatzweise durch finanzielle Umverteilung kompensieren kann.

Abbildung 5



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Abbildung 5 zeigt, dass bei steigendem Wohlstand (gemessen am Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung) auch die staatlichen Sozialausgaben (Sozialbudget pro Kopf) zunahmen. So stiegen in jüngerer Zeit (seit 1991) das Volkseinkommen[3] um 27,7 Prozent und die Sozialausgaben um 51,0 Prozent. Der wachsende Wohlstand in der Vergangenheit weist darauf hin, dass ökonomische Spielräume bestanden, um nach und nach mehr eigene Kostenverantwortung in der sozialen Sicherung zu übernehmen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (in Preisen von 1995) stieg seit 1991 von 21.400 auf 24.100 Euro in 2003. Dies ist ein Wachstum der volkswirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistungskraft in Höhe von gut 12 Prozent. Das verfügbare Einkommen[4] privater Haushalte in Deutschland kletterte zwischen 1991 und 2003 von 980,4 auf 1.377,5 Milliarden Euro oder um gut 40 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahmen die Nettolöhne und -gehälter um 25,2 Prozent von 1.150 auf 1.440 Euro je Arbeitnehmer zu. 2003 lag die deutsche Sparquote bei 10,7 Prozent des verfügbaren Einkommens (1991: 13,0 Prozent).

Im Jahr 2001 erreichte die Sozialleistungsquote (Sozialausgaben in Prozent des BIP) in Deutschland schätzungsweise einen Wert von 32,1 Prozent (1991: 28,5 Prozent). Pro Einwohner wurden 8.069 Euro ausgegeben (1991: 5.348 Euro). Gemessen am Volkseinkommen betrug die deutsche Sozialleistungsquote 2001 sogar etwa 43,4 Prozent (1991: 36,6 Prozent). Eine hohe Sozialleistungsquote vermindert tendenziell den Spielraum für die private Daseinsvorsorge. Dies ist eine Entwicklung, die der ursprünglichen Intention der Sozialen Marktwirtschaft nicht entspricht.

Entgegen der stark steigenden Sozialleistungsquote entwickelte sich die Investitionsquote bei Staat und Unternehmen seit den sechziger Jahren tendenziell rückläufig (Abbildung 6). Dies zeigt, wie sehr der konsumtive gegenüber dem investiven Bereich an Gewicht gewonnen hat. Besonders eine langfristig sinkende Investitionsquote deutet darauf hin, dass auch Zukunftsinvestitionen in Form von Innovationen unterbleiben. Inzwischen darf davon ausgegangen werden, dass der Wohlfahrtsstaat zwar nicht mehr wie gewohnt expandiert, seine Redimensionierung jedoch hart erkämpft werden muss. Neu sind dabei Überlegungen einer Stärkung einer „Wohlfahrtsgesellschaft“ im Sinne einer Bürgergesellschaft (Kapitel 5), die einen Teil staatlicher Verantwortung für die Solidarität in der Gesellschaft übernimmt.

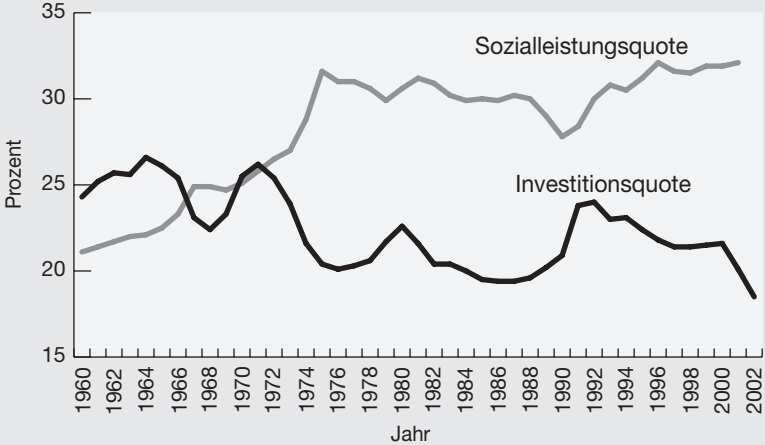
Die bisherige Expansion des Staates schlägt sich vor allem in einer hohen Staatsquote (Gesamtausgaben des Staates in Prozent des BIP) nieder. 2003 betrug sie 49,4 Prozent (USA: 35,9; Japan: 38,3; GB: 42,8). Eine hohe Staatsquote bedeutet hohe Steuerlasten und eine Menge Bürokratie; die Wirtschaft wird gebremst, die Leistungsbereitschaft bestraft und das Wachstum gehemmt.

Die enge institutionelle Verknüpfung zwischen Sozial- und Arbeitssystem trägt bislang mit dazu bei, dass durch die wachsende Anspruchsspirale auf dem Gebiet der sozialen Sicherung auch die Belastungen der Wirtschaft durch steigende Arbeitskosten zunehmen, teilweise in Form von Arbeitslosigkeit und geringer Flexibilität negativ auf die Gesellschaft zurückschlagen und zu Lasten der Innovationen gehen.

Abbildung 6

Sozialleistungen und Investitionen

– in Prozent des BIP –



Anmerkung: Bis 1990 früheres Bundesgebiet; Sozialleistungen: 1999 und 2000 vorläufig; 2001 geschätzt; Investitionen: Gesamtwirtschaftliche Bruttoanlageinvestitionen (Unternehmen und Staat)
Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2002 betrugen die Personalzusatzkosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe Westdeutschlands 77,9 Prozent des Direktentgeltes (in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten); den größten Anteil hatten die Aufwendungen für die Sozialversicherung der Arbeitnehmer mit 27,6 Prozent (Schröder, 2003, 41 f.).

Die Ursachen dieser Entwicklungen sind vielfältig: So wurde die Entstehung des Wohlfahrts- und Sozialstaates und seine Verrechtlichung ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur stark von der rechtshistorischen Vorstellung von einem hierarchischen Gesellschaftsaufbau beeinflusst, sondern auch von der Idee eines vom Staat zu verwirklichenden Gesamtinteresses (Gemeinwohls) unter den Bedingungen der Gleichheit. Sicherheit wurde zu einem staatlich garantierten Wert an sich, und das auf kollektive Systeme gestützte Sicherheitsstreben der Menschen nahm zu (Kaufmann, 1970).[5] Ein wichtiger Auslöser für diese Entwicklung wird in der Aufweichung ehemals sicherheitsspendender Primär-Instanzen wie die Familie durch Differenzierung und Individuali-

sierung (Modernisierung) gesehen, was den Sicherungsbedürfnisdruck erhöhte (Zapf et al., 1987, 138).

Infolge dieser Entwicklung bildeten sich große funktional äquivalente „sekundäre Systeme“ (Freyer) heraus. Sie sind heute als außerindividuelle und übergreifende Machtkonstanten für den möglichen Grad von Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen in der modernen, komplexen Gesellschaft mitverantwortlich und haben ein Eigenleben entwickelt. Hans Freyer hatte dieses Phänomen bereits 1955 für abstrakte Großorganisationen und Regelsysteme mit bürokratischer Verwaltung auf jenen Begriff gebracht. Sie entlasten als Institutionen zwar den Menschen, zugleich entfremden sie ihn aber auch von sich selbst, entheben ihn von seiner unmittelbaren Verantwortung für sich und seine Lebensführung und lassen damit eine „Erfahrungsleere“ aufkommen, was die Gesamtzusammenhänge für den Einzelnen zunehmend undurchschaubarer macht.

Dieser Sachverhalt trifft auch und gerade auf die wesentlichen Bereiche menschlichen Daseins zu: die Systeme staatlichen Bildungswesens (seine Bildung), die Systeme der Krankenversicherung (seine Gesundheit), die Systeme der Rentenversicherung (seine Alterssicherung) wie auch die Arbeitsmarktsysteme und Arbeitslosenversicherung (seine Berufswelt). Sie alle haben mit dem Übergang zur Industriegesellschaft und der Auflösung der primären Instanzen (der Familie) wesentliche Funktionen der individuellen Lebenssicherung übernommen. Heute erschwert die große Gewöhnung an sie die Rückgabe von mehr Eigenverantwortung und damit Freiheit in erheblichem Maße.

Die ständige Expansion durch ihre Eigengesetzlichkeiten steht jedoch im ordnungspolitischen Widerspruch zur liberalen Forderung nach mehr Eigenverantwortung und trägt wenig zur Selbsterneuerung bei. Es stellt sich deshalb die schwierige Frage, ob sie nicht auf jenes Maß zurückgeführt werden könnte, das dem Einzelnen und den Akteuren im sozioökonomischen System mehr Freiheit, Eigenverantwortung und Flexibilität ermöglicht. Unter Beachtung und Rückgabe dieses Rechts würde auch die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt wieder mehr in die Verantwortung des Einzelnen zurückverlagert. Dies beabsichtigt auch der Gedanke des

„aktivierenden Staates“ mit seinem Konzept des „Forderns und Förderns“ und auch der der liberalen „Bürgergesellschaft“ als nichtstaatlicher Solidargemeinschaft zur Ergänzung eines Staates, der die Grundrisiken absichert, also ein Sozialstaat bleibt.[6]

Nicht ohne Grund wird daher, wenn auch oft ohne ordnungspolitische Begründung, heute über eine Revitalisierung der Gemeinschaftsidee durch mehr Eigenverantwortung gesprochen. Verschiedene empirische Arbeiten (Heinze/Keupp, 1997; Zukunftskommission Gesellschaft, 2000 und 1999; von Rosenbladt, 2000; Meier, 2000 und 2002) belegen, dass sich ergänzend zum Sozialstaat neben den seit langem bestehenden Selbsthilfeorganisationen (zum Beispiel Wohlfahrtsverbände) weitere, ordnungspolitisch durchaus wünschenswerte, so genannte funktionale Äquivalente (Luhmann) herausbilden (vgl. die formellen und informellen Dritte-Sektor-Instanzen, Netzwerke, Selbsthilfeeinrichtungen), um den Einzelnen in seiner sozialen Teilhabe (Inklusion) zu unterstützen. Der schon früh befürwortete Zugewinn von „Selbstsicherheit“ und die Forderung nach höheren Bildungsinvestitionen statt höherer Aufwendungen für Sozialleistungen (Kaufmann, 1970, 363) hat neuerlich – wenn auch aus einer anderen Perspektive – wieder Aktualität erhalten.[7] So wird besonders die Frage nach der Effizienz der Bildungssysteme unter den Bedingungen knapper Ressourcen und dem Trend zur Wissensgesellschaft debattiert.

Jenseits der ethischen, soziologischen und sozialpsychologischen Bedingungen in der modernen Gesellschaft bietet die Ökonomie eine Erklärung dafür an, weshalb der Einzelne diese ihm zustehende Mündigkeit und Freiheit unter dem situativen Kontext kollektiver anonymisierter Zwangssicherungssysteme für sich meist nicht in Anspruch nimmt. Hier liegt zunächst der Idealtyp des „Homo oeconomicus“ zu Grunde, der seinen Nutzen maximieren will (geringe Beiträge plus hohe Leistungsnachfrage). Die Ausweitung des öffentlichen Angebots von Gütern wird häufig mit der „Theorie kollektiver Güter“ (Mancur Olson) begründet, die in manchen Fällen Marktversagen bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen unterstellt. Infolge der faktischen Ausweitung tritt sodann häufig ein Trittbrettfahrerverhalten auf, welches zur Ausnutzung kollektiv angebotener Leistungen führt und die Eigenverantwortung untergräbt.

Ein Beispiel hierfür ist das Verhalten der Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung: Hier lassen sich systemimmanente/güterspezifische und systemfremde Ursachen der Kostensteigerungen infolge mangelnder Durchsetzung von Eigenverantwortung unterscheiden. Zu den systemimmanenten kausalen Bedingungen gehören eine angebotsinduzierte Nachfrage, fehlende Kostenkontrollen und unzureichender Selbstbehalt wie fehlender Wettbewerb unter den Leistungsanbietern und eine Ausdehnung der Leistungen aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts (Pimpertz, 2002, 20 ff.). Zu den systemfremden Ursachen zählen neben dem opportunistischen Verhalten des Einzelnen die Wohlstandsentwicklung mit steigender Nachfrage nach Dienstleistungen wie etwa für Gesundheitsleistungen (Dienstleistungsthese). Es lohnt sich in einem System sozialer Sicherung mit weitgehender Kostenvolldeckung teilweise wenig oder nicht, für sich selbst zu sorgen (individuelle Rationalität), sondern es ist rational, die Kosten auf die Gemeinschaft zu überwälzen, wodurch wiederum die Belastungen des Einzelnen zunehmen. Das System verfügt kaum über die Nachfrage steuernde Anreize, so dass ein Verantwortungsvakuum entsteht, das zur Beitragssatz-Anspruchsspirale führt („Rationalitätenfalle“, Herder-Dorneich, 1982). Die Konsequenzen solch individuell rationalen Verhaltens sind Missbrauch mit der Folge gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrtsverluste (kollektive Irrationalität).

Die entscheidende Frage ist deshalb, in wie weit ein institutioneller Wandel im Sinne einer Stärkung von Eigenverantwortung in Deutschland von der Bevölkerung unterstützt würde, um die institutionelle Sklerose schneller zu überwinden.

5 Der Aufruf zu mehr Eigenverantwortung – spielt die Gesellschaft mit?

In Regierungs- und Oppositionsparteien, Verbänden, Krankenkassen, Wirtschaft und Wissenschaft spielt die Revitalisierung von Eigenverantwortung vor dem Hintergrund der Sozialstaatsreform in Wirtschaft und Gesellschaft, wenn auch mit unterschiedlichen Implikationen, eine große Rolle (Übersicht 2). Dabei wird erwartet, dass eine Erhöhung der Selbstbeteiligungen sowie Kürzungen von Bezugszeiten für Transfers auch den eigenverantwortlichen Umgang mit dem Wert Eigenvorsorge verbessert. So scheint es, dass Werte und Ziele wie individuelle Freiheit und Eigenverantwortung mit dem der kollektiv organisierten Solidarität (etwa durch die Bürgerversicherung für alle) immer stärker konkurrieren.

5.1 Politische Aufrufe und Reformansätze für mehr Eigenverantwortung

Der Erfolg eines Umbaus des Sozialstaates durch eine Stärkung der Eigenverantwortung wird sich leichter einstellen, je mehr die Bevölkerung auch bereit ist, beispielsweise für Gesundheitsleistungen, die nicht in einer Grundversorgung enthalten sind, selbst zu sorgen oder Zusatzversicherungen abzuschließen. Auch die Alterssicherung kann angesichts des demographischen Wandels nicht mehr überwiegend in der herkömmlichen Form des Generationenvertrages geleistet werden.

Damit steht die Debatte um mehr Eigenverantwortung und Freiheit derzeit ganz im Zeichen ökonomischer, demographischer und sozialpolitischer Sachzwänge. Mit der Agenda 2010, die aus 30 Einzelvorhaben besteht, versucht die Regierung, eine auf mehr Eigenverantwortung und individueller Leistung beruhende Reform des Sozialstaates durchzusetzen und die Menschen zu mehr Eigenverantwortung zu führen. Hieran zeigt sich, wie sehr in einer hoch differenzierten und pluralen Gesellschaft (gewählte) staatliche Instanzen und kollektive Interessenvertretungen nach Maßgabe ihrer Werte, Überzeugungen und Sachzwänge den Grad an Mündigkeit,

Übersicht 2

Die Einforderung von mehr Eigenverantwortung – Beispiele

SPD:
„Wir fördern Individualität als Bedingung und als Ausdruck der Freiheit. Individualität gibt die Chance, Lebensweg und Lebensweise selbst zu wählen und eigenverantwortlich zu handeln. Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Zusammenhalt bedingen einander. Unsere Politik der Mitte erweitert Freiheitsspielräume und ermutigt zu solidarischem Handeln.“ (SPD Regierungsprogramm 2002–2006; URL: http://regierungsprogramm.spd.de/servlet/PB/menu/1076209/index.html, Stand: 2003-09-12)

CDU:
„Soziale Marktwirtschaft fördert die persönliche Entfaltung des Individuums. Was der Einzelne selbst entscheiden und verantworten kann, soll ihm nicht abgenommen werden. Gerade angesichts des Wandels unserer Wirtschaftsstruktur und der Arbeitswelt muss es darum gehen, dezentrale und basisnahe Entscheidungen zu fördern (Subsidiaritätsprinzip). Eigenverantwortung hat einen herausgehobenen Stellenwert. Sie sichert notwendige Freiräume und Entscheidungsspielräume und entlastet das Gemeinwesen von unnötigen Aufgaben.“
(CDU projekt 21, Diskussionspapier; URL: http://www.cdu.de/projekt21/sozialstaat_21/der-faire-sozialstaat.htm#, Stand: 2003-09-12)

FDP:
„Bei uns allerdings haben sich die sozialen Sicherungssysteme verselbstständigt. Ein Drittel des Sozialprodukts verschlingt bei uns der Sozialbereich. Eigenverantwortung wurde so zunehmend zurückgedrängt, kollektive Verantwortung immer weiter in den Vordergrund gerückt. Freiheit und Gestaltungsspielräume werden beschnitten, Anspruchs- und Besitzstandsdenken verfestigt und gefördert, Leistungsanreize gemindert und die Anreizsysteme zur Arbeitsaufnahme vor allem in den Bereichen der unteren Lohngruppen ausgehebelt. Was sozial gemeint ist, wird so in hohem Maße unsozial.“
(BÜRGERPROGRAMM 2002 – Programm der FDP zur Bundestagswahl 2002,
URL: http://www.fdp.de/portal/index_txt.phtml?aufbruch=1, Stand: 2003-09-12)

BDA:
„Auf der anderen Seite bedeutet das (die Vermeidung des Kollapses der Sozialversicherung, d. V.) gleichzeitig mehr Eigenverantwortung und mehr kapitalgedeckte Risikovorsorge. Kurz: Wer das eine – Solidarität – will, kommt ohne das andere – Eigenverantwortung – nicht aus!“ (Dr. Dieter Hundt, Einführungsstatement zur Podiumsdiskussion – Panel III –„Sozialordnung erneuern...“, URL: http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftstag/pdf/WT03_PR.pdf, Stand: 2003-09-12)

BDI:
„Wir brauchen mehr Freiheit und Wettbewerb, ohne echte Solidarität zu opfern, die immer auch einschließt, dass sich jeder Versicherte vernünftig verhält und die Versichertengemeinschaft so weit wie möglich nicht in Anspruch nimmt.“ (Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung Bundesverband der Deutschen Industrie [BDI], Statement für das Parlamentarische Frühstück am 3. Juni 2003 in Berlin, URL: http://www.vitale-gesellschaft.de/user_resources/46815/uploadedfiles/kreklau.pdf, Stand: 2003-09-12)

SVR – Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen:
„Die Politik sollte diese Prozesse nicht passiv beobachten, sondern aktiv gestalten. Zielgruppenspezifisch erreichbare und qualitätsgesicherte Gesundheitsinformationen für die gesamte Bevölkerung sind sowohl Voraussetzung als auch Bestandteil einer Politik, die auf Eigenverantwortung setzt.“ (Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Gutachten vom 24.2. 2003, URL: http://www.aok-bv.de/imperia/md/content/aokbundesverband/dokumente/pdf/politik/reform_svr_gutachten.pdf, Stand: 2003- 09-15)

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:
„Selbstbehalte von Versicherten zielen darauf ab, das in Versicherungen typische moralische Risiko der Überinanspruchnahme von Leistungen zu verringern. ... Die an einen Ausbau von Selbstbehaltungsregelungen geknüpften Erwartungen hinsichtlich einer gesteigerten und/oder qualitativ besseren Leistung werden durch Erfahrungen im Ausland gestützt.“ (Jahresgutachten 2002/03, Kap. 5, URL: http://www.sachverstaendigenrat.org, Stand: 2003-09-15)

Subsidiarität und Solidarität in einer Gesellschaft definieren. Die Durchsetzung solcher Reformen wird nicht selten von Protesten begleitet.

Ein beispielhafter Überblick zeigt, dass seit den neunziger Jahren bereits verschiedene Reformen auf den Weg gebracht wurden, die sich jedoch ambivalent im Hinblick auf Freiheit und Eigenverantwortung auswirken dürften (Übersicht 3). An der Rücknahme mancher Reformwerke infolge des Regierungswechsels 1998 sowie der folgenden kontroversen intra- und interparteilichen Reformdiskurse wird nicht nur die gesellschaftspolitische Konkurrenz der Gewichte von Subsidiarität und Solidarität, Flexibilität und Standardisierung deutlich, sondern auch, wie sehr Freiheit und Eigenverantwortung als Grundwerte den wechselnden politischen Machtkonstellationen nahezu „schicksalhaft“ ausgeliefert sind. In einer freiheitlichen Ordnung stellt aber das Konstrukt „Eigenverantwortung“ einen individuellen Grundwert dar, der sich aus dem Recht auf Selbsteigentum ableitet und nicht einer machtpolitisch definierten Beliebigkeit ausgesetzt werden sollte.

Im Sinne der ökonomischen Theorie wird Eigenverantwortung im engeren Sinne weitgehend als eine individuelle Kostenverantwortung für den Nutzen verstanden, der jedem Konsumenten aus einem Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen entsteht. Bei einer Beurteilung einzelner Reformmaßnahmen in der gesetzlichen Sozialversicherung im Hinblick auf ihre

Wirkungen geht es darum, ob man sich mit einer Maßnahme dieser Norm annähert oder sich von ihr entfernt.[8] Bei einer solchen Betrachtung der Sozialversicherungssysteme scheint jedoch die streng ökonomische Interpretation von Eigenverantwortung auf den ersten Blick nicht angemessen, da die Sicherungssysteme auf dem Solidaritätsgedanken aufgebaut sind. Er betont das Einstehen der Gemeinschaft für den Einzelnen statt die individuelle Eigenverantwortung. Mit Blick auf eine möglicherweise begrenzte Leistungsfähigkeit marktlicher Koordination (Marktversagen) bei sozialpolitischen Aufgaben werden kollektive Regelungen begründet, welche sodann die individuelle Kostenverantwortung auflösen.

Auch wenn die Sozialversicherung nicht auf individuelle Risikomerkmale abhebt, ist ein solches System einer ökonomischen Analyse zugänglich: Während private Versicherungslösungen auf die individuellen Risikofaktoren abstellen, erfordert das Sozialversicherungsprinzip eine Orientierung am durchschnittlichen Risiko. Gleichwohl gilt auch hier im Sinne des (kollektiven) Äquivalenzprinzips, dass sich individuelle Beiträge und durchschnittliche Schadenserwartung entsprechen. Erst mit der Erhebung einkommensproportionaler Beiträge wird das Äquivalenzprinzip durchbrochen, wenn der Leistungsanspruch gleichzeitig nicht mit der Beitragshöhe variiert. Überall dort, wo der Zusammenhang von eigenem Beitrag und durchschnittlich zu erwartender Versicherungsleistung aufgelöst wird, entfernt man sich also von der ökonomischen Vorstellung von Eigenverantwortung und verschleiert dem Einzelnen die Folgen seines Verhaltens. Damit wird ihm die Übernahme von mehr Eigenverantwortung für die Folgen seines Handelns nicht mehr möglich. Dort aber, wo im Sinne kollektiver Äquivalenz der Zusammenhang von Beitrag und Leistungsanspruch deutlicher wird, wird auch die Eigenverantwortung gestärkt.

Angesichts der Vielzahl gesetzgeberischer Einzelmaßnahmen – insbesondere auf dem Feld der Gesundheitspolitik – werden hier nur die für wichtig erachteten Maßnahmen zur Reform des Sozialstaates beispielhaft vorgestellt und die Auswirkungen auf Eigenverantwortung lediglich der Tendenz nach beurteilt. Die Auswahl erhebt daher weder Anspruch auf Vollständigkeit noch lassen sich die einzelnen Beurteilungen zu einer Gesamttendenz saldieren.

Übersicht 3

Auswirkungen wichtiger sozialpolitischer Gesetze seit 1991 auf die Eigenverantwortung (Auswahl)

Gesetzliche Rentenversicherung			
Gesetz	**Inhalt**	**Tendenzielle Wirkung (gegenüber dem jeweiligen Status quo)**	**Wirkungsbegründung**
Rentenreformgesetz 1992	Anhebung der Regelaltersgrenzen bis zum Jahr 2012	gestärkt	Bei einer verlängerten Lebenserwartung tragen die Versicherten mit einem späteren Renteneintritt zur Finanzierung ihres verlängerten Rentenbezugs bei
Gesetz zur Förderung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand (1996)	Flexibilisierung der Vorruhestandsregelung	geschwächt	Implizite Frühverrentungsanreize, Arbeitsmarktpolitik zu Lasten der Rentenversicherung
	Anhebung der Altersgrenze für Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit	partiell gestärkt	Einschränkung arbeitsmarktpolitischer Strategien innerhalb der Rentenversicherung
Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (1996)	Verkürzung der Anrechnungszeiten (Ausbildungszeiten)	partiell gestärkt	entspricht dem Grundsatz des beitragsbezogenen Rentenanspruchs
	Vorziehen der Anhebung der Regelaltersgrenzen (bis 2004)	gestärkt	Bei einer verlängerten Lebenserwartung tragen die Versicherten mit einem späteren Renteneintritt zur Finanzierung ihres verlängerten Rentenbezugs bei
Gesetz zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung (ab April 1998)	Aufstockung des allgemeinen Bundeszuschusses	geschwächt	Auflösung des Prinzips der Beitragsbezogenheit der Rente
Geplant ab 1999: Rentenreformgesetz (1997)	*Einführung eines Demographiefaktors, langfristiges Absenken des Nettoversorgungsniveaus*	*gestärkt*	*Abrücken von der Lebensstandardsicherung alleine aus der gesetzlichen Rentenversicherung, Berücksichtigung intergenerativer Lastverschiebung*
(ausgesetzt mit dem Rentenreformgesetz von 1999)	*Neuordnung des Erwerbsminderungsrentenrechts*	*partiell gestärkt*	*Abkehr von der arbeitsmarktorientierten Berufsunfähigkeitsrente*

Gesetzliche Rentenversicherung			
Gesetz	**Inhalt**	**Tendenzielle Wirkung (gegenüber dem jeweiligen Status quo)**	**Wirkungsbegründung**
Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform (1999)	Weiterer Bundeszuschuss aus Ökosteuer-Einnahmen zur Finanzierung der Rentenansprüche aufgrund von Kindeserziehungsleistungen	geschwächt	Auflösung des Prinzips der Beitragsbezogenheit der Rente
Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (ab 2001)	Neuordnung der Erwerbsminderungsrente	partiell gestärkt	Abkehr von der arbeitsmarktorientierten Berufsunfähigkeitsrente, Ausnahme für Personen, die bei Einführung bereits das 40. Lebensjahr vollendet haben
Rentenreform 2001 (Altersvermögensgesetz, Altersvermögens-Ergänzungsgesetz)	Ab 2002 Einstieg in die staatlich geförderte private Altersvorsorge, langfristiges Absenken des angestrebten gesetzlichen Versorgungsniveaus	gestärkt	Abkehr von dem Ziel der Lebensstandardsicherung, freiwillige private Altersvorsorge, problematisch: steuerfinanzierter Anreiz
	Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Schwerbehinderung	partiell geschwächt	Aufweichen der Bedürftigkeitskriterien gegenüber dem Sozialhilferecht
Beitragssatzsicherungsgesetz (2003)	Außerordentliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen	geschwächt	stärkere finanzielle Belastung der Beitragszahlergeneration entlastet die aktuelle Rentnergeneration bei unveränderten Rentenansprüchen

Gesetzliche Rentenversicherung			
Gesetz	**Inhalt**	**Tendenzielle Wirkung (gegenüber dem jeweiligen Status quo)**	**Wirkungsbegründung**
2. Gesetz zur Änderung des sechsten Buches Sozialgesetzbuch (1.1.2004)	Aussetzen der Rentenanpassung 2004, Absenken der Mindestreservevorschrift, Rentenauszahlung für Neurentner zum Monatsende; voller Pflegeversicherungsbeitrag zu Lasten der Rentner	partiell geschwächt partiell gestärkt	Aussetzen der Rentenanpassung senkt implizite Rendite der eingezahlten Beiträge, Ad-hoc-Maßnahme löst den Zusammenhang von Beitrag und Rentenanspruch Der volle Pflegebeitrag zu Lasten der gesetzlichen Rentner kommt zwar einer Rentenkürzung gleich, schwächt also aus kurzfristiger Perspektive das Äquivalenzprinzip; diese Maßnahme korrigiert aber lediglich den Vorteil derjenigen Rentner, deren Gesamtversorgung sich mit der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung 1995 über das bis dahin gültige Niveau erhöht hat – verglichen mit der Situation vor 1995 wird das Äquivalenzprinzip gestärkt
RV-Nachhaltigkeitsgesetz (geplant zum 1.1.2005)	Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, keine Anrechnung beitragsfreier Ausbildungszeiten, Anhebung der Regelaltersgrenze für Altersrenten nach Altersteilzeit oder wegen Arbeitslosigkeit	gestärkt	Der Nachhaltigkeitsfaktor trägt demographischer Herausforderung Rechnung und macht gesetzlichen Rentenanspruch auf Dauer berechenbar; das Streichen der Anrechnung beitragsfreier Ausbildungszeiten stärkt den Zusammenhang zwischen Beitrag und Rentenanspruch (Äquivalenzprinzip); die Anhebung der Altersgrenzen für Renten nach Altersteilzeit oder wegen Arbeitslosigkeit befreit die Rentenversicherung von systemwidrigen Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik
Gesetzliche Pflegeversicherung			
Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung ab 1995	Umlagefinanzierter Sach- oder Geldleistungsanspruch nach Pflegebedarf, Konstruktion in Analogie zur gesetzlichen Krankenversicherung	geschwächt	Entkoppelung von Leistungsanspruch und Finanzierungsverantwortung, insbesondere Einführungsgewinne für Mitglieder älterer Kohorten

Gesetzliche Pflegeversicherung			
Gesetz	**Inhalt**	**Tendenzielle Wirkung (gegenüber dem jeweiligen Status quo)**	**Wirkungsbegründung**
2. Gesetz zur Änderung des sechsten Buches Sozialgesetzbuch (1.1.2004)	Voller Pflegeversicherungsbeitrag zu Lasten der Rentner	partiell gestärkt	Die Streichung des RV-Anteils zum Pflegeversicherungsbeitrag stärkt die Kostenverantwortung der älteren Versicherten, die nahezu ausschließlich von der Einführung der Pflegeversicherung profitieren
Gesetzliche Krankenversicherung			
Gesundheitsstrukturgesetz (1992)	Arzneimittelzuzahlungen nach Packungsgröße (ab 1994)	partiell gestärkt	Statt kostenlosen Anspruchs nun partiell Koppelung von Leistungsinanspruchnahme und Finanzierungsverantwortung
	Freie Kassenwahl (ab 1996)	gestärkt	Abkehr vom Kassenzwang, Wahlmöglichkeit unabhängig von Erwerbsstatus und regionaler Zugehörigkeit
Beitragssatzentlastungsgesetz (1996)	Höhere Arzneimittel- und Kurzuzahlungen, Leistungsausgrenzungen bei Sehhilfen und Zahnersatz, Leistungseinschränkungen beim Krankengeld und bei Kuren	partiell gestärkt	In einzelnen Leistungsbereichen führt die Leistungsausgrenzung zu vollständiger privater Verantwortung, finanzielle Bedeutung im Vergleich zum gesamten Leistungskatalog aber eher gering
1. und 2. GKV-Neuordnungsgesetz (1997)	Höhere Zuzahlungen	partiell gestärkt	Statt kostenlosen Anspruchs nun partiell Koppelung von Leistungsinanspruchnahme und Finanzierungsverantwortung
	Wettbewerbliche Elemente (u. a. optional Kostenerstattung, Selbstbehalte, Beitragsrückgewähr, Wahlleistungen)	gestärkt	Gestaltbarkeit des Versicherungstarifs mit Elementen, die bei einer grundsätzlich beitragsorientierten Finanzierung die individuelle Kostenverantwortung betonen
GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz (1999)	Rücknahme erhöhter Zuzahlungen	partiell geschwächt	Rückverlagerung individueller Kostenverantwortung auf das Kollektiv

Gesetzliche Krankenversicherung			
Gesetz	**Inhalt**	**Tendenzielle Wirkung (gegenüber dem jeweiligen Status quo)**	**Wirkungsbegründung**
GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz (1999)	Abschaffung wettbewerblicher Elemente im Kassenrecht	geschwächt	Statt individueller Gestaltbarkeit des Versicherungstarifs (Kostenerstattung, Selbstbehalte, Beitragsrückgewähr und Wahlleistungen optional) Rückkehr zum für alle einheitlichen Versicherungskatalog
	Rücknahme der Leistungseinschränkungen (bis auf Kuren und Krankengeld)	partiell geschwächt	Rückverlagerung individueller Kostenverantwortung auf das Kollektiv
GKV-Gesundheitsreform (diverse Einzelmaßnahmen ab 2000)	Rechtsangleichung GKV-Recht West und Ost	mittelbar gestärkt	Über höhere Bemessungsgrenzen stärkere finanzielle Beteiligung der Versicherten in den neuen Bundesländern an den von ihnen verursachten Ausgaben
Reform des Beitragsrechts für Rentner (ab 2002)	Gleichstellung von freiwillig und pflichtversicherten Rentnern im Beitragsrecht	partiell geschwächt	Bei einem ohnehin nicht kostendeckenden Finanzierungsbeitrag wird das für die Rentner günstigere Beitragsrecht der Pflichtversicherten auch auf die bisher stärker belasteten freiwilligen Mitglieder im Ruhestand ausgedehnt
Beitragssatzsicherungsgesetz (2003)	Außerordentliche Anhebung der Versicherungspflichtgrenze	partiell geschwächt	Einschränkung des Personenkreises, der zwischen freiwilliger Mitgliedschaft und privater Absicherung entscheiden kann
GKV-Modernisierungsgesetz (1.1.2004)	Einführung Praxisgebühr, Erhöhung direkter Kostenbeteiligungen, partielle Leistungsausgrenzungen (u. a. Sehhilfe, Fahrtkosten, Zahnersatz ab 2005), erhöhter Arbeitnehmerbeitrag ab 2006 (Krankengeld)	partiell gestärkt	Höhere Zuzahlungen stärken die individuelle Kostenverantwortung bei der Inanspruchnahme gesetzlicher Leistungen; Ausgrenzung von medizinisch nicht notwendigen Angeboten betont individuelle Kostenverantwortung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

5.2 Demoskopische Entdeckungen – die Wertschätzung von Freiheit und Eigenverantwortung

In hohem Maße wird die moderne Politik heute auf Ergebnisse der demoskopischen Forschung verwiesen, um politische Kampagnen (etwa Wahlkämpfe) erfolgreich planen zu können und um auszuloten, was politisch möglicherweise durchsetzbar wäre. Zustimmungs- oder Ablehnungswerte zu politischen Vorhaben sind daher Signale oft wechselnder Präferenzen und Mehrheiten der Wähler, auf die eine erfolgreiche Politik heute setzt (Mediendemokratie). Dies gilt auch für die Debatte um weiter anstehende Reformmaßnahmen für den Sozialstaat, die unter den Bedingungen ihrer Akzeptanz durch die Menschen politisch leichter durchgesetzt werden können. So ist die Meinungsforschung auch ein Instrument plebiszitärer Politik geworden. Dennoch wird die Politik auch dazu gezwungen sein, sich über Meinungen und Ansichten der Bevölkerung hinwegzusetzen, wenn sie gestalten will. Nicht zuletzt kann die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen selbst wiederum meinungsbeeinflussend wirken.

So wurde auch die Erfassung der Bereitschaft der Menschen zu mehr „Eigenverantwortung“ im Verlauf der politischen Diskussion um Reformmaßnahmen des Sozialstaates zum bedeutsamen Forschungsobjekt einer Reihe von Untersuchungen. Im Folgenden sollen daher wichtige demoskopische Ergebnisse im Hinblick auf den gesellschaftlichen Willen zur Freiheit und zur Eigenverantwortung aufgearbeitet werden, um deutlich zu machen, welche Tendenzen, aber auch Ambivalenzen sich im subjektiven Stellenwert von Freiheit und Verantwortung bei der Bevölkerung wieder finden lassen. Unverkennbar ist dabei die Problematik einer angemessenen Operationalisierung der Akzeptanz des liberalen Modells (im Sinne einer Ablehnung oder Befürwortung von Freiheit und Eigenverantwortung) in verschiedenen demoskopischen Befragungen und deren Vergleich.

Dennoch soll danach gefragt werden, ob es infolge politisch umverteilter Freiheiten durch den Sozialversicherungsstaat bereits zu einem sinkenden Stellenwert von Eigenverantwortung (tendenziell Unmündigkeit) im gesellschaftlichen Bewusstsein gekommen ist oder noch Wert auf das

personale Recht auf Selbsteigentum (im Sinne von Verantwortung für Leib und Leben) gelegt wird. Insofern geht es um die Frage, inwieweit erwartet werden kann, dass die Menschen den neuen Herausforderungen der Modernisierung gewachsen sind, die zugleich auf einen institutionellen Wandel hinauslaufen. Die oftmals anzutreffenden „positiven" Ergebnisse empirischer Bevölkerungsbefragungen sollen jedoch nicht über die oft große Diskrepanz zwischen geäußerter Absicht und tatsächlichem Verhalten hinwegtäuschen. Bevölkerungsbefragungen zeigen auch immer wieder, wie schwierig es ist, Reformnotwendigkeiten zu kommunizieren. Dies gilt in hohem Maße für Reformen im System der sozialen Sicherung, in dem längst der Zusammenhang zwischen Angebots- und Nachfrageverhalten verloren gegangen ist.

Neben verschiedenen Umfrageergebnissen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) werden im Folgenden beispielhaft nationale Einzelstudien seit Mitte der neunziger Jahre herangezogen und ausgewertet (Übersicht 4).[9] Für einen internationalen Vergleich hinsichtlich der mentalen Ausprägung liberalen Denkens werden Teilergebnisse aus dem letzten Europäischen Wertesurvey (dritte Welle) genutzt, der in den Jahren 1999/2000 als Repräsentativerhebungen in west- und osteuropäischen Ländern mit jeweils angepassten Fragebögen durchgeführt wurde (Halman, 2001). Ziel dieses Vorhabens, bei dem zuletzt gut 39.000 Personen in West- und Osteuropa befragt wurden, ist die Analyse der europäischen Kultur- und Wertgefüge sowie ihrer Veränderungen.

In Deutschland muss die Frage nach auffindbaren aktuellen Mentalitäten von dem historischen Tatbestand einer preußisch orientierten, staatszentrierten Ordnung der jüngeren Vergangenheit ausgehen. Lange Zeit galt die Verantwortungszuweisung an den Staat, bei der die Grundregel galt, dass alles verboten war, was nicht ausdrücklich erlaubt ist; hingegen lautet die Regel für eine *freie Ordnung,* dass die Beweislast, dass etwas verboten ist, auf Seiten der Verbotsverfechter liegt (Radnitzki, 2001, 265). Ein Indiz für die staatszentrierte Regel ist das jeweilige Ausmaß an Regulierungen durch den Staat in einer Ordnung, die dem historischen Zwangscharakter Kontinentaleuropas (besonders Frankreichs und Deutschlands) entsprechen. Während der Liberalismus zwar the-

Übersicht 4

Nationale Umfragen zum Wert von Freiheit und Eigenverantwortung im Überblick

Autor/ Erscheinungsjahr	Kurztitel	Durchführende Einrichtung	Zeitraum der Befragung	Grundgesamtheit; ausgewerteter Stichprobenumfang	Verfahren
Föste/Janßen, 1997	Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaates	k. A.	27.2 bis 24.3.96	Bevölkerung in D im Alter von 18 Jahren und mehr; n = 1.205	Random-Route-Verfahren; mündliche Befragung, standardisierter Fragebogen
Föste/Janßen, 1999	Die Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft	k. A.	10.10. bis 10.11.97	Bevölkerung in D im Alter ab 14 Jahren; n = 1.165	Random-Route-Verfahren; mündliche Befragung, standardisierter Fragebogen (Computer Assisted Personal Interviewing – CAPI)
Föste et al., 2001	Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt	k. A.	9.10. bis 19.10.99	Bevölkerung in D im Alter ab 14 Jahren; n = 1.005	Random-Route-Verfahren; mündliche Befragung, standardisierter Fragebogen (Computer Assisted Personal Interviewing – CAPI)
Rosenbladt, von, 2000	Freiwilliges Engagement in Deutschland	Projektverbund (u.a. Infratest Burke, München)	Anfang Mai bis Ende Juli 99	Bevölkerung in D im Alter ab 14 Jahren; n = rd. 15.000	Random-Last-Digits (Telefonumfrage), repräsentativ für alle Telefonnummern
Gensicke, 2000	Deutschland im Übergang (Wertesurvey 1997)	Infratest Burke, München	Frühsommer 97	Erwachsene Bevölkerung in D; n = rd. 3.000	k. A.
GDV Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, 2001	Zukunft – klipp und klar?	TNS Emnid, Bielefeld	27.5. bis 9.7.99	Bevölkerung in D zwischen 18 und 65 Jahren; n = rd. 3.000	Random-Route-Verfahren; persönlich-mündliche Befragung

Autor/ Erscheinungsjahr	Kurztitel	Durchführende Einrichtung	Zeitraum der Befragung	Grundgesamtheit; ausgewerteter Stichprobenumfang	Verfahren
Börsch-Supan, 2000	Rentenreform und die Bereitschaft zur Eigenvorsorge	Infratest Burke, München	Februar/März 2000	Bevölkerung in D im Alter ab 16 Jahren; n = 2.500	Telefonumfrage (Computer Assisted Telephone Interview – CATI)
MARPLAN im Auftrag des IW Köln (Meier, 2002)	Mehr Gemeinsinn!	Marplan Forschungsgesellschaft, Offenbach	8.2. bis 1.3.01	Bevölkerung in D im Alter ab 16 Jahren; n = 2.422	Random-Route-Verfahren; mündliche Befragung, standardisierter Fragebogen
McKinsey, stern.de, t-online, 2002	perspektive deutschland	Projektteam Perspektive D; Infratest Burke, München	Okt./Dez. 01	Bevölkerung in D im Alter von 18 bis 59 Jahren; n = 170.000 (Offline-Befragung mit 2.700 Teilnehmern durch Infratest Burke)	Repräsentative Online-Befragung durch statistischen Abgleich mit einer Offline-Befragung durch Infratest Burke
Bundesverband deutscher Banken, 2002	Der Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb	ipos – Institut für praxisorientierte Sozialforschung, Mannheim	4. bis 13.2.02	Bevölkerung in D im Alter ab 16 Jahren; n = 1.508	Telefonumfrage (Computer Assisted Telephone Interview – CATI)
Hurrelmann et al., 2002	Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie	Infratest Burke Sozialforschung, München	Frühjahr 2002	Jugendliche in D im Alter von 12 bis 25 Jahren; n = 2.515	Computerunterstützte mündliche Befragung mit standardisiertem Fragebogen
Bundesverband deutscher Banken, 2003	Politbarometer, Agenda 2010	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim	März 2003	Repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in D	k. A.
Institut für Demoskopie Allensbach i. A. der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft u. impulse, 2003	Reformbereitschaft in Deutschland	Institut für Demoskopie Allensbach	28.6. bis 18.7.03	Bevölkerung in D ab 16 Jahren; n = 3.474	Random-Route-Verfahren; Face-to-face-Befragung, standardisierter Fragebogen
VfA/TNS-EMNID, 2003	Gesundheitspolitik	TNS-Emnid, Bielefeld	28.2. bis 4.3.03	Bevölkerung in D ab 18 Jahren; n = 1.917	Computergestützte Telefonbefragung, standardisierter Fragebogen
Institut für Demoskopie Allensbach, 2004	Der Wert der Freiheit	Institut für Demoskopie Allensbach	25.10. bis 5.11.03	Bevölkerung in D ab 16 Jahren; n = 2.030	Repräsentative Quotenauswahl, standardisierter Fragebogen

oretisch dominiert, kommt in Deutschland noch häufig der strategisch moralisierende Gebrauch des Wortes „Pflicht“ hinzu, womit alles, was erlaubt ist, auch obligatorisch zur Pflicht wird (Radnitzki, 2001, 267). Auch in der Gegenwartsdebatte um mehr Eigenverantwortung können solche Grundtöne häufig wiedererkannt werden: Eigenverantwortung als staatsbürgerliche Pflicht des Einzelnen; dies aber entspricht nicht den Prinzipien einer freien Ordnung, denn die geforderte Eigenverantwortung erweist sich leicht als Zwangsethik. Die öffentliche Meinung schlüpft leicht in die Rolle einer Zwangsinstitution und erklärt Eigenverantwortung zur „Pflicht“. Diesem Dilemma kann sich selbst die liberale politische Debatte zum Thema Freiheit und Eigenverantwortung nicht entziehen.

Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden mentale Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung beispielhaft nachgezeichnet werden. Die demoskopische Sozialforschung ist dabei eine Art von Entdeckungsverfahren, dessen Befunde die Frage beantworten sollen, wie es um die Freiheit und Eigenverantwortung in einer Zeit stand, in der von der Wirtschaft und der Politik immer wieder nach Reformen gerufen wurde. Im Rückblick erweisen sich die vielfältigen demoskopischen Befunde vergangener Jahre hinsichtlich der Einschätzung von Freiheit und Eigenverantwortung in der Bewertung und Übernahmebereitschaft teilweise als widersprüchlich. Damit wurde es der Politik schwer gemacht, sich nicht nur an den Fakten, sondern auch am Meinungsbild der Bevölkerung zu orientieren.

Im Herbst 1997, ein Jahr vor dem Regierungswechsel, als der „Reformstau“ bereits in aller Munde war, waren noch knapp 97 Prozent der Menschen in Deutschland „vollkommen“ bis „eher“ der von Hayek‘schen Auffassung, dass Verantwortung dann gegeben sei, wenn jeder für seine Entscheidungen und Handlungen selbst geradestehe (Föste/Janßen, 1999, 291). Dies war durchaus eine Position, die dem Idealtyp der individuellen Verantwortungsethik und der liberalen Idee des Selbsteigentums an der eigenen Person nahe kommt. Denn von Hayek beschrieb den Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung so: „Freiheit bedeutet nicht nur, dass der Mensch sowohl die Gelegenheit als auch die Last der Wahl hat; sie bedeutet auch, dass er die Folgen seiner

Handlungen tragen muss und Lob und Tadel dafür erhalten wird.“ (von Hayek, 1971, 89)[10] Diese selbst wahrgenommene Verantwortung strahlt durch Interaktion auf die Gesellschaft zurück und wird so zum sozialen Commitment. Wie auch andere soziale Werte, so dient damit der Wert Eigenverantwortung der Systemerhaltung. Dabei kann immer wieder die Situation konkurrierender Werte gegeben sein, die der Politik und dem Einzelnen Entscheidungen abverlangen.

Aus dem Speyerer Wertesurvey von 1997 ist bekannt, dass in der Bevölkerung Deutschlands unter den Werten, die man im Leben anstrebt, die Eigenverantwortung unter insgesamt 24 Werten an dritter Stelle stand (nach Partnerschaft, gutes Familienleben). 92,0 Prozent betrachteten die Orientierung „Eigenverantwortlich leben und handeln“ auf einer siebenstufigen Skala als mindestens „eher wichtig“ (Gensicke, 2000, 80). Dieser Befund mag möglicherweise als Wunsch nach noch mehr Eigenverantwortung interpretiert werden oder auch als Ausdruck ihrer erfahrenen hohen Wertschätzung in der westlichen Gesellschaftsordnung. Weitere zentrale Ergebnisse der speyerischen Wertewandelforschung waren (Gensicke, 1998, 25 f.; ders., 2000):

1. 42 Prozent der Bevölkerung haben für sich selbst Eigenverantwortung als „außerordentlich wichtig“ eingestuft.
2. Mit Eigenverantwortung ist besonders dann zu rechnen, wenn es beim Einzelnen zu einer Mischung aus drei Wertedimensionen kommt: Konventionalismus (zum Beispiel Respekt vor Gesetz und Ordnung, Fleiß und Ehrgeiz), Hedonismus wie Materialismus (das Leben genießen, eigene Bedürfnisse gegen andere durchsetzen) und Selbstentfaltung wie Engagement (Entfaltung von Phantasie und Kreativität, politisches Engagement).
3. 1997 traf diese Mischung in Westdeutschland auf 36 Prozent der Menschen (bezeichnet als „aktive Realisten“) zu. 64 Prozent dieser „Realisten“ bekannten sich in hohem Maße zur Eigenverantwortung.

Seitens der Werteforschung wurde im Wahljahr 1998 darauf hingewiesen, dass der Wert Eigenverantwortung ein zentraler Zukunftswert sei und als ein Mix verschiedener Optionen (zum einen individuelle Selbstbezogen-

heit, zum anderen zuzurechnende Verantwortung entsprechend definierter gültiger Maßstäbe) verstanden werden muss. „Das breite Vorhandensein des Wertes ‚Eigenverantwortung' kann als ein gutes mentales Polster bei der Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft angesehen werden." (Gensicke, 1998, 20) Dies alles war am Ende der Ära Kohl ein günstiges Klima für mehr Eigenverantwortlichkeit in der Sozialpolitik, das noch stärker aufgegriffen und für Reformen hätte genutzt werden können.

Hierfür spricht auch die Stärkung der Persönlichkeit als individuelles Merkmal. Eigenverantwortliche Individuen zeichnen sich dadurch aus, dass sie kompetent, robust wie auch selbstbewusst auf die Wirklichkeit reagieren und ihre Chancen offen und flexibel wahrnehmen, also leistungsbereit sind. Gerade auch und besonders die moderne Leistungsgesellschaft kann auf solche Werte nicht verzichten, ohne dass damit Mitverantwortung obsolet würde. Mehr Eigenverantwortung setzt auf der personalen Ebene den Mut hierzu und damit gefestigte, sich selbst vertrauende, selbstsichere Persönlichkeiten voraus. Das Konstrukt „Persönlichkeit" wird hierbei als derjenige Raum eines Menschen verstanden, der durch verschiedene Persönlichkeitsdimensionen oder -faktoren beschrieben wird, die seine Eigenschaften ausmachen und die er nur im Rahmen der Freiheit entwickeln kann. Wie steht es heute um diese Persönlichkeitsstärke und die Sicherheitsbefindlichkeit in der Bevölkerung? Nach Befragungen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) haben immer mehr Menschen eine starke Persönlichkeit entwickelt, das heißt, sie verfügen über wachsende Humanressourcen auf der personalen Ebene (Tabelle 7). Hierzu hat nicht zuletzt der Trend zur Individualisierung beigetragen, der sich auch in einer starken Betonung des Erzie-

Tabelle 7

Entwicklung der Persönlichkeitsstärke

Grad der Persönlichkeitsstärke	Westdeutschland		Ostdeutschland
	1985	2002	2002
	in Prozent der Befragten		
Sehr stark, stark	23	28	24
Überdurchschnittlich	24	27	27
Mäßig, schwach	53	45	48

Anmerkung: Die Persönlichkeitsstärke wurde aus zehn Statements mit Selbstaussagen, denen auf einer fünfstufigen Skala graduell zugestimmt werden konnte, gebildet; Basis waren mehr als 20.000 Interviews in der Bevölkerung ab 14 Jahren im Rahmen der Markt- und Werbeträger-Analyse (AWA).

Quelle: IfD, 2002, 2 ff.

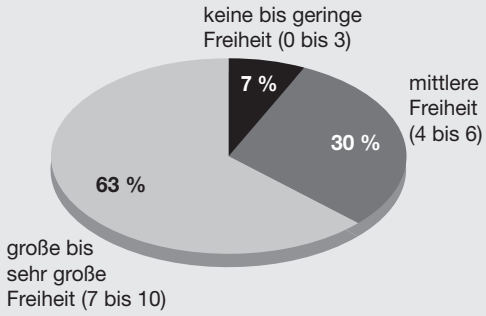
hungsziels „Selbstständigkeit und freier Wille“ widerspiegelt: 2001 traten hierfür in Deutschland 54 Prozent der Menschen ein (Tacke, 2001, 35).

Eine Shell Jugendstudie (Hurrelmann/Albert, 2002, 143) belegt, dass die Eigenverantwortung auch im Wertekanon junger Menschen zwischen 12 und 25 Jahren auf den vordersten Plätzen steht. So gaben im Frühjahr 2002 84 Prozent der Jugendlichen an, Eigenverantwortung sei für sie ein wichtiger Wert. Mit dieser Häufigkeit der Mehrfachnennungen stand sie unter 24 Werten an vierter Stelle nach Freundschaft, Partnerschaft und Familienleben.

Im Großen und Ganzen wird die Gesellschaftsordnung in Deutschland auch als frei erlebt: Nach einer Befragung im Auftrag des IW Köln im Februar 2001 empfand die Merheit der Bevölkerung in Deutschland, persönlich eine „große“ bis „sehr große Freiheit“ zu haben: Bei der Frage nach ihrer „gefühlten“ Freiheit stuften 62,8 Prozent der Befragten diese auf einer Skala zwischen 7 bis 10 (im Schnitt ergab sich ein Freiheitswert von 6,96) ein. Dieser Durchschnittswert stieg deutlich mit der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens von 6,59 (unter 2.000 DM) bis auf 7,25 bei einem Einkommen von 5.000 DM und mehr.

Abbildung 7

Freiheitsempfinden der Bevölkerung



Anmerkung: Persönliche Einstufung des eigenen Freiheitsgefühls in Deutschland auf einer Skala zwischen 0 (= keine Freiheit) bis 10 (= sehr große Freiheit)

Quelle: MARPLAN Forschungsgesellschaft mbH im Auftrag des IW Köln; Repräsentativ-Umfrage bei 2.422 Befragten ab 16 Jahren im Februar 2001 (Meier, 2002)

Offen bleibt trotz des hohen Stellenwertes von Eigenverantwortung und Freiheit im Bewusstsein der Menschen und ihrer offensichtlich gewachsenen Persönlichkeitsstärke jedoch immer, ob der Einzelne mehr Eigenverantwortung auch in die Tat umsetzt und so seine

Freiheit besser nutzt oder ob er sich im Zweifel doch für ein hohes Maß an Fremdsorge entscheidet, wenn ihm dies leicht gemacht wird und sein Sicherheitsbedürfnis überwiegt.

5.3 Risiko versus Sicherheit im Akzeptanzmodell

Die Selbsterneuerungsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft durch Reformen wird vor allem von Menschen getragen, die über eine große Handlungsfreiheit verfügen, risikofreudig sind und den Aspekt der äußeren Sicherheit in ihrem Leben nicht überbewerten. Wird aber in der Sozialpolitik der Aspekt starrer kollektiver Absicherung institutionell festgeschrieben, dann fällt es oft schwer, bei der individuellen Allokation und Organisation von Produktionsfaktoren innovative Kombinationen zu verwirklichen, die immer mit Unsicherheiten verknüpft sind. Besonders ein zu starkes Streben nach Absicherung kann strukturelle, soziale und technische Innovationen behindern.

Die Orientierung an den gewohnten Sicherungen durch den Sozialstaat ist ambivalent zu beurteilen: Einerseits werden damit fundamentale Bedürfnisse des Einzelnen erfüllt; sie leisten eine so genannte Hintergrunderfüllung (Arnold Gehlen) und setzen dadurch Energien und Motive für andere Handlungszwecke frei (Entlastungsfunktion), andererseits können dadurch auch Verhältnisse so festgeschrieben werden, dass auch kleinste Veränderungen vermieden werden (Erstarrung). Sicherheit ist nun aber nicht nur die äußere Sicherheit im Sinne von Absicherung, sondern sicher auch, wie Hans Freyer erkannte (Freyer, zit. bei Kaufmann, 1970, 30), die „innere Sicherheit“, die sich aus der Gewissheit schöpft, durch persönliche Anpassungen, Flexibilität und Offenheit den Wandel zu beherrschen.

Aus demoskopischen Studien ist bekannt, dass der subjektive Stellenwert von „Sicherheit“ hoch ist. Mitte der neunziger Jahre zählten „Gesundheit“ (88,9 Prozent) und „Soziale Sicherheit“ (76,3 Prozent) zu den Lebenswerten, die „sehr wichtig“ sind (Föste/Janßen, 1997, A21). Ein anderes Ergebnis: 73,8 Prozent der Menschen (ab 14 Jahre) hielten

im Jahr 2000 nach einer Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (IfD, 2000) „Sicherheit und Geborgenheit“ gleich nach dem Ziel „Ehrlichkeit“ (80,5 Prozent) als Lebensziel für „ganz besonders wichtig und erstrebenswert“.

Zweifellos führt besonders die oft unfreiwillige Übernahme von Risiken zu großen Unsicherheiten. In diesem Zusammenhang wird auf den wichtigen Unterschied zwischen freiwilligen und unfreiwilligen Aktivitäten und den damit verbundenen Bereitschaften zur Übernahme von Risiken hingewiesen (Starr, 1993, 7 ff.): Freiwillig werden Risiken und damit Unsicherheit umso eher akzeptiert, je mehr die möglichen Konsequenzen in etwa dem eigenen Wertesystem entsprechen. Das Individuum versucht daher auf dem Wege von Optimierungsverfahren, sein Verhalten zu steuern. Man schätzt, dass die Öffentlichkeit „freiwillige“ Risiken akzeptiere, die ungefähr tausendmal so groß seien wie „unfreiwillige“ Risiken (Starr, [zuerst 1969],1993,19 f.). Entscheidend ist deshalb der Freiwilligkeitsgrad der Übernahme von mehr Verantwortung.[11] Lübbe hob hervor, dass das Sicherheitsverlangen in demselben Maße zunehme, wie man sich vom Handeln entfernter Dritter potenziell riskant betroffen fühlt (Lübbe, 1993, 30), womit zugleich die Zurechenbarkeit von Risiken (und Verantwortbarkeit) und damit die Verantwortbarkeit sinkt – aus Risiken werden Gefahren.

Die zunehmende Unüberschaubarkeit von Handlungsketten und Handlungsabhängigkeiten lässt vielfach ein Gefühl der Abhängigkeit und Unbeeinflussbarkeit von Risiken entstehen, die der Übernahme von Eigenverantwortung für nicht freiwillig gewählte Risiken zuwiderläuft. Nach Tversky/Kahneman (1974) vermeidet der Mensch aber nicht wirklich die Risiken, sondern scheut eher die Verluste des Besitzstandes; dies ist es, was zur Risikoscheu führt. Je wohlhabender eine Gesellschaft also ist, desto höher fällt demnach das Sicherheitsbedürfnis aus. Befindet man sich aber bereits in einer Verlustposition, dann werden sogar große Risiken eingegangen, um die Verluste wettzumachen.

Beides erklärt, weshalb soziale Sicherheit in der modernen arbeitsteiligen und komplexen Wohlstandsgesellschaft mit ihren vielen „unfreiwilligen

Risiken“ (Gefahren) einen so hohen Stellenwert hat. Andere Erklärungen der Risikoakzeptanz stellen in ähnlicher Weise auf ein subjektiv-rationales Abwägen zwischen Kosten und Nutzen des Verhaltens ab (dargestellt bei: Slaby/Urban, 2002): Wenn der Nettovorteil eines Risikos subjektiv nur gering erscheint, dann reicht allein das Vorhandensein eines Handlungsrisikos unabhängig von der Wahrscheinlichkeit seines Eintritts aus, es nicht einzugehen. Dies trifft besonders auf wohlhabende Gesellschaften zu und erklärt gewisse Reform-Aversionen. „Wohlhabende Gesellschaften können somit weniger reformfreudig sein als Gesellschaften, deren einzelne Mitglieder wenig zu verlieren haben.“ (Bergheim et al., 2004, 4)

Angesichts traditioneller staatlicher Risikoabsicherung und der Unübersichtlichkeit und Unwägbarkeiten in der derzeitigen Debatte über die Reform des Sozialstaates für den Einzelnen, aber auch aus Gründen instinktbegründeten Überlebensstrebens des Menschen wundert es somit nicht, dass im Rahmen eines Begriffs-Sympathietestes durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD, 2003, Tab. 13a) vom Sommer 2003 der Begriff „Sicherheit“ zu den am häufigsten als sympathisch eingestuften Begriffen gehörte (Tabelle 8). Es irritiert dabei kaum, dass gleich nach der „Mitbestimmung“ die „Eigenverantwortung“ und „Selbstständigkeit“ als am häufigsten genannte Sympathiebegriffe folgen, spiegelt sich hier doch zum Teil der Wunsch der Bevölkerung nach eigenverantwortlicher Gestaltung, zumindest ihres eigenen Lebens, wider. Der Begriff „Reformen“ war weitaus wenigeren sympathisch (62, 5 Prozent), von der Sympathie des Begriffs „Risiko“ ganz abgesehen (35,6 Prozent). Dies mag größtenteils damit zusammenhängen, dass in der öffentlichen Debatte immer eher von zusätzlichen Belastungen des Einzelnen durch Reformen die Rede ist als vom Gewinn zusätzlicher Freiheit und Eigenverantwortung. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass der Begriff „Gleichheit“ auf mehr Sympathie stößt als der der „unternehmerischen Freiheit“.

Was bewirkt diese als so sympathisch empfundene Sicherheit subjektiv für den Einzelnen? Aus demoskopischen Untersuchungen lassen sich hierzu Hinweise gewinnen: Sicherheit definieren die meisten zunächst über den finanziellen Besitz (also als Geldkapitalvermögen). Unter

insgesamt 22 Items zum Sicherheitsgefühl stand 1998 der Gesichtspunkt „Geld haben, Ersparnisse haben“ mit 82 Prozent der Mehrfachnennungen an erster Stelle; die „soziale Absicherung“ folgte mit 72 Prozent auf Rang zwei; die dritte und vierte Position belegten der menschliche Nahbereich sowie eine gute Altersversorgung (eigene Familie: 68; Partner, Partnerin: 65; Altersversorgung: 63 Prozent) (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 44 ff.). Noch nicht einmal jeder Zweite fühlte sich durch eine „gute Ausbildung“ sicher (45 Prozent) und noch weniger durch den Faktor „Erfolg“ (32 Prozent). Aus „religiöser Überzeugung“ (Glauben) schöpfen schließlich gar nur noch 19 Prozent ihre Sicherheit.[12]

Gerade in der modernen Wissensgesellschaft wird der Einzelne seine persönliche Sicherheit aber immer mehr aus seinem verwertbarem Wissen schöpfen müssen. (Aus-)bildung als eine moderne, auch sicherheits-

Tabelle 8

„Freiheit“ und „Eigenverantwortung“ in der Konkurrenz um Sympathie

Frage: „Auf diesen Karten stehen verschiedene Wörter. Bei diesen Wörtern kann man ja verschieden fühlen, ob sie einem sympathisch sind oder nicht sympathisch. Könnten Sie bitte diese Karten einmal hier auf das Blatt verteilen, je nachdem, wie Sie das fühlen. Wenn Sie sich bei einem Wort wirklich nicht entscheiden können, legen Sie die Karte bitte beiseite.“

Begriff	D	West	Ost
	Sympathiebekundung in Prozent der Nennungen		
Sicherheit	91,8	91,7	92,0
Mitbestimmung	85,8	85,6	86,6
Eigenverantwortung	85,7	86,5	82,5
Selbstständigkeit	83,4	84,7	78,5
Kündigungsschutz	81,4	81,2	81,9
Wettbewerb	77,1	76,8	78,2
Gleichheit	71,4	71,0	73,0
Marktwirtschaft	70,2	71,4	65,9
Sozialstaat	69,8	68,4	75,0
Unternehmerische Freiheit	62,9	63,3	61,2
Reformen	62,5	63,6	58,1
Altersteilzeit	62,2	63,2	58,0
Flexibilisierung	60,1	61,7	54,2
Unternehmensgewinne	52,2	54,0	45,0
Generationenvertrag	50,7	50,8	50,5
Subventionsabbau	40,4	42,1	33,8
Frühverrentung	37,5	35,9	43,7
Flächentarifvertrag	36,5	35,4	40,9
Risiko	35,6	37,3	28,9
Ich-AG	35,5	36,4	32,1
Subventionen	32,5	30,5	40,2
Elite	31,9	32,4	29,7
Globalisierung	29,7	30,3	27,5
Rationalisierung	27,6	25,2	36,9
Selbstbeteiligung bei den Krankheitskosten	17,2	18,7	11,1

Befragung bei 3.474 Personen ab 16 Jahren im Sommer 2003
Quelle: IfD, 2003, Tab. 13a

spendende, Ressource scheint damit erst bei vier von zehn Menschen im Bewusstsein verankert zu sein. Letztlich kann sie, unter den Bedingungen der ständigen eigenverantwortlichen Aktualisierung (Weiterbildung), auch eine Hilfe zur Bildung von Kapitalvermögen als Sicherheitsinstanz sein, aus der die meisten ihre Sicherheit zu schöpfen wähnen. Es scheint, als ob der Zusammenhang zwischen Bildung, Leistung, Erfolg und finanzieller Sicherheit in der Bevölkerung in seinen ursächlichen Voraussetzungen noch nicht ausreichend präsent ist.

Seine Sicherheit sieht der moderne Mensch mithin vor allem in der Vermeidung von materiellen Wohlstandsverlusten, eine in Wohlstandsgesellschaften zunächst durchaus rationale Haltung. Hieran erkennt man die Stichhaltigkeit der auf Beobachtungen basierenden Verlusttheorie von Kahneman/Tversky (1979, Tversky/Kahneman, 1974), dass Veränderungen im äußeren Kontext einer Wohlstandsgesellschaft (der sozioökonomische Wandel) zunächst Unsicherheit hervorrufen und der Ruf nach mehr Sicherheit zunimmt. Soziale Sicherheit komplementär zur Reform des Sozialstaates durch eine Stärkung der Eigenverantwortung und Eigenvorsorge zu bewirken ist daher nicht per se erfolgreich, zumal soziale Sicherheit durch die soziale Sicherung als Anliegen staatlicher Sozialpolitik gilt. Dies mag zu der Illusion geführt haben, dass sich die soziale Sicherheit durch wachsende Ausgaben erhöht, was nachweislich nicht der Fall ist. Doch die Verknüpfung von beidem hat es mit sich gebracht, dass alle Kürzungen von Ausgaben mit einem Abbau von sozialer Sicherheit (als

Tabelle 9

Die Risiko-Chancen-Wahrnehmung in der Bevölkerung

Frage: „Wenn Veränderungen bevorstehen, was geht Ihnen da vor allem durch den Kopf: Welche Risiken damit verbunden sind, was alles Schlimmes passieren kann, oder welche Chancen, was alles Gutes die Veränderungen mit sich bringen können?“

Einschätzung als ...	Insgesamt	davon im Alter von			
		16–29	30–44	45–59	60 Jahren und älter
	in Prozent der Befragten				
Risiken	29	16	26	29	40
Chancen	48	62	52	48	33
unentschieden, weiß nicht	23	22	22	23	27
insgesamt	100	100	100	100	100

Stand: Juli 2000

Quelle: Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 76

Angriff auf die Wertidee „Sicherheit“) gleichgesetzt werden. Umso leichter fallen kritische Äußerungen und Proteste gegen Ausgaben senkende Reformen. Die Übernahme von mehr Eigenverantwortung müsste daher subjektiv das Sicherheitsempfinden erhöhen, ist dies nicht der Fall, wird ihre Übernahme erschwert. Doch fast jeder Zweite (48 Prozent) sah noch im Jahr 2000 in Veränderungen eher Chancen als Risiken – allerdings nimmt dieser Optimismus mit steigendem Alter fühlbar ab (Tabelle 9), was sich vor dem Hintergrund der allgemeinen demographischen Alterung als ein Reformhindernis herausstellen könnte.

Freiheit und Eigenverantwortung gehen mit der Bereitschaft zur eigenen Leistung als Grundlage für das persönliche Wohlergehen einher. 2003 waren gut vier von zehn Befragten (44 Prozent) der Auffassung, dass jeder selbst „seines Glückes Schmied“ sei, und 36 Prozent meinten, dass die Verhältnisse die Menschen daran hinderten, dass sie nach oben kommen (unentschieden: 20 Prozent). Beträchtliche Unterschiede gab es in dieser Frage allerdings zwischen West- und Ostdeutschland: Während für 34 Prozent der Menschen in Westdeutschland die gesellschaftlichen Verhältnisse eine Mobilitätsbremse auf dem Weg nach oben darstellen, waren es von denjenigen in Ostdeutschland 46 Prozent (IfD, 2004). Dies zeigt, wie sehr offensichtlich noch das mentale „sozialistische Erbe“, aber wohl auch noch die sozioökonomische Verfassung der neuen Bundesländer das Gesellschaftsbild und die mentale Grenze zwischen beiden Seiten Deutschlands bestimmen. Doch von der jüngeren Generation (Befragte von 16 bis unter 30 Jahren) denkt inzwischen jeder Zweite (52 Prozent), jeder sei selbst „seines Glückes Schmied“.

5.4 Mehr Freiheit und Eigenverantwortung – aber wozu?

Soziale Marktwirtschaft basiert mit ihren Werten der Personalität und Subsidiarität ganz wesentlich auf der Wertschätzung und Wahrnehmung von Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen für sich und sein Leben. Zugleich steht aber der starke (auch verständliche) Wunsch nach Sicherheit in der modernen Gesellschaft in einem steten Spannungsverhältnis zum Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit. Eine hohe

Sicherheit bei gleichzeitig großer Freiheit zu besitzen, bedeutet häufig die berühmte „Quadratur des Kreises“. Freiheit wurde im Jahr 2000 nach der Allensbacher AWA-Studie von 66,5 Prozent der Menschen für ein „ganz besonders wichtig und erstrebenswert“ gehaltenes Lebensziel eingestuft (AWA, 2000). Freiheit, so sahen es die meisten Menschen in Deutschland dann im Herbst 2003, bedeutet allerdings nicht, frei von sozialer Not zu sein oder tun und lassen zu können, was man möchte, sondern sich selbstverantwortlich für einen Beruf, ein Land, eine Stadt entscheiden und sich für Ziele einsetzen zu können – also eine Freiheit nicht „wovon“, sondern „wozu“: Jeder Zweite (50 Prozent) entschied sich für diese Option (IfD, 2004). Freiheit bestand 2001 zwar für 74 Prozent der Menschen in Westdeutschland darin, das Leben selbst in die Hand zu nehmen (Ostdeutschland: 64 Prozent). Aber noch nicht einmal ein Drittel der Menschen assoziierten Anfang 2001 Freiheit mit der Aufhebung des Versicherungszwangs und der eigenen Entscheidung darüber, welche Risiken man selbst abdeckt (Westdeutschland: 30, Ostdeutschland: 29 Prozent) (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 605), obwohl sich gerade auch hier ein Bereich eröffnet, das eigene Leben stärker selbst zu gestalten.

Wenn Eigenverantwortung für die Menschen als Wertorientierung im Leben so wichtig ist, wie sie sagen, inwieweit wollen sie sie übernehmen und sich von der Übermacht des Staates befreien? 1999 plädierten – sicher ihres Rechts auf Selbsteigentum nicht genug bewusst – jedenfalls noch 63 Prozent für einen Staat, der seine Bürger umfassend absichert, nur jeder Fünfte war dafür, dass der Staat nur die notwendigste Absicherung übernimmt. Innerhalb von nur zwei Jahren änderte sich – nicht zuletzt wegen der öffentlichen Diskussion um mehr Eigenverantwortung – das Meinungsklima: Im November 2001 vertraten jetzt 53 Prozent der Menschen in Deutschland die Auffassung, dass die Bürger versuchen sollten, so viel wie möglich für sich selbst zu lösen (Staat verantwortlich für den Bürger: 28; unentschieden: 19 Prozent). Deutschland unterschied sich Ende 2001 damit hinsichtlich der kognitiven Präsenz über den Stellenwert von Eigenverantwortung beträchtlich von seinen Nachbarn Frankreich oder Großbritannien, wo die Menschen noch ein viel stärkeres Anlehnungsbedürfnis an den Staat zu haben scheinen als hierzulande (Tabelle 10).

Dieser hohe Stellenwert der Eigenverantwortung für das eigene wirtschaftliche Wohlergehen, den Lebensunterhalt wurde schon in den Untersuchungen von Föste/Janßen (1999, 400 f.) zur Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft deutlich: Damals sagten knapp 92 Prozent, die Aussage „Jeder muss für seinen Lebensunterhalt nach Möglichkeit selber aufkommen, um anderen nicht zur Last zu fallen“ sei „vollkommen“ bis „eher richtig“.

Tabelle 10

Wer ist verantwortlich – Staat oder Bürger?

Frage: „Was für eine Gesellschaft finden Sie besser: Eine Gesellschaft, in der der Staat hauptsächlich für seine Bürger verantwortlich ist, oder eine Gesellschaft, in der die einzelnen Bürger so viel wie möglich selbst für sich zu lösen versuchen?“

Haltung	Deutschland	West	Ost	Frankreich	Großbritannien
	in Prozent der Befragten				
Staat ist hauptsächlich für seine Bürger verantwortlich	28	23	48	51	40
Bürger sollen versuchen, so viel wie möglich für sich selbst zu lösen	53	59	27	42	50
Unentschieden, k.A.	19	18	25	7	10
insgesamt	100	100	100	100	100

Stand: November 2001

Quelle: Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 618

Selbst in schwierigen Lebenssituationen, so meinte nahezu jeder Befragte, müsse man zunächst immer versuchen, sich selbst zu helfen („vollkommen“ bis „eher richtig“: 94,7 Prozent). Doch nur 52,9 Prozent beurteilten daher die Aussage „Die meisten Menschen sind völlig überfordert, wenn sie für sich selber sorgen müssen“ als „eher“ bis „vollkommen falsch“.

Eigenverantwortung und soziale Gerechtigkeit schließen einander bei weitem nicht aus. Denn allemal realisiert sich soziale Gerechtigkeit für die Mehrzahl der Menschen gerade nicht darin, dass man ihnen die Verantwortung abnimmt, sondern darin, dass man sie dazu anregt, für sich selbst zu sorgen: 45 Prozent der Befragten stimmten dem Anfang des Jahres 2000 zu – nur gut drei von zehn (32 Prozent) teilten diese Auffassung nicht, doch 23 von Hundert konnten sich nicht entscheiden. Hier finden sich wiederum große Unterschiede zwischen West und

Ost: Während sich im Westen Deutschlands für 49 Prozent die soziale Gerechtigkeit durch mehr Eigenverantwortung ergab, stimmten dem in den neuen Bundesländern nur 32 Prozent zu (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 635). Für die eigene wirtschaftliche Lage erklärten sich im November 1999 in einer Allensbach-Erhebung 55 Prozent selbstverantwortlich (Staat: 31 Prozent) (Westdeutschland: 59 Prozent, Ostdeutschland: 40 Prozent) (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 636).

Diese Einschätzung der Verantwortung für den persönlichen Wohlstand stützen auch neuere Studien: Nach Umfragen im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB, 2002b, 17 ff.) sprachen sich in Deutschland nicht nur immer mehr Menschen für „mehr Markt“ aus (Mai 1994: 25, Februar 2002: 41 Prozent), sondern plädierten auch dafür, dass die Sicherung des Wohlstandes in erster Linie Aufgabe des Einzelnen sei. Stimmten dieser Aussage von denjenigen, die meinten, die Gesellschaft lebe im Wohlstand (70 Prozent), im Mai 1994 „erst“ 47 Prozent zu, so waren es im Februar 2002 bereits 58 Prozent, entsprechend sank der Anteil derjenigen, die darin zuerst eine Aufgabe des Staates sahen, von 47 auf 36 Prozent (Tabelle 11).

Tabelle 11

Wohlstandssicherung: Wer ist zuständig?

Frage:
„Wenn es darum geht, den Wohlstand zu sichern: Ist das in erster Linie Aufgabe jedes Einzelnen, oder ist das in erster Linie Aufgabe des Staates?“

Einschätzung/ Jahr	Mai 1994	Februar 1996	März 2000	Februar 2002
	in Prozent der Befragten			
Aufgabe des Einzelnen	47	49	55	58
Aufgabe des Staates	47	44	39	36
Weiß nicht	6	7	6	6

Quelle: BdB, 2002b, 20

Diese Ansichten über eine Verlagerung der Zuständigkeit für die Wohlstandssicherung vom Staat auf das Individuum stellten zugleich an die Institutionen des Staates die Aufforderung dar, hierfür entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Ludwig Erhard hatte dies als Aufforderung an den Staat so umschrieben: *„Kümmere* du*, Staat,* dich *nicht um meine Angelegenheiten*, sondern gib mir so viel Freiheit und lass mir

von dem Ertrag meiner Arbeit so viel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selbst zu gestalten in der Lage bin.“ (Erhard, 1957, 263) Die Daten zeigen, wie sehr die Bevölkerung heute diese frühe Aufforderung Erhards unterschreiben würde.

Die Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung in Wohlstandsfragen ist demnach bei der Mehrzahl vorhanden. Allerdings zeigt sich beim West-Ost-Vergleich ein nicht unerheblicher Unterschied: In den alten Bundesländern sprachen sich 2002 für die Eigenverantwortung 61 Prozent (Staat: 34 Prozent) und in den neuen Bundesländern nur 45 Prozent aus. Hier wurde dem Staat noch von 47 Prozent die Verantwortung zugeschrieben.

5.5 Bereitschaft zur Eigenverantwortung am Beispiel von Lebensfeldern

In der modernen, sich individualisierenden Gesellschaft wird der kollektive Schutz vor Lebensrisiken ganz wesentlich durch bürokratische Großsysteme geleistet, die den Einzelnen zwar in vielen Fällen von der Last der Eigenverantwortung befreien und ihn entlasten, ihm aber auch zugleich ein Stück seiner Handlungsfreiheit nehmen. Vielfach orientieren sich diese Systeme noch an Aufgaben, die mit der Lösung der alten „sozialen Frage“ bei der Entwicklung zur Industriegesellschaft verbunden waren. So war das staatliche System sozialer Sicherung in seinen Ursprüngen nicht für die Allgemeinheit gedacht, sondern für eine Minderheit der Bedürftigen. Vom ersten Zweig der Sozialversicherung, der Krankenversicherung, wurden rund 10 Prozent der Bevölkerung erfasst. Der Rest war auf eine private Versicherung angewiesen, denn schon lange vor der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (1883) existierten erste private Krankenkassen, und 1845 wurden von der Preußischen Allgemeinen Gewerbeordnung generell private Krankenkassen zugelassen.

Seither konnten sich diese Systeme zu großen eigenständigen Wirtschaftsfaktoren entwickeln, damit an Eigengesetzlichkeit gewinnen und sich verstärkt für ihre Selbsterhaltung interessieren. Zugleich ist der Einzelne von diesen Systemen in großem Maße abhängig geworden und

muss sich ihren Regeln und Kreisläufen anpassen. Doch Lebensrisiken zu schützen und zu beherrschen kann heute nicht mehr in erster Linie dem Staat und großen Solidarsystemen überantwortet werden, obwohl ihnen oft aus Gründen mangelnder Vorausschau der Individuen eine nicht unerhebliche Schutzfunktion zukommt. Infolge der Beharrlichkeit kollektiver Großsysteme stellt sich die Eigenverantwortungsfrage als eine zentrale neue soziale Frage dar.

Doch noch spiegeln sich besonders im Bildungssystem und im System der sozialen Sicherung die historischen Komponenten jener „zwanghaften Subordnung“ (Radnitzky) wider, die Freiheit und Eigenverantwortung lediglich zuteilt und damit den Schutz vor Risiken umverteilt. Zweifellos bedeutet diese Zuteilung von Leistungsansprüchen durch den Staat an Anspruchsberechtigte auch, dass ihnen damit zugleich zwar mehr Handlungsfreiheit, aber keine Eigenverantwortung zuwächst.

Trotz aller allgemeinen Befürwortung einer großen Eigenverantwortung plädierten im Sommer 1999 noch 44 Prozent der Menschen in Deutschland dafür, dass der Staat so weit wie möglich für die soziale Sicherung der Bürger sorge; jeder Dritte (34 Prozent) vertrat die Auffassung, dies sei Sache der Bürger selbst (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 642). 41 Prozent waren noch der Meinung, der Staat könne seine Bürger umfassend absichern, ohne die Steuern zu erhöhen (nur mit hohen Steuern: 35 Prozent).

Dass Eigenverantwortung auf dem Feld der sozialen Sicherung auch weiterhin noch nicht zur internalisierten personalen Kompetenz der Menschen in Ost und West gehört, zeigen auch neuere empirische Befunde: Nach Befragungen des IfD 2003 traten 43,5 Prozent der Menschen aus Westdeutschland dafür ein, dass der Staat so weit wie möglich die soziale Sicherung der Bürger übernimmt; in den neuen Bundesländern waren es 55,9 Prozent, die diese Auffassung hatten (insgesamt: 46,0 Prozent). Nur für eine Grundsicherung seitens des Staates sprachen sich 41,6 Prozent aus (West: 45,1, Ost: 29,3 Prozent) (IfD, 2003, Tab. 9a). Dies macht den Balanceakt zwischen Ost und West deutlich, auf den sich eine liberale Politik in Deutschland einlassen muss.

Allgemeine Einschätzung von Reformnotwendigkeiten

Trotz häufiger Verantwortungszuweisungen an den Staat glauben viele infolge der neueren öffentlichen Debatten um die Reformfähigkeit des Sozialstaates und der Stellung Deutschlands im internationalen Wettbewerb, dass notwendige gesellschaftliche Reformen für einen Wandel des Sozialstaates in Deutschland nicht schnell genug vorankommen. Umfragen des ipos Instituts im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken (BdB, 2002c, 4 f.) bei 1.015 wahlberechtigten Bundesbürgern im Oktober 2002 ergaben, dass diese Auffassung von 83 Prozent vertreten wurde; inzwischen wünschten sich 45 Prozent künftig „mehr Markt" (1998: 29 Prozent). Die oben genannte Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) vom Sommer 2003 ließ erkennen, dass gut jeder Dritte (34,9 Prozent) der Befragten der Auffassung war, der Reformbedarf in Deutschland sei im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern größer, für etwa ebenso viele (37,2 Prozent) stellte er sich als gleich groß dar; 39,8 Prozent waren der Meinung, dass Deutschland bei den Reformen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schlechter vorankomme (in etwa gleich gut: 30,4 Prozent) (IfD, 2003, Tab. 1a, 2a).

Befragungen im Rahmen des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen vom Mai 2003 belegen, dass ein großer Teil der Bevölkerung die Reformvorschläge der Agenda 2010 für mindestens „gerade richtig", wenn nicht sogar für nicht weitgehend genug hält (55 Prozent) (BdB, 2003,1). Auch nach den IfD-Befunden vom Sommer 2003 hielten 57,7 Prozent die vorgestellten Reformen in der Agenda 2010 für nicht ausreichend, es müssten umfassendere Reformen folgen; selbst unter Arbeitslosen war diese Meinung noch bei knapp 50 Prozent zu finden (IfD, 2003, Tab. 5a, 6). Diese Einschätzungen müssen angesichts der innerparteilichen Reformdebatte der SPD von Anfang 2004 überraschen.

Bei der Mehrzahl der Befragten (45,5 Prozent) hatte sich 2003 die Erkenntnis durchgesetzt, dass man in den derzeitigen Krisenzeiten Abstriche machen und Opfer bringen müsse; doch das Erreichte halten wollen immerhin noch 39,0 Prozent (IfD, 2003, Tab. 7a). Einsichten sind

bei den meisten (47,5 Prozent) inzwischen auch dahingehend gegeben, dass eine umfassende soziale Absicherung durch den Staat nur mit hohen Steuern und Abgaben möglich ist. Ein nicht unbeträchtlicher Teil ist aber noch der Meinung, dies sei auch ohne hohe Steuern und Abgaben möglich (34,6 Prozent) (IfD, 2003, Tab. 8a). Offen ist, worauf sich diese Meinungen gründen.

Tabelle 12

Welche Reformen für eine bessere Zukunft?

Frage: „Was für Reformen brauchen wir, damit Deutschland gut in die Zukunft kommt? Welche von dieser Liste hier halten Sie für notwendig?“ (Hier: die 10 ersten von insgesamt 21 vorgegebenen Reformen)

Art der Reformen	D	West	Ost
	in Prozent		
Steuerliche Entlastung der Arbeitnehmer	65,1	65,9	62,3
Beschränkung staatlicher Leistungen (Sozialhilfe) auf wirklich Bedürftige	62,7	65,4	52,3
Flexiblere Arbeitszeiten	60,5	61,4	56,9
Verkürzung der Genehmigungsverfahren	54,3	55,2	50,8
Lockerung der Handwerksordnung (Selbstständigkeit ohne Meisterbrief)	45,4	46,9	39,4
Einführung der Vermögenssteuer	43,9	41,9	51,8
Aufhebung der Ladenschlusszeiten	40,1	40,7	37,7
Senkung der Unternehmenssteuern	38,4	39,0	36,0
Mehr Eigenverantwortung in der Altersvorsorge	36,9	39,8	25,6
Für Betriebe, denen es schlecht geht, Löhne unter Tarif zahlen	31,3	32,4	26,6

Quelle: IfD, 2003, Tab. 3a; Befragung bei 3.474 Personen ab 16 Jahren im Sommer 2003

Inzwischen haben die Menschen eine klare Vorstellung davon, welche Reformen Deutschland für eine gute Zukunft braucht: Unter den zehn am häufigsten genannten Reformmaßnahmen sind viele, mit denen auch ein größeres Maß an Entscheidungs- und Handlungsfreiheit für sie verbunden wäre (Tabelle 12). Deutlich werden allerdings die weiter bestehenden Mentalitätsunterschiede zwischen West und Ost. Sie betreffen solche Reformbereiche, in denen besonders Werte wie Gleichheit und Solidarität zum Tragen kommen wie zum Beispiel beim Thema Eigenverantwortung in der Altersvorsorge, dem der untertariflichen Bezahlung oder der Einführung der Vermögenssteuer. Diese Mentalitätsdifferenzen sind größtenteils auf die Erfahrungen mit dem sozi-

alistischen System zurückzuführen und bestimmen das Mentalitätsbild Gesamtdeutschlands mit.

Die allgemeinen Einsichten der Bevölkerung in notwendige Reformen, die mehr Freiheit und Flexibilität ermöglichen, darf nicht über mögliche Zielkonflikte hinwegtäuschen, die dann eintreten können, wenn es den Einzelnen persönlich betrifft (Sankt-Florians-Prinzip).

Die Reformdebatte um mehr Flexibilität, Freiheit und Eigenverantwortung wird in erster Linie von Politikern und Interessenvertretungen gesellschaftlicher Gruppen geführt. In der Bevölkerung herrschen mitunter Meinungsunterschiede darüber, wer von ihnen die Reformen voranbringt oder verhindert. So ist die Frage interessant, in welchen politischen Instanzen die Bevölkerung selbst Reformmotoren oder Reformbremser sieht. Die IfD-Studie zur Reformbereitschaft (IfD, 2003, Tab. 11a und 12a) in Deutschland ist dieser Frage durch einen Einstufungstest bei insgesamt 17 verschiedenen Einrichtungen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden nachgegangen: Aufgrund der medienwirksamen öffentlichen Reformdebatte und Reformvorstöße seitens der Bundesregierung nahm die Mehrzahl der Bevölkerung (44,9 Prozent) die Regierung als Reformmotor wahr; nur 12,4 Prozent sahen sie als Bremser. Eine solche Einschätzung überrascht angesichts der direkten Reforminitiativen der Bundesregierung nicht. Dagegen wurden die Gewerkschaften mit großer Mehrheit (55,4 Prozent) als Verhinderer von Reformen eingestuft (als Reformmotoren: 17,8 Prozent). Auch die Arbeitgeberverbände sah man eher als Bremser (33,9 Prozent) denn als Motoren der Reformen (26,4 Prozent), obwohl gerade von dieser Seite immer stärker grundlegende Reformen angemahnt werden. Jeder Fünfte (21,5 Prozent) stufte die Großunternehmen als Reformmotoren ein und 34,0 Prozent als Bremser. In den Bürgern selbst sahen 15,2 Prozent der Befragten Reformmotoren und 14,6 Prozent -verhinderer. Sehr deutlich spiegeln diese Ergebnisse die Wahrnehmungsstruktur der Bevölkerung wider. Sie deuten zugleich an, welcher kommunikative Handlungsbedarf seitens einzelner Instanzen noch besteht.

Im Rahmen einer Befragung von 200 Bundestagsabgeordneten und 1.051 Abgeordneten in Landtagen im Auftrag der Zeitschrift impulse und der

Initiative Neue soziale Marktwirtschaft im Frühjahr 2004 zum Reformthema in Deutschland konnte herausgestellt werden, dass 61 Prozent der Befragten die Probleme in Deutschland für größer einschätzen als im Ausland und mehr als jeder Zweite (57 Prozent) sogar der Meinung war, dass die Politik die Problemlage eher relativiere und beschönige (Forsa, 2004). Ohne weiteres haben 59 Prozent der Abgeordneten sogar die Frage bejaht, ob die Bundesbürger mehrheitlich bei Reformen zu Einschränkungen bereit seien. Wie die Bevölkerung, so sind denn auch viele Politiker davon überzeugt, dass noch mehr Reformen als bisher notwendig sind: Für 81 Prozent der befragten Politiker gehen die Reformen im Steuersystem nicht weit genug, 68 Prozent sagen dies für das Rentensystem und 64 Prozent für die Arbeitsmarktpolitik (Gesundheitssystem: 35 Prozent).

Warum dennoch viele Reformen nur halbherzig durchgeführt werden, könnte mit mangelndem Mut oder starken Eigeninteressen zusammenhängen: Ein nicht unbedeutender Teil der Politiker (41 Prozent) war der Auffassung, dass eine Partei im Wahlkampf dann bessere Chancen habe, wenn sie die Probleme und den Reformbedarf nicht so krass darstelle. Handlungspraktisch geht es mithin unter Berücksichtigung vermeintlicher Wählerinteressen darum, dem Stimmenmaximierungsmodell aus der ökonomischen Theorie der Demokratie (Anthony Downs) zu folgen (Politiker als „politischer Unternehmer“, Schumpeter). Dies scheint sich als ein grundlegendes Dilemma repräsentativ-demokratischer Politik darzustellen, welches letztlich ein Innovationen und Reformen behindernder Mechanismus ist, der den Prozess einer „schöpferischen Zerstörung“ bremst.

Bildung und Wissenschaft – Qualität durch mehr Freiheit und Eigenverantwortung

Die Bildungseinrichtungen gehören in der Wissensgesellschaft zu den tragenden Säulen wissensbasierten Wachstums. In ihnen entstehen die künftigen Grundlagen für eine steigende Innovationsfähigkeit auf den Zukunftssektoren sowie die künftigen Leistungseliten, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren kann. In Deutschland gehört es zu den großen

Herausforderungen, institutionelle bildungspolitische Innovationen im Sinne von mehr Freiheit und Eigenverantwortung durchzusetzen. Das Bildungswesen wird seine tragende Rolle nur dann erfolgreich ausfüllen können, wenn auch seinen Institutionen mehr Autonomie für eigene Innovationen durch mehr Wettbewerb (als „Entdeckungsverfahren“) eingeräumt wird. Denn Globalisierung, Wertewandel, Strukturwandel und technischer Fortschritt sowie damit verbunden immer geringere Halbwertszeiten des Wissens verlangen auch im Bildungswesen eine stärkere Durchsetzung des Prinzips der Eigenverantwortung. Hier geht es für den einzelnen „Bildungskonsumenten“ darum, in Freiheit und Eigenverantwortung unter anderem auch die eigene Arbeitsmarktfähigkeit aufzubauen.

Gerade ein wissensbasiertes Wachstum verlangt die Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten und mehr Selbstbewusstsein. Die Schule sollte nach Meinung von knapp der Hälfte der Bevölkerung den Schülern solche allgemeinen Fähigkeiten vermitteln (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 161).

Bislang reguliert der Staat besonders in Deutschland noch in vielen Bereichen seine Bildungsinstanzen wie Schulen und Hochschulen in hohem Maße, so dass diese Eigenschaften kaum vorgelebt werden können. Der internationale Trend zum Bildungs-Benchmarking zwingt heute dazu, die Leistungsindikatoren im Bildungswesen nicht nur zu verbessern, sondern auch neue zu entwickeln. Damit stehen die nationalen Bildungssysteme bereits in einem Wettbewerb, der sich auf regionaler Ebene fortpflanzt und einfordert, mit knappen Ressourcen so eigenverantwortlich und effizient umzugehen, dass das Niveau des Humanvermögens junger Menschen steigen kann. An die Stelle einer administrativen Steuerung soll daher verstärkt die Steuerung über den Wettbewerb erfolgen (Weiß, 2003, 387). Hierzu gehört die Dezentralisierung von Entscheidungen, eigenständige Zielsetzungen, ihre Evaluierung sowie die eigenverantwortliche Konzeptionierung von Personalentwicklungsmaßnahmen und Personalbeurteilungen.

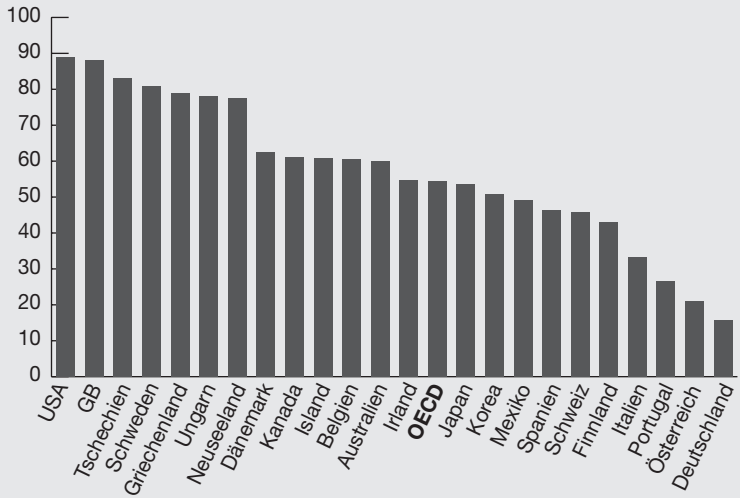
Die PISA-Studie der OECD (2002) beschäftigte sich auch mit der Frage nach dem Grad der Eigenverantwortung im allgemein bildenden Schulwesen. Bei einem Ranking nach dem jeweiligen Mittelwert aus sieben hier

ausgewählten wichtigen Einzelindikatoren zeigt sich, dass in Deutschland im Schnitt nur gut 15 Prozent der 15 Jahre alten Schüler auf solche Schulen gehen, die auch eine gewisse Schulverwaltungsautonomie besitzen (Abbildung 8). Im internationalen Vergleich belegt Deutschland damit unter den hier dargestellten 23 Ländern den letzten Platz und liegt damit auch weit unter dem OECD-Durchschnitt von 54,29 Prozent. Setzte man den OECD-Durchschnitt von 54,29 Prozent gleich 100, dann käme

Abbildung 8

Eigenverantwortung von Schule

– arithmetisches Mittel aus jeweils insgesamt sieben Indikatoren, in Prozent –



Anmerkung: Das arithmetische Mittel wurde jeweils gebildet aus den prozentualen Werten für die Anteile der 15-jährigen Schüler, die nach Meinung von Schulleitern auf öffentliche/private Schulen mit einer gewissen Eigenverantwortung gehen, für: Einstellung von Lehrkräften, Entlassung von Lehrkräften, Festlegung des Anfangsgehalts der Lehrkräfte, Entscheidung über die Beförderung/Höhergruppierung von Lehrkräften, Festlegung des Schulbudgets, Bestimmung des Schulbudgets, Bestimmung des Lehrstoffes, Entscheidung über das Fächer- und Kursangebot (Stand 2000); Frankreich, Luxemburg, Norwegen: keine Angaben.

Lesebeispiel: In Deutschland besuchen nur gut 15 Prozent der 15 Jahre alten Schüler und Schülerinnen Schulen, die über eine gewisse Verwaltungsautonomie verfügen; in den USA sind es knapp 90 Prozent der Schüler.

Quelle: OECD, 2002, 349; eigene Berechnungen

Deutschland auf einen Anteil von 29,9 Prozent des OECD-Schnitts; der Abstand zum ersten Platz (den USA mit 88,86 Prozent der Schüler = 100) ist noch erheblich größer: Gemessen hieran erreicht Deutschland nur 17,9 Prozent des US-amerikanischen Wertes.

Angesichts des internationalen Trends zu lernenden Organisationen bedarf daher das Bildungswesen besonders in Deutschland solcher Strukturen, die es ihm ermöglichen, in eigener Verantwortung flexibel auf den sozioökonomischen Wandel zur Wissensgesellschaft einzugehen und so das Prinzip der Selbstorganisation durch Deregulierung anzuwenden, um aus den eigenen Erfolgen und Misserfolgen schnell lernen zu können. Auch hier gilt es deshalb, den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu nutzen. Dies haben den Ergebnissen der OECD zufolge besonders Länder wie die USA und Großbritannien umgesetzt.

Eine solche Reorganisation des allgemein bildenden Schulwesens liefe unter anderem darauf hinaus, dass der Staat weniger Lernprozesse und Verwaltungen steuert, sondern mehr an den Ergebnissen der nach privatwirtschaftlichen Prinzipien organisierten und gesteuerten Bildungseinrichtungen interessiert ist. Wird Bildung als Bürgerrecht verstanden, dann haben die Bürger auch Anspruch auf Bildungsangebote erster Qualität. Nachdenklich muss in diesem Zusammenhang der demoskopische Befund stimmen, dass noch nicht einmal jeder Zweite (45 Prozent) meint, eine „gute Ausbildung“ vermittle ihm Sicherheit (vgl. Seite 59). Damit wird indirekt eine Vermeidung von Bildungsverlusten für die persönliche Sicherheit als weniger bedeutsam eingeschätzt als Wohlstandsverluste, obwohl sicherlich beide Bereiche positiv miteinander korrelieren dürften.

Internationale Vergleiche (PISA, 2000) zeigen, dass das Ziel Chancengerechtigkeit umso eher erreicht wird, je eigenverantwortlicher und dezentralisierter die Bildungslandschaft strukturiert ist (OECD, 2002). So ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland mit einer überwiegend staatlich reglementierten Bildungslandschaft noch besonders eng. Mit anderen Worten: Die Heranbildung und Förderung des Humanvermögens junger Menschen sowie die Elitebildung durch das Bildungswesen wird schichtenübergreifend am

ehesten mit dezentralen, eigenverantwortlichen Strukturen unterstützt. Wenn der Staat also Chancengerechtigkeit für alle realisieren will, so kommt er nicht umhin, auch im Bildungsbereich mehr nicht-technische Innovationen zuzulassen. Die PISA-Studie zeigte zudem, dass im Schnitt der in diesen Vergleich einbezogenen Länder zum Beispiel die Lesekompetenz der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler von unabhängigen Privatschulen statistisch signifikant über denen der Schülerinnen und Schüler aus öffentlichen Schulen liegt (OECD, 2002, 211). Die Studie weist indes in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass der finanzielle Status der Eltern einen gewissen Einfluss auf die Schultypenwahl für ihre Kinder hat.

Ein mehr und mehr wissensabhängiges Wachstum basiert auf einem attraktiven und leistungsfähigen Hochschulwesen, das geeignet ist, im internationalen Wettbewerb um die besten Studierenden und Nachwuchswissenschaftler zu bestehen. Deutsche wie internationale Wissenschaftler halten besonders die inflexiblen arbeitsorganisatorischen Rahmenbedingungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich für reformbedürftig (Backhaus et al., 2002, 84 f.). Die in jüngster Zeit angeregte Debatte um Eliteuniversitäten lässt auf Leistungsdefizite im Hochschulsektor schließen. Strittig ist aber der Weg, wie man zu solchen Spitzenuniversitäten kommen kann. Vernachlässigt wird dabei nicht selten die Tatsache, dass die US-amerikanischen oder britischen Eliteuniversitäten sich ihren Ruf durch viele Jahrzehnte hindurch hart erarbeitet haben. Richtig an der Debatte ist, dass es darauf ankommt, neben dem Recht auf die Forschungsfreiheit auch die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken. Ähnlich wie das allgemein bildende Schulwesen nach mehr Autonomie in seiner Prozesssteuerung zwecks Erreichung von Zielen streben muss, um den geänderten Anforderungen bei knappen Mitteln besser zu begegnen, werden auch hier derartige Strukturreformen im Sinne einer stärkeren Binnensteuerung erforderlich.

Mit den seit Anfang 2001 für alle staatlichen Hochschulen ermöglichten „Globalhaushalten“ ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung von mehr Eigenverantwortung im Umgang mit knappen Mitteln getan worden, um unter Einbeziehung von Controllingverfahren ihre Zweck-Mittel-Rela-

tionen zu optimieren. Eine wettbewerbsorientierte Gestaltung der Hochschullandschaft schließt ein, dass sich die öffentlichen Hochschulen und Studierenden ihre jeweiligen Partner selbst auswählen können.

All diese Veränderungen machen einen Wandel im Bewusstsein der Beteiligten erforderlich, in dessen Mittelpunkt weitgehend der Prozess der Selbstorganisation einer lernenden Organisation steht. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die grundgesetzlich geschützte Freiheit der Forschung unter Wahrung ethischer Leitbilder (zum Beispiel Bioethik) gewährleistet bleibt. Der Staat hat laut Grundgesetz zudem die Verpflichtung zur Bestandserhaltung der Hochschulen, wobei die Organisationsform der Hochschule dem Staat freigestellt ist, so dass sowohl privatrechtliche als auch öffentlich-rechtliche Stiftungen möglich sind; entscheidend ist allein aber die Exzellenz in Forschung und Lehre.

Im Rahmen der Reformbereitschaftsstudie des IfD wurde auch die Frage nach den Bereichen gestellt, in denen es nach Auffassung der Bevölkerung mehr Wettbewerb geben müsste. Nur jeweils ein gutes Viertel plädierte für mehr Wettbewerb bei den Schulen (28,3 Prozent), bei der Weiterbildung und Erwachsenenbildung (27,3 Prozent) und bei Universitäten (24,2 Prozent) (IfD, 2003, Tab. 10a). Deutliche Unterschiede lassen sich in dieser Hinsicht zwischen den alten und den neuen Bundesländern erkennen. In den neuen Bundesländern plädierten deutlich weniger für Wettbewerb und Konkurrenz in Bildungseinrichtungen als im Westen Deutschlands. Andererseits steigt die Befürwortung von mehr Wettbewerb in dieser Frage auch sehr klar mit der Höhe des Hauptverdienereinkommens.

Dieser im Schnitt relativ geringe Anteil von Wettbewerb-Befürwortern im Bildungswesen resultiert sicher aus der allgemeinen Tatsache der traditionellen Definition von Bildung als einer öffentlichen Aufgabe (Schulmonopol des Staates). Im Bewusstsein der Mehrzahl der Befragten scheint die Debatte um die förderlichen Aspekte von mehr Wettbewerb und Freiheit auch im Bildungswesen noch nicht ausreichend verankert zu sein, obwohl die Ergebnisse internationaler Bildungs-Benchmarking-Studien in der Fachpresse und vielen Medien auch unter den Aspekten

von mehr Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung im Sinne einer entschiedenen Qualitätsverbesserung diskutiert werden.

Die Studierenden selbst sind in Teilen für eine höhere Hochschulautonomie und für die Stärkung des Leistungsgedankens auf der Seite der Lehrenden (TNS-EMNID, 2004): 57 Prozent stimmten Anfang 2004 dafür, dass sich die Hochschulen einen Teil der Studenten selbst aussuchen dürften. Zwei Drittel der Befragten hielten hochschuleigene Verfahren für besser geeignet als ein Numerus-clausus-Verfahren. Der überwiegende Teil der Studenten (90 Prozent) präferierte für die Lehrenden als Entlohnungsmodell eine Kombination aus Grundgehalt mit leistungsbezogenen Komponenten. Nur jeder Dritte (32 Prozent) sprach sich für die künftige Beibehaltung des Beamtenstatus von Hochschulprofessoren aus.

Freiheit und Eigenverantwortung im Gesundheitswesen

In den Einrichtungen des Gesundheitswesens waren 2001 bereits etwa 4,1 Millionen Menschen beschäftigt, das waren 10,6 Prozent aller Erwerbstätigen (einschließlich Selbstständiger). Die zunehmende Alterung der Bevölkerung verbunden mit einer höheren Nachfrage nach Dienstleistungen, der wachsende Lebensstandard, das höhere Gesundheitsbewusstsein sowie die steigende Bereitschaft der Menschen, mehr für ihre Gesundheit auszugeben und eine qualitativ hochstehende Versorgung nachzufragen, lässt diesen Bereich zu einer Wachstumsbranche mit großen Innovationschancen werden. Das Gesundheitswesen ist daher nicht nur ein weiterer wichtiger innovationsfähiger Zukunftsmarkt und Arbeitsplatzmotor, sondern auch Gegenstand breiter Debatten um seine Fortentwicklung. In Teilen gehört es auch zu den Bereichen der sozialen Sicherung, in denen auf mehr Eigenverantwortung gedrängt wird. Stark steigende Ausgaben ließen gleichzeitig die Belastungen der Beitragszahler in die Höhe klettern. Diese stark steigenden Ausgaben der Versicherten beruhen nicht alleine auf freiwilligen Präferenzen, sondern sind im Wesentlichen fremdbestimmt.

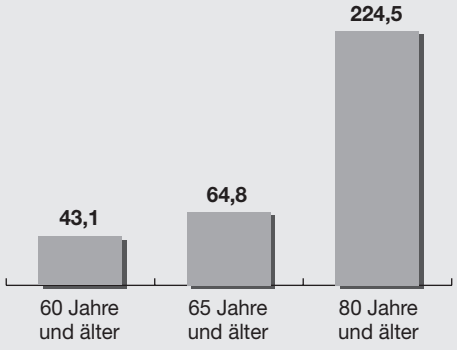
Nach einer Prognose der UN wächst bis 2050 die Zahl der über 80 Jahre alten Menschen in Deutschland sogar um mehr als 200 Prozent (Ab-

bildung 9); ihr Anteil an der Bevölkerung wird von 3,5 auf 11,7 Prozent steigen. Die Zahl der über 65-Jährigen klettert in dieser Zeit um knapp 65 Prozent und wird einen Anteil von 28,0 Prozent haben (2000: 16,3 Prozent). Der Anteil der 15 bis 64 Jahre Alten an der Bevölkerung wird von 68,1 auf 56,9 Prozent zurückgehen. Die 10. Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes prognostiziert ähnliche Entwicklungen. Der stark steigende Zuwachs hochaltriger Menschen wird bei sinkenden familiären Pflegepotenzialen zu neuer Nachfrage nach Pflegeleistungen führen.

Abbildung 9

Relative Zuwächse der Alterspyramide in Deutschland 2000 bis 2050

– in Prozent –



Quelle: UN, 2002 (mittlere Variante); eigene Berechnungen

Noch aber existiert ein Innovationen generierender Wettbewerb in diesem Zweig in weiten Teilen erst in Ansätzen. Seine Angebote und Preisstrukturen sind weitgehend staatlich, kassen- und standesrechtlich reglementiert. Erst mit einem stärkeren Selbstbehalt wäre auch hier mehr Mündigkeit und Eigenverantwortung realisierbar. Bei Einführung der diskutierten Bürgerversicherung dürfte der Wettbewerbsdruck durch ein Verschwinden privater Kassen abnehmen und den Zwang der gesetzlichen Kassen zum Sparen mildern – alles in allem ein Rückschlag für Freiheit und Eigenverantwortung. So zeichnet sich das stark staatlich regulierte Gesundheitswesen noch durch eine deutliche Abstinenz gegenüber der Eigenverantwortung des Einzelnen aus.

Die gesetzliche Krankenversicherung, die inzwischen rund 90 Prozent der Menschen versichert und einen einheitlichen Versicherungsschutz bietet, lässt so als Solidargemeinschaft wenig individuelle Wahlmöglichkeiten zu. Ständig steigende Beiträge haben in der Vergangenheit vielmehr die ei-

genverantwortliche Bewegungsfreiheit der Beitragszahler eingeschränkt. Der Beitragssatz zur Krankenversicherung kletterte in Westdeutschland von 1980 bis 1990 von 11,4 auf 12,6 Prozent und betrug für das gesamte Bundesgebiet Ende 2003 14,3 Prozent.

Bei einer Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (wie eine Beschränkung auf Kernleistungen, Entlastung von versicherungsfremden Leistungen) kann es nicht nur darum gehen, die Ausgaben wieder zu senken, sondern damit auch den Versicherten ein Stück Freiheit zur Verantwortung für ihr persönliches Gut Gesundheit zurückzugeben, die ihnen zusteht (Reaktivierung des Nachfrageverhaltens als Steuerungsinstanz). Im Sinne der Ordnungspolitik bedarf eine freie Gesellschaft deshalb auch hier neuer Wege, die Anreize zu mehr Eigenverantwortung des Einzelnen beinhalten und zu einem aktiven Gestalten des persönlichen Gesundheitsverhaltens beitragen.

Machte man die Bereitschaft zur Eigenverantwortung an der Bereitschaft der Menschen zur freiwilligen Kostenbeteiligung fest, dann existieren eine Reihe von Bereichen, in denen mindestens vier von zehn Befragten eine Selbstbeteiligung für sich akzeptieren würden (IfD, 2003, Tab. 52a): Kuraufenthalt (57,5 Prozent), Heilmittel, Massagen (54,5), Zahnersatz (46,9), Brillengläser (44,0), alternative Heilmethoden wie Homöopathie, Akupunktur (42,2). Erwartungsgemäß sind mehr Befragte mit höherem Einkommen als mit niedrigerem Einkommen zu einer Kostenbeteiligung bereit. Mindestens ein Drittel der Befragten wäre bereit, die Kosten für Naturheilmittel, Heilpraktiker, Chefarztbehandlung im Krankenhaus, Kontaktlinsen und ein Einzelbettzimmer beim Krankenhausaufenthalt vollständig zu tragen.

Die Selbstmedikation ist als ein eigeninitiativer Beitrag zur Behandlung vieler Symptome seit langem bekannt und hat zu expandierenden Märkten geführt. Um diese Bereitschaft noch stärker zu stützen, wird das Modell einer „arztgestützten Selbstmedikation“ („Collaborative Care“) als „dritter, aber freiwilliger Weg“ zwischen Selbstmedikation und ärztlicher Verordnung verfolgt. Er bedeutet die Diagnose und eine Erstverordnung eines rezeptfreien Arzneimittels durch den Arzt; für die weitere Medikation geht

der Patient nur in die Apotheke. Empfohlen werden soll dieses Modell bei chronischen Erkrankungen mit einem klar definierten und einem für den Patienten einfach zu behandelnden Krankheitsbild (IMS HEALTH, 2001). Es ist zu erwarten, dass hierdurch nicht nur die Eigenverantwortung im Bereich der Gesundheit wesentlich gestärkt werden kann, sondern auch die Ausgaben reduziert werden. Auf EU-Ebene macht man sich für diesen „dritten Weg“ zwischen Selbstmedikation und ärztlicher Verordnung stark.

Das Gesundheitsbewusstsein in Deutschland scheint Umfragen zufolge größer geworden zu sein: Im August 2000 gaben immerhin 48 Prozent der Menschen an, sie achteten heute mehr als vor vier oder fünf Jahren auf ihre Gesundheit. Auch glaubten 88 Prozent der Bevölkerung im August 2001, dass man durch die Lebensweise seine Gesundheit „stark“ bis „teilweise beeinflussen“ kann; 61 Prozent sagten im März 2001, dass sie „ganz“ oder „teilweise“ auf ihre Ernährung achten (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 235 ff.). Zudem scheint sich ein nicht geringer Teil der Bevölkerung bereits auf die Notwendigkeit von mehr Eigenverantwortung auch im Gesundheitswesen eingestellt zu haben:

Im April 2002 rechneten 76 Prozent damit, dass sich die Zuzahlungen für Medikamente erhöhen, und 63 Prozent nahmen an, dass die Krankenkassen künftig nur noch die medizinische Grundversorgung übernehmen werden. Auch glaubten 62 Prozent, dass bei Einführung einer Beitragsrückerstattung der Krankenversicherungen die Arztbesuche auf das Notwendigste beschränkt werden (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 259 f.).

Wie stark sich weite Teile der Bevölkerung heute dennoch für einen kollektiven Vollschutz bei der Gesundheit aussprechen, zeigen IfD-Daten vom Sommer 2003: Für eine Vollversorgung spricht sich die Hälfte der Bevölkerung (50,7 Prozent) selbst für den Preis höherer Beiträge aus; nur jeder Dritte (33,7 Prozent) trat für eine Grundversorgung mit freiwilliger Selbstentscheidung für Zusatzversicherungen ein (IfD, 2003, Tab. 44a). Auch bei der Kontrollfrage nach der Entscheidung zwischen höheren Krankenversicherungsbeiträgen oder einem Selbstbehalt bei ärztlichen Behandlungskosten votierten 45,4 Prozent in Deutschland für

Tabelle 13

Krankenkosten:
Eher für die Solidarhaftung

Frage: „Es ist ja so, dass die Gesundheitskosten stetig steigen. Einmal angenommen, Sie müssten sich entscheiden: Entweder Sie zahlen einen höheren Krankenversicherungsbeitrag, oder Sie tragen einen bestimmten Anteil der ärztlichen Behandlungskosten selbst. Was davon würden Sie noch am ehesten akzeptieren?“

Alternativen/Region	D	West	Ost
	in Prozent		
Höherer Krankenkassenbeitrag	45,4	46,3	41,7
Teil der Behandlungskosten selbst tragen	25,4	25,7	24,0
Unentschieden	29,3	28,0	34,3
insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: IfD, 2003, Tab. 50a

höhere Beiträge und nur 25,4 Prozent dafür, einen Teil der Kosten selbst zu tragen (Tabelle 13).

Auffallend sind in diesem Fall die hohen Anteilswerte für die „Unentschiedenen“. Sie lassen darauf schließen, dass die Diskussion um das Prinzip Eigenverantwortung in Sachen persönlicher Gesundheit sie zwar erreicht zu haben scheint, aber noch zu keiner echten Entscheidung führte und Verunsicherung eingetreten ist. Unklar ist daher, zu welcher Alternative sie letztlich neigen. Hieran wird deutlich, dass noch ein großer Aufklärungsbedarf nicht nur im Hinblick auf die ökonomischen Fakten, sondern auch im Hinblick auf den Wert der Eigenverantwortung besteht. Die „harten Fakten“ alleine dürften daher zu einem Umschwung in der inneren Haltung bei dieser Frage nicht ausreichen. Ebenso wichtig ist es, den personalen Eigenwert von Freiheit und Eigenverantwortung für die Praxis des Lebens zu vermitteln. Gerade dies aber hat das tradierte System sozialer Sicherung bisher weniger leisten können, da die Politik – oft aus wahltaktischen Gründen – danach strebte, immer mehr Leistungen kollektiv abdecken zu lassen.

Als kontraproduktiv in diesem Zusammenhang kann auch die Anhebung der Versicherungspflichtgrenze zum 1.1.2003 verstanden werden. Nach einer repräsentativen Befragung freiwillig Krankenversicherter vom April 2002 (ifep, 2002) fühlten sich 45 Prozent durch eine Anhebung der Versicherungspflichtgrenze in ihrer persönlichen Wahlfreiheit „sehr“ bis „eher stark“ eingeschränkt, und 56 Prozent meinten, dass das Gesundheitssystem dadurch „deutlich“ bis „etwas stärker“ von Zwang und Pflichten bestimmt

werde. Jeder vierte freiwillig Versicherte (25 Prozent) würde vorher zur privaten Krankenversicherung wechseln, 47 Prozent würden in der GKV bleiben, und 27 Prozent waren noch unentschieden (ifep, 2002). Bei einer Anhebung der damals noch gültigen Beitragsbemessungsgrenze auf 4.500 Euro monatlich würde gut jeder Dritte (35 Prozent) zur PKV wechseln.

Wie sehr die Bevölkerung eine Stärkung der Prinzipien Wettbewerb, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung im Gesundheitswesen für richtig hält, wurde in einer Umfrage des TNS-EMNID-Instituts für den Verband forschender Arzneimittelhersteller vom Frühjahr 2003 deutlich: Drei Viertel der über 18-Jährigen sprachen sich zum Beispiel dafür aus, dass die gesetzliche Krankenversicherung auf versicherungsfremde Leistungen verzichten und der Versicherte die Möglichkeit haben sollte, sein Leistungspaket mit einem Versicherer seiner Wahl selbst zu bestimmen. Gleich viele befürworteten mehr Wettbewerb zwischen den Kassen, um Kosten zu reduzieren und die Qualität zu verbessern. Über 80 Prozent waren für mehr Mitsprache bei verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten und der Gestaltung des individuellen Versicherungsschutzes (TNS-EMNID, 2003).

Mögliche komplexe außerindividuelle Beeinträchtigungen der Gesundheit sowie das asymmetrische Informationsniveau zwischen Patient und Therapeuten erschweren jedoch nicht nur die individuelle Folgenverantwortung und -einschätzung erheblich, sondern lassen bislang auch kaum individuell verantwortbare Wahlmöglichkeiten bei der Therapie zu. Damit sind wichtige Voraussetzungen für die Übernahme von mehr Eigenverantwortung nur begrenzt gegeben. Bei einer Annäherung an die Idealfigur des informierten „autonomen Patienten“ (Dierks et al., 2001) müssten mit mehr Markt auch die informationellen Rahmenbedingungen gegeben sein, mit denen sich mehr Eigenverantwortung realisieren ließe. Die Forderung danach setzt im Gesundheitswesen ein hohes Maß an Aufklärung über die Rechte der Nutzer sowie deren Umsetzung voraus.

Die Umgestaltung des Gesundheitswesens im Sinne von mehr Eigenverantwortung ist daher nicht nur eine Frage der Selbstbeteiligung an den Kosten und von Wahlmöglichkeiten, sondern sie ist in erster Linie

eine Frage der Systembedingungen im Gesundheitswesen, der Stellung seiner Nutzer im System und die nach einer geeigneten Vermittlung gesundheitsbewusster Lebensweisen.

Eigenverantwortung in der Alterssicherung

Ein weiterer großer Sektor für die Realisation von mehr Eigenverantwortung ist die Vorsorge für das eigene Alter. Die demographische Entwicklung wie auch die Arbeitsmarktlage haben erkennen lassen, dass der „Generationenvertrag“ in der Alterssicherung nicht mehr in dem erforderlichen Maß aufrechterhalten werden kann, wie er einst unter Vollbeschäftigungsbedingungen und einer eher jugendzentrierten Demographie gedacht war. Die lange beteuerte politische Versicherung „Die Renten sind sicher“ ging von Voraussetzungen aus, die im Laufe der Zeit immer weniger zutrafen. Bis 2050 wird der so genannte Altenquotient (60 Jahre) von 43,9 (2001) auf 77,8 Prozent steigen; derjenige bezogen auf die 65 Jahre alten Menschen von 27,5 auf 54,5 Prozent (Tabelle 2).

Umso mehr kommt es darauf an, dass auch auf diesem Sektor mehr Eigenvorsorge als bisher eingefordert und umgesetzt wird. Allensbacher Umfragedaten aus dem Jahr 2001 ließen erkennen, dass sich 70 Prozent der gesamten Bevölkerung ab 14 Jahren für genauere Informationen über die private Altersvorsorge interessierten; 26 Prozent interessierten sich hierfür sogar „ganz besonders“ (IfD, 2001). Eine Reihe vorliegender Studien zeigt, dass die Bevölkerung in Deutschland überwiegend zu mehr Eigenvorsorge bereit zu sein scheint (Tabelle 14). Im Juni 2001 gaben in einer Allensbach-Frage 31 Prozent an, dass sie bereits selbst finanziell für ihr Alter vorsorgen oder dies vorhaben. Besonders die Altersgruppen bis zu 44 Jahren bejahten, dass sie zusätzlich für ihr Alter vorsorgen wollen. Von den zwischen 45 und 59 Jahre alten Befragten taten dies bereits 41 und von den 60 Jahre alten und älteren Personen 35 Prozent (Noelle-Neumann/Köcher, 2002, 649).

Die steigende Bedeutung der privaten Altersvorsorge wird auch von den Ergebnissen des Wohlfahrtssurveys bestätigt: In Westdeutschland stieg der Anteil derjenigen, die angaben, eine private Vorsorge zu haben, von

Tabelle 14

Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge

– eine Synopse zentraler demoskopischer Ergebnisse –

Studie/ Erscheinungs-jahr	Antwort-Kurzform/Zeitraum der Umfragen	Deutsch-land	West	Ost
	Bereitschaft für mehr Eigenvorsorge bei der Altersvorsorge (in Prozent der Befragten)			
Föste/Janßen, 1997	Habe eine private Altersvorsorge (Februar/März 1996)	41,3	k. A.	k. A.
	Plane eine private Altersvorsorge (Februar/März 1996)	10,6	k. A.	k. A.
	Bin für eine private Altersvorsorge (Skala 7 bis 10) (Februar/März 1996)	14,5	k. A.	k. A.
	Einschätzung der persönl. Absicherung der Altersvorsorge durch private Vermögenswerte (Skala 1 bis 4) (Februar/März 1996)	44,8	k. A.	k. A.
	Grundsicherung plus private Vorsorge („eher“ bis „auf jeden Fall“) (Februar/März 1996)	38,4	k. A.	k. A.
Föste/Janßen, 1999	Eine eigene Verantwortung für die Alters-vorsorge ist „eher“ bis „vollkommen richtig“ (Oktober/November 1997)	58,6	k. A.	k. A.
	Eine selbstständige Planung der Alters-vorsorge ist „eher“ bis „vollkommen richtig“ (Oktober/November 1997)	78,5	k. A.	k. A.
	Bin für eine überwiegend private Alters-vorsorge (Oktober/November 1997)	7,4	k. A.	k. A.
	Bin für eine teils staatliche, teils private Altersvorsorge (Oktober/November 1997)	55,1	k. A.	k. A.
Föste et al., 2001	Altersvorsorge sollte zur Hälfte staatlich, zur Hälfte privat erfolgen (Oktober 1999)	53,2	k. A.	k. A.
	Altersvorsorge soll überwiegend privat erfolgen (Oktober 1999)	9,8	k. A.	k. A.
	Bereitschaft zum Rückgriff auf eigenes Vermögen zur sozialen Absicherung – „eher“ bis „auf jeden Fall“ (Oktober 1999)	69,6	k. A.	k. A.
GDV, 2001	Bin zur privaten Vorsorge zusätzlich zur GRV bereit (Mai/Juli 1999)	82,0	k. A.	k. A.
	Zusätzliche ist priv. Vorsorge zur GRV notwendig (Mai/Juli 1999)	86,0	k. A.	k. A.
Börsch-Supan, 2001	Bin für eigene Anlage in Altersversor-gung, wenn die Hälfte der GRV-Bei-träge frei würde (Februar/März 2000)	66,8	k. A.	k. A.
	Umfang des Sozialstaats: für weniger Staat	24,6	k. A.	k. A.

Studie/ Erscheinungs-jahr	Antwort-Kurzform/Zeitpunkt der Umfragen	Deutsch-land	West	Ost
	Bereitschaft für mehr Eigenvorsorge bei der Altersvorsorge (in Prozent der Befragten)			
IfD (Noelle-Neumann/Köcher, 2002)	Besser einen größeren Teil der Alters-vorsorge selbst regeln (Juli 2000)	40,0	k. A.	k. A.
	Habe selbst vor, für das Alter finanziell vorzusorgen (Juni 2001)	39,0	k. A.	k. A.
	Sorge schon für das Alter vor (Juni 2001)	31,0	k. A.	k. A.
McKinsey, stern.de, t-online (Online-Studie), 2002	Richtig, jeder muss sich stärker um seine Vorsorge kümmern (Herbst/Winter 2001)	42,0	k. A.	k. A.
	Es wird wichtiger, sich zusätzlich um seine Altersvorsorge zu kümmern (Herbst/Winter 2001)	88,0	k. A.	k. A.
Bundesverband deutscher Banken, 2002b	GRV soll durch eigene Vorsorge ergänzt werden (Februar 2002)	72,0	74,0	66,0
IfD im Auftrag der Intitiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 2003	Bei der Rentenerhöhung zurückstecken ist notwendig (Juni/Juli 2003)	37,0	36,6	38,6
	Zurückstecken ist nicht notwendig	34,7	36,2	28,9
	Unentschieden, k. A.	28,3	27,2	32,5

44 Prozent (1998) auf 55 Prozent in 2001 (Ostdeutschland: 29 beziehungsweise 45 Prozent) (Statistisches Bundesamt, 2002, 466). Der Wohlfahrtssurvey macht allerdings auch deutlich, dass diese Vorsorgeform in erster Linie in den oberen Einkommensgruppen vertreten ist.

In 55 Prozent aller Haushalte bestand zu Anfang 2001 zumindest eine private Lebensversicherung (1995: 58 Prozent), 19 Prozent verfügen über Aktien (1995: 8 Prozent), 16 Prozent über Investmentzertifikate und Fonds (1995: 7 Prozent) und gleich viele wie 1995 (12 Prozent) über festverzinsliche Wertpapiere. Gut jeder Vierte ab 14 Jahren (26 Prozent) interessierte sich im Frühjahr 2001 „ganz besonders“ für eine private Altersvorsorge (IfD, 2001). Hierin zeigt sich, dass viele Menschen bereits eine finanzielle Eigenvorsorge betreiben. Doch bei aller Bereitschaft, selbst finanziell für das Alter vorzubeugen, scheint die persönliche Unsicherheit bei Geld- und Vermögensanlagen beträchtlich: Nach einer Online-Befragung von McKinsey, stern.de und T-Online (2002, 54) fühlten sich auch nach einer längeren Bedenkzeit in diesen Fragen jeweils rund zwei Drittel der

Befragten (64 Prozent) noch ziemlich unsicher. Zudem gibt es Bevölkerungsgruppen, die aufgrund finanzieller Verhältnisse kaum Möglichkeiten zur Eigenvorsorge haben. Ein Viertel aller Befragten gab an, dass sie im Jahr 2001 weniger als 1.000 DM gespart haben; von diesen besitzt ein Drittel überhaupt keine Spar- und Vorsorgeprodukte. Insgesamt kam die Online-Studie zu folgender Einschätzung: „Eine offene Rentendiskussion ist keineswegs ein Tabu; ein ausgeprägtes Problembewusstsein geht bei den Bürgern Hand in Hand mit deutlicher Veränderungsbereitschaft." (McKinsey et al., 2002, 55)

Diese Einschätzung wird von einer Reihe weiterer Ergebnisse zur Eigenverantwortung in der Altersvorsorge unterstrichen. Insgesamt zeigen die Daten zur privaten Altervorsorge, dass große Teile der Bevölkerung auf die Thematik einer alternden Gesellschaft und der Reform der Rentensysteme adäquat reagieren und sich im Interview bereit erklären, mehr persönliche Verantwortung zu übernehmen.

Zu Beginn des Jahres 2002 stimmten nach einer Befragung des Bundesverbandes deutscher Banken selbst zwei Drittel der Menschen in den neuen Bundesländern einer Ergänzung der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) durch eine eigene Vorsorge zu (Tabelle 14). Zwischen West- und Ostdeutschland lag aber immerhin noch ein Gefälle von 8 Prozentpunkten. Ein großer Teil der Menschen in Deutschland fühlt sich jedoch im Hinblick auf die Folgen aus dem demographischen Wandel für die Finanzierung der Renten im Unklaren: 29,8 Prozent glauben, man müsse länger arbeiten, 34,2 Prozent sehen höhere Rentenbeiträge, und 35,9 Prozent wissen es nicht und sind sich im Hinblick auf die Konsequenzen im Unklaren (IfD, 2003, Tab. 33a). Ähnlich wie für den Bereich der Krankenversicherung ist damit auch hier viel persönliche Unsicherheit zu spüren, die durch die oft widersprüchlichen öffentlichen Debatten um die Zukunft eher zu- als abnimmt. Sicher ist, dass unter den Bedingungen einer solchen Informationsgemengelage Eigenverantwortung kaum realisiert werden kann, denn sie setzt für den Einzelnen einigermaßen verlässliche Informationen über Alternativen und Folgen risikobehafteten Handelns voraus.

Zweifel der Bevölkerung am Reformerfolg der Politik

So werden viele Probleme des komplexen Sozialstaatsgefüges von den meisten Befragten zwar erkannt, doch ein Erfolg der Reformen wird letztlich von der Mehrzahl der Menschen kaum erwartet. Auf die Frage „Einmal angenommen, die jetzt angekündigten Reformen werden umgesetzt: Glauben Sie, dass die Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge dann sinken, oder glauben Sie das nicht?“ antworteten im Sommer 2003 knapp acht von zehn (79,2 Prozent): „Das glaube ich nicht.“ Besonders in den neuen Bundesländern ist dieser Anteil mit 83,9 Prozent hoch, die Menschen dort scheinen von der Politik enttäuscht zu sein. Selbst unter den Anhängern der gegenwärtigen Regierungskoalition ist die Mehrzahl nicht von den Reformerfolgen überzeugt (SPD-Anhänger: 76,5, Bündnis 90/Die Grünen: 80,5 Prozent) (IfD, 2003, Tab. 43). Damit scheint die Politik der Regierung das Vertrauen der Menschen in die Wirksamkeit ihrer Reformmaßnahmen verspielt zu haben.

Die häufige argumentative Verknüpfung von mehr Eigenverantwortung durch stärkere Selbstbeteiligung zur Senkung der Sozialbeiträge bedeutet eine fragwürdige Instrumentalisierung übergeordneter liberaler Ziele wie Freiheit und Eigenverantwortung zu Therapiezwecken für den sich selbst überfordernden Sozialstaat. Die Eigenwerte von Freiheit und Verantwortung sind so in der Sozialstaatsdebatte untergegangen und werden unzureichend oder nicht kommuniziert. Bei einer undurchsichtigen argumentativen Gemengelage in der Debatte bleiben dem Einzelnen zudem die Folgen seines Handelns unklar. Die in Deutschland oft besonders intensive und häufig widersprüchliche Reform-, Risikodiskussion und -kommunikation, die nur selten ihr Ziel, das Schaffen von Vertrauen bei den Menschen, erreicht, trägt sicher mit ihren Teil dazu bei, dass nicht nur die Angst der Menschen vor den nicht selbst gewählten Risiken steigt, sondern auch dem Einzelnen als Laien eine eigenverantwortliche Risikoübernahme schwer gemacht wird.

Zwar ist die Sensibilität für die Probleme des Sozialstaates bei der Mehrzahl inzwischen vorhanden, doch weniger ein Vertrauen in transparente und tragfähige Wege zu mehr Eigenverantwortung. Dabei wäre

eine vertrauenswürdige und verlässliche Risikokommunikation über die Kosten und Nutzen, Risiken und Chancen einer Reform des Sozialstaates eine der vordringlichsten Aufgaben der Staatsorgane. So ist der häufig beklagte Mangel an Reformbereitschaft in der Bevölkerung letztlich wohl auch auf unzureichende Risikokommunikationsstrategien zurückzuführen, bei der mehr auf den Faktor zusätzlicher Kosten und Belastungen als auf den der wiederzugewinnenden Freiheit verwiesen wird. Ein weiterer Grund für Verunsicherungen mag darin liegen, dass für die Mehrzahl der Bevölkerung in Deutschland heute ein Erfahrungsdefizit hinsichtlich wohlstandsfördernder Wirkungen durch weniger Sozialstaat und mehr Eigenverantwortung besteht.

Alles in allem wird der Staat von der Bevölkerung deshalb nur sehr bedingt aus seiner Zuständigkeit für die Kompensation von Wechselfällen im Laufe des Lebens entlassen. Eine IW-Auswertung neuerer Umfragedaten aus dem Sozioökonomischen Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus 2002[13] macht die in der Bevölkerung gegenwärtig vertretene Auffassung über die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft bei verschiedenen sozialen Aufgaben deutlich.

Anhand dieser Befunde kann gezeigt werden, dass in einer Gesellschaft, in der der Staat bislang zumindest für wesentliche finanzielle Teile der sozialen Sicherung auf dem Weg der Umverteilung sorgte, sich diese Zuordnung auch weiterhin im Wunschbild eines Großteils der Bevölkerung niederschlägt (Tabelle 15). Dies betrifft in erster Linie die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, die die überwiegende Mehrheit (66,2 Prozent) als eine vorrangige Staatsaufgabe betrachtet. Doch immerhin für knapp jeden Dritten (31,3 Prozent) wäre es vorstellbar, dass hier auch private Kräfte in die Pflicht genommen werden.

Bei der Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sind nach Auffassung von 48,6 Prozent der Befragten sowohl staatliche als auch private Anstrengungen gefordert. Damit ist in den Augen eines Großteils der Bevölkerung gerade auch in diesem Punkt die Privatinitiative neben staatlicher Verantwortung gefragt. Nicht erkennbar ist hier, welche Initiativen seitens des Staates erwartet werden, wenn immerhin 42,1 Prozent dies

Tabelle 15

Staat und Gesellschaft: Aufgabenteilung im Sozialstaat

Frage: „In unserer Gesellschaft sind heutzutage für eine Vielzahl von sozialen Aufgaben neben dem Staat auch private Kräfte wie marktwirtschaftliche Unternehmen, Organisationen, Verbände oder auch einzelne Bürger zuständig. Wie ist Ihre Meinung dazu? In welchen der folgenden Bereiche sollten ... zuständig sein?“ (Hier: Zusammenfassung der Antwortkategorien „nur der Staat“ und „vor allem der Staat“ sowie „nur private Kräfte“ und „vor allem private Kräfte“)

Soziale Bereiche/ Zuständigkeit	„Nur“ bis „vor allem der Staat“	„Sowohl der Staat als auch private Kräfte“	„Nur“ bis „vor allem private Kräfte“
	in Prozent der Befragten		
Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	66,2	31,3	2,5
Finanzielle Absicherung für Pflegebedürftige	47,1	49,6	3,2
Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	42,6	51,7	5,7
Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen	42,1	48,6	9,3
Finanzielle Absicherung im Alter	40,3	52,9	6,9
Betreuung von Vorschulkindern	39,5	46,9	13,6
Finanzielle Absicherung der Familien	34,3	55,2	10,6
Betreuung und Hilfe für kranke Menschen	33,6	59,6	6,7
Betreuung und Hilfe für Pflegebedürftige	33,5	58,8	7,8
Betreuung und Hilfe für alte Menschen	32,4	59,7	7,9
Betreuung von Schulkindern am Nachmittag	28,1	48,9	22,9

Befragung bei rund 21.000 Personen ab 16 Jahre.

Quelle: Sozioökonomisches Panel 2002; IW-Auswertung

zumindest überwiegend als eine staatliche Aufgabe definieren. Besonders in dieser Frage hat sich in der Vergangenheit die Politik selbst in die Pflicht genommen, indem das politische Schicksal der Regierung mit der Lösung der Arbeitslosigkeitsfrage verbunden wurde.

Gerade dadurch, dass der Staat gewissermaßen Freiheitsgrade bewusst umverteilen will, indem er Benachteiligungen durch Wechselfälle des Lebens nach dem staatlich organisierten Solidarprinzip versucht zu verringern oder auszugleichen, soll dem kollektiven Bedürfnis nach Absicherung in der modernen Gesellschaft entsprochen werden. Offensichtlich scheint das Vertrauen in die alleinige Leistungsfähigkeit staatlicher Instanzen in solche Fragen inzwischen zu bröckeln, denn nicht wenige sehen hier derweil eine geteilte Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft. Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass hier das überwiegende Votum für

private Kräfte ausfiele. Gleichwohl stimmen die Befunde optimistisch, zumal sich 2002 große Teile der Bevölkerung gewissermaßen für eine Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft ausgesprochen hatten. Besonders in Betreuungsfragen, bei denen der zwischenmenschliche Kontakt im Vordergrund steht, möchte meist rund die Hälfte der Befragten nicht nur oder überwiegend den Staat, sondern auch Private in die Verantwortung nehmen. Der höchste Anteil der Befürworter überwiegend privater Verantwortung (22,9 Prozent) findet sich bei der Betreuung von Schulkindern am Nachmittag. Knapp die Hälfte der Befragten (48,9 Prozent) spricht sich bei dieser Thematik für eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten aus; nur 28,1 Prozent wollten diese Aufgabe ganz bis überwiegend dem Staat überlassen.

Freiheit und Eigenverantwortung in der modernen Arbeitswelt

Im Verlauf des technischen und strukturellen Wandels der Arbeitsgesellschaft wurde nicht selten die These vom „Ende der Arbeit" vertreten. Einer empirischen Überprüfung kann sie indes nicht standhalten: Im Durchschnitt der Länder der OECD stieg die zivile Beschäftigung zwischen 1995 und 2003 um 7,2 Prozent (USA: +10,3 Prozent, D = –0,5 Prozent). International gesehen war Deutschlands Arbeitsmarktverfassung noch 2003 so stark reguliert, dass das staatliche Versprechen sozialer Teilhabe – wegen eines Mangels an Freiheit, Flexibilität und Eigenverantwortung – auf dem Arbeitsmarkt für viele ins Gegenteil verkehrt wird.

Im Jahr 2002 gehörte Deutschland bei der Freiheit des Arbeitsmarktes zu den reguliertesten Ländern (Gwartney/Lawson, 2004, 14). Diese Unfreiheit grenzt aus (soziale Exklusion) und kostet: Die Arbeitslosenquote lag im Schnitt des Jahres 2002 bei 9,8 Prozent (Basis: zivile Erwerbspersonen). Nach Berechnungen des IAB betrugen die gesamtfiskalischen Kosten[14] der Arbeitslosigkeit 2002 in Deutschland 75,1 Millionen Euro (pro Arbeitslosen: 18.500 Euro) (IAB, 2003, 8).

Zumindest ein Teil dieser Kosten scheint durch mehr Freiheit vermeidbar zu sein: Befragungen von rund 860 Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen im Sommer/Herbst 2003 durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Janßen, 2004) ergaben, dass mehr Freiheit

für die Einstellungspraxis der Unternehmen (Abbau arbeitsrechtlicher Kodifizierungen) dazu beitragen würde, dass mehr Beschäftigung aufgebaut werden könnte. Mehr als jedes zweite Unternehmen (57 Prozent) gab beispielsweise an, schon einmal wegen des Kündigungsschutzes auf Neueinstellungen verzichtet zu haben; vier von zehn nannten in diesem Zusammenhang die mangelnde Flexibilität des Tarifvertragsrechts. Insgesamt macht auch diese Befragung deutlich, dass mehr Freiheiten aus der Sicht der Unternehmen durchaus zu mehr Beschäftigung führen können. So zahlt sich mehr Freiheit und Eigenverantwortung in der Arbeitswelt letztlich für beide Seiten aus.

Parallel zu bestehenden Arbeitsmarktrigiditäten ist der Wandel in der Arbeitswelt durch steigende (innerbetriebliche) Freiheiten gekennzeichnet: Neue dezentrale Arbeitsformen (neue Produktionskonzepte, Enthierarchisierung, semiautonome Gruppenarbeit) mit höheren Qualifikationsanforderungen wurden entwickelt, neue flexible Beschäftigungsformen (Ich-AG, Telearbeit etc.) jenseits der so genannten Normalarbeitsverhältnisse entstehen. Besonders der Wertewandel in Richtung von mehr Eigen- und Selbstbestimmung kommt diesem Wandel in der Arbeitswelt entgegen. Hinzu tritt die steigende Bedeutung höherer Qualifikationen und das Erfordernis, eventuell mehrmals im Leben die Beschäftigung und/oder den Arbeitsort und -aufgaben zu wechseln (steigende Mobilitätsanforderungen). Dies erfordert vom Einzelnen die Bereitschaft zu wachsenden Investitionen in sein Humanvermögen und zu mehr Mobilität. Je höher diese Investitionen sind, desto eher steigen auch die Chancen für eine höhere persönliche Sicherung durch die Bildung von Vermögenskapital zur Deckung von Lebensrisiken.

Neben der Arbeitsfreude gehört die Verantwortung als so genannter intrinsischer Faktor zu den Motivatoren, die den Einzelnen im Arbeitsleben langfristig zufrieden machen (Herzberg et al., 1959). Ihm kommt deshalb bei jeder modernen Arbeitsstrukturierung eine große Bedeutung zu. In der Europäischen Wertestudie (Halman, 2001, 49 ff.) wurde auch die Frage nach den wichtigen Arbeitsplatzmerkmalen gestellt. Aus einigen dieser Merkmale lassen sich Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Bedeutung von Freiheit und Eigenverantwortung am Arbeitsplatz ziehen:

So hielten zum Beispiel 52,6 Prozent der Befragten in Deutschland das Merkmal, Eigeninitiative in der Arbeit ergreifen zu können, für wichtig; für 54,4 Prozent war es bedeutsam, dass die Arbeitsaufgaben den eigenen Fähigkeiten entsprechen; 55,0 Prozent hielten eine verantwortungsvolle und 70,1 Prozent eine interessante Arbeitsaufgabe für wichtig.

Bei einer Befragung im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Frühjahr 2001 (Meier, 2002, 241) sprachen sich 87,8 Prozent der Berufstätigen dafür aus, dass es „sehr wichtig“ bis „wichtig“ für sie sei, eine „eigenverantwortliche und selbstbestimmte Arbeit“ tun zu können. Gleich viele setzten auf eine Arbeit, mit der sie sich identifizieren können. Allein für „sehr wichtig“ hielten von den Berufstätigen eine eigenverantwortliche Arbeit 39,2 Prozent und die Identifikation mit der Arbeit 47,4 Prozent. Dabei stieg die Bedeutung der Eigenverantwortung in der Arbeit tendenziell mit der Stellung im Beruf. Diese intrinsischen Faktoren sind es mithin, die vielfach auch die Leistungsbereitschaft bestimmen dürften.

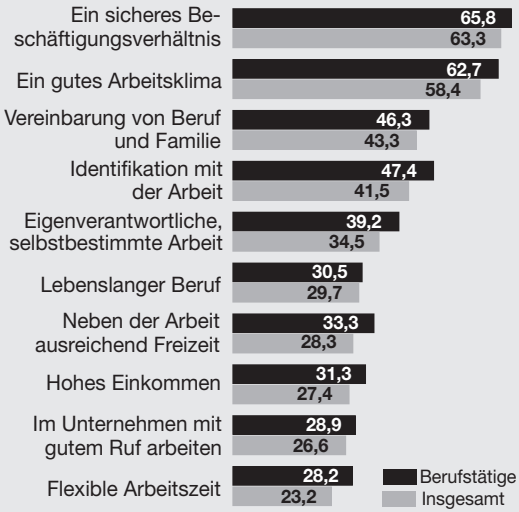
Eigenverantwortung dokumentiert sich aber nicht nur arbeitsinhaltlich, sondern auch in der Bereitschaft zur Mobilität. Die vorliegenden demoskopischen Ergebnisse zeigen, dass die Notwendigkeit zur regionalen Mobilität in einer flexibilisierten Arbeitswelt sehr deutlich gesehen wird. So stellten schon Föste et al. (2001, 263) fest, dass 60,9 Prozent der Befragten im Herbst 1999 generell eine große bis mittlere Bereitschaft zeigten, sich regional mobil zu verhalten. Dabei stieg diese Bereitschaft mit dem Grad des formalen Bildungsabschlusses. Für eine interessante Arbeit erklärten sich 68,3 Prozent bereit, den Wohnort zu wechseln, am höchsten ist diese Bereitschaft bei den Jüngeren. 68 Prozent waren generell der Meinung, dass der Einzelne künftig mobiler sein sollte (Föste et al., 2001, 257). Diese Haltung wird am ehesten von solchen Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen vertreten. Persönlich bereit, beruflich ins Ausland zu gehen, waren 45,6 Prozent; 37,2 Prozent würden selbst aus beruflichen Gründen eine Trennung von der Familie während der Woche akzeptieren, und 33,7 Prozent würden aus den gleichen Gründen auch ihren Wohnort wechseln.

Der technische Fortschritt sowie der Strukturwandel der Erwerbstätigkeit bringen es mit sich, dass der Einzelne eine größere berufliche

Abbildung 10

Was ist im Arbeitsleben bedeutsam?

– So viel Prozent der Befragten bezeichneten diese Merkmale als „sehr wichtig“ –



Quelle: MARPLAN Forschungsgesellschaft mbH im Auftrag des IW Köln; Befragung bei 2.422 Personen (Berufstätige: 1.152) ab 16 Jahre im Februar 2001; Auswahl (die zehn ersten Merkmale von insgesamt 15)

Mobilität zeigen muss. Die aufgeführten Befunde von Föste et al. (2001, 265 ff.) belegen, dass die Menschen dies akzeptieren. Sicher handelt es sich hier allerdings um „erzwungene“ Mobilität. 94,1 Prozent stimmen zu, dass man heute ständig dazulernen muss, um am Arbeitsmarkt Chancen zu haben; 78,0 Prozent erklärten sich bereit, frühzeitig die berufliche Tätigkeit zu wechseln, um nicht arbeitslos zu werden. Sich neben der Arbeit weiterzuqualifizieren, dazu waren 83,7 Prozent bereit, und 77,0 Prozent hatten die Bereitschaft, sich immer wieder in neue Aufgabengebiete einzuarbeiten. Alles in allem waren 56,5 Prozent der Meinung, dass der Einzelne heute sein Arbeitsleben flexibel gestalten sollte. Insgesamt bekundeten in der Studie von Föste et al. 69,5 Prozent der Befragten eine große bis mittlere Bereitschaft zur beruflichen und betrieblichen Mobilität.

Nach einer IW-Studie aus 2001 sahen nur 29,7 Prozent in einem lebenslangen Beruf ein „sehr wichtiges“ Kriterium des Arbeitslebens (Berufstätige: 30,5 Prozent). Wenig erstaunlich ist, dass in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit an der Spitze der Merkmale im Arbeitsleben ein „sicheres Beschäftigungsverhältnis“ lag (Abbildung 10). Gewissermaßen spiegeln diese Merkmale die Werteordnung im Hinblick auf das Arbeitsleben wider, denen ein betriebliches Human Resource Management Beachtung schenken sollte.

Deutlich geworden ist, dass ein großer Teil der Menschen bereit ist, auch in der Arbeitswelt mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Eine „eigenverantwortliche und selbstbestimmte Arbeit tun zu können“, das ist für 83,5 Prozent ein „sehr wichtiges“ bis „wichtiges“ Merkmal im Arbeitsleben. Es braucht sicher nicht erwähnt zu werden, dass auch diese Haltung mit steigender Schulbildung der Befragten zunimmt. So wächst der Wunsch nach mehr Eigenverantwortung im Beruf mit dem Wissenskapital des Einzelnen. Vom Streben nach mehr Verantwortung zeugt indirekt das Kriterium „ständige berufliche Weiterbildung“, das von 69,5 Prozent der Befragten (Berufstätige: 72,6 Prozent) als „sehr wichtig“ bis „wichtig“ eingestuft wurde. Mit dem eigenmotivierten Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit durch Mobilität und Bildung, unterstützt durch eine geeignete Personalentwicklung und ein erfolgreiches Wissensmanagement, wird zugleich ein Beitrag zum persönlichen Humanvermögen geleistet, der sich positiv auf den Auf- und Ausbau von selbstgestützter sozialer Sicherheit in der Wissensgesellschaft auswirken dürfte.

Moderne Führungsmethoden sowie neue Unternehmens- und Organisationskulturen haben zum Ziel, diese Eigenverantwortungspotenziale der Mitarbeiter durch Delegation und Dezentralisation zu fördern und zu fordern. Dabei geht es auch darum, die Einflussmöglichkeiten des Einzelnen, seine Mitgestaltung, auf betriebliche Belange zu verbessern. Hierzu dienen unter anderem die Nutzung des Ideenmanagements (früher: Betriebliches Vorschlagswesen – BVW) mit seinen verschiedenen Formen sowie moderne Formen der Arbeitsorganisation (Job enrichment, Job enlargement), die mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung bei der Arbeit zulassen. Moderne dezentrale computergesteuerte Techniken haben diesen Trend zu mehr Eigenverantwortung durch organisatorischen Wandel entscheidend unterstützt. Dies stärkt nicht nur die Integration der Mitarbeiter untereinander und auch im Unternehmen insgesamt (Stärkung des sozialen Commitments), sondern auch die Wettbewerbskraft der Unternehmen.

So ist letztlich sowohl dem Shareholder-Value als auch dem Stakeholder-Value der Unternehmen gedient. Eine auf Eigenverantwortung basierende Unternehmenskultur kann sich damit als ein Erfolgsfaktor

in einer internationalisierten Wirtschaft erweisen, zumal sie sich auf die Akzeptanz seitens der meisten Beschäftigten stützen kann: Wie die IW-Bevölkerungsbefragung gezeigt hat, ist für gut acht von zehn Berufstätigen eine „eigenverantwortliche, selbstbestimmte Arbeit“ zumindest ein „wichtiges“ Kriterium im Arbeitsleben. Mehr persönliche Autonomie in der Arbeit und betriebswirtschaftliche Effizienz sind keine Widersprüche. Diese Freiheit wird vom Einzelnen umso leichter wahrzunehmen sein, je höher seine sozialen und fachlichen Qualifikationen sind.

5.6 Freiheit und Eigenverantwortung – Einschätzungen der Bevölkerung Deutschlands im internationalen Vergleich

Abschließend wird anhand verschiedener Indikatoren versucht, den Geist der Freiheit und Eigenverantwortung Deutschlands (Akzeptanz des liberalen Modells) im westeuropäischen Vergleich zu überprüfen. Hiermit soll die Frage beantwortet werden, ob Deutschlands Bevölkerung im Vergleich zu der anderer westlicher Länder in ihrer Werthaltung eher staatlich kontrollierend oder freiheitlich individualistisch geprägt ist. Zur Beantwortung dieser Frage werden Daten zum internationalen Vergleich des Stellenwertes von Eigenverantwortung aus dem neuesten Europäischen Wertesurvey (Halman, 2002) in westeuropäischen Ländern herangezogen.[15]

Die Auswertung zeigt, dass sich die große Mehrheit der Menschen in Deutschland (61,6 Prozent) für ein Gesellschaftsmodell der Freiheit statt für das der Gleichheit (29,4 Prozent) ausspricht. Damit ist dieses Modell im Bewusstsein der Bevölkerung in Deutschland sehr viel stärker verankert als im westeuropäischen Durchschnitt (Freiheit: 52, Gleichheit: 42 Prozent) (Gerich/Hemedinger, 2002, 150; Halman, 2001, 159). Das deutsche Votum für das Modell der Freiheit wird in Westeuropa lediglich von Dänemark (69,4) und Schweden (61,6 Prozent) übertroffen. Dementsprechend hoch wird in Deutschland auch das Erziehungsziel „Verantwortung“ in den Familien, aber auch die Einschätzungen individueller wie auch ökonomischer Eigenverantwortung (Wirtschaftsliberalismus) eingestuft. Diese

Wertschätzung scheint für die notwendigen Selbsterneuerungen zunächst eine vergleichsweise gute mentale Voraussetzung zu sein.

Im Einzelnen zeigt sich, dass die Bewertung von „Verantwortung“ als ein „besonders wichtiges“ häusliches Erziehungsziel für Kinder in den hier betrachteten Ländern Westeuropas zwischen gut 53 Prozent (Irland, Nordirland) und 86 Prozent (Österreich, Niederlande, Schweden, Finnland) schwankt. Mit gut 83 Prozent gehört Deutschland zur Spitzengruppe derjenigen Länder, in denen dieses Ziel zur Gruppe der fünf „besonders wichtigen“ Erziehungsziele gehört (Tabelle 16). In insgesamt zehn der hier betrachteten 17 westeuropäischen Ländern gehört bei 80 Prozent und mehr der Bevölkerung die Erziehung zur Eigenverantwortung zu einem der fünf „besonders wichtigen“ Aufgaben. Das Ziel „Unabhängigkeit/Selbstständigkeit“ ereichte hingegen nur in einem Land die 80-Prozent-Marke (Dänemark: 80,4 Prozent). In allen anderen Ländern bleibt dieser Erziehungswert zum Teil weit unter diesem Niveau, am weitesten in Portugal (22,4 Prozent) und Frankreich (29,2 Prozent). Dies weist auf die kulturellen Differenzen hin, die in Westeuropa hinsichtlich der Erziehungskulturen vorherrschen. Deutschland belegt mit 70 Prozent auch bei der Dimension „Unabhängigkeit/Selbstständigkeit“ einen der oberen Plätze.

Je mehr Menschen das Ziel Verantwortung und je weniger das der Selbstständigkeit in einem Land als „besonders wichtig“ bewertet haben, desto eher darf wohl von einer *kulturellen Paradoxie* gesprochen werden. So setzt die Erziehung zur Verantwortung auch ein hohes Maß von Entscheidungsfreiheit (Unabhängigkeit) voraus. Deutschland gehört dabei mit zu den Ländern, in denen diese Differenz (13,4 Punkte zu Gunsten der Verantwortung) mit am geringsten ausfällt. Eine Schlussfolgerung aus diesem Befund könnte lauten, dass sich die Menschen in Deutschland mehr als in anderen Ländern ihres Menschenrechts auf Eigenständigkeit und Eigenverantwortung bewusst sind und eine zwanghafte Ordnung „sekundärer Systeme“ hier auf vergleichsweise starke Ablehnung stoßen müsste. Dies scheinen geeignete Voraussetzungen dafür zu sein, die Staatsfunktion wieder mehr auf ihre hoheitlichen Kernfunktionen zurückzuführen.

Tabelle 16

Eigenverantwortung und ihre mentale Verankerung in Westeuropa

– ausgewählte Ergebnisse der dritten Europäischen Wertestudie 1999/2000[1] –

Land	Verantwortungsgefühl als Erziehungsziel[2]	Unabhängigkeit/ Selbstständigkeit als Erziehungsziel[2]	1. Individuelle oder staatliche Verantwortung für den Einzelnen[3]	2. Arbeitslose sollen jede Arbeit annehmen oder ihre Unterstützung verlieren[4]	3. Wettbewerb – gut oder schädlich für den Menschen[5]	4. Unternehmen zwischen staatlicher Kontrolle und Freiheit[6]	Liberalitätsindikator (als Skalenmittelwert von 1 bis 4)
	in % der Befragten		jeweils Mittelwert auf einer Skala von 1 bis 10				
Österreich	86,1	70,5	3,97	3,87	3,19	4,06	3,77
Island	80,8	76,1	4,58	4,69	2,70	3,37	3,84
Schweden	86,9	68,7	4,24	3,95	3,46	3,91	3,89
Deutschland	**83,4**	**70,0**	**4,23**	**4,09**	**3,80**	**4,62**	**4,19**
Dänemark	80,6	80,4	4,39	4,87	4,02	4,42	4,43
Großbritannien	56,1	52,9	4,43	4,92	4,01	4,77	4,53
Italien	81,2	41,0	5,63	3,41	4,16	4,91	4,53
Nordirland	53,4	50,5	4,57	5,16	3,88	4,50	4,53
Frankreich	73,4	29,2	4,02	4,53	4,73	4,90	4,55
Finnland	86,0	57,5	4,57	5,07	4,28	4,66	4,65
Irland	53,2	50,6	4,61	5,60	3,81	5,00	4,76
Luxemburg	78,3	48,6	4,33	3,88	4,45	6,48	4,79
Portugal	60,0	22,4	4,84	4,64	4,45	5,59	4,88
Spanien	84,6	33,6	5,65	4,44	4,29	5,41	4,95
Niederlande	86,0	52,4	4,65	5,22	4,70	5,49	5,02
Belgien	80,0	41,0	4,99	4,95	4,27	5,58	5,06
Griechenland	73,9	46,3	5,93	5,12	4,28	6,13	5,37
Insgesamt (Mittel)	**–**	**–**	**4,68**	**4,64**	**4,05**	**4,93**	**4,57**
Insgesamt ohne D (Mittel)	**–**	**–**	**4,71**	**4,65**	**4,07**	**4,95**	**4,59**
Nachrichtlich: West- und Osteuropa insgesamt	75,2	49,8	5,15	4,84	3,87	5,39	4,81

[1] ohne Malta. [2] Von fünf möglichen Nennungen unter insgesamt 11 Erziehungszielen als „besonders wichtig“ bezeichnet. [3] 1 = „Jeder einzelne Bürger sollte mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen.“ bis 10 = „Der Staat sollte mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder Bürger abgesichert ist.“ [4] 1 = „Arbeitslose sollten jede Arbeit machen müssen, die sie bekommen oder ihre Arbeitslosenunterstützung verlieren.“ bis 10 = „Arbeitslose sollten Arbeit, die sie nicht machen möchten, ablehnen können.“ [5] 1 = „Wettbewerb ist gut. Er bringt die Menschen dazu, hart zu arbeiten und neue Ideen zu entwickeln.“ bis 10 = „Wettbewerb ist schädlich. Er bringt das Schlechte im Menschen zum Vorschein.“ [6] 1 = „Der Staat sollte den Unternehmen mehr Freiheit lassen.“ bis 10 = „Der Staat sollte die Unternehmen besser kontrollieren.“

Anmerkung: In den jeweiligen repräsentativen Stichproben der Länder bestand die Grundgesamtheit in der Bevölkerung ab 18 Jahre. Für Deutschland betrug der Ausgangsstichprobenumfang 2.036 Personen (Befragungszeitraum in D: 15.10. bis 8.12.1999). Quelle: Halman, 2001, 145 ff.; eigene Berechnungen

Im Folgenden soll aus den jeweiligen Skalenmittelwerten der Länder bei den Items 1 bis 4 ein Gesamtindikator für das Liberalitätsklima eines jeden Landes gebildet und ein Ranking der 17 Länder nach dem Ausmaß dieses so gewonnenen vierdimensionalen Freiheitsmaßes vorgenommen werden (Tabelle 16): Gemessen am Durchschnitt der vier Skalenmittelwerte belegte Deutschland zum Zeitpunkt der Umfrage einen guten vierten Platz. Dies zeigt, wie akzeptiert das liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in der Bevölkerung ist und die Freiheit das Bewusstsein der Menschen prägt.

Der deutlichen Zuneigung zur Marktwirtschaft mag die intuitive Einsicht der Menschen zugrunde liegen, dass besonders in deren „spontaner Ordnung" die unterschiedlichsten Interessen, Neigungen und Leistungen der Menschen zu einem Ausgleich gelangen können, ohne einem einheitlichen Zielsystem folgen zu müssen. An diesem demoskopischen Befund sollte eine den Menschen verpflichtete demokratische Politik nicht vorbeigehen. Wenn zugleich über 80 Prozent der Menschen in Deutschland Verantwortung zu den besonders wichtigen Erziehungszielen zählen, so ist auch nicht zu erwarten, dass durch mehr Freiheit mehr „soziale Kälte" in der Gesellschaft entsteht.

Damit stehen seitens der erwachsenen Bevölkerung aus mentaler Sicht die Chancen für eine weitere Annäherung an den Idealtyp der individuenzentrierten „offenen Gesellschaft" (Popper) vergleichsweise gut. Ein reformfreudiger Staat könnte sich bei der Zurücknahme seiner Zuständigkeiten auf eine relativ breite soziale Rückendeckung stützen, brächte er die Weisheit auf, den Wählern ihr Recht auf Freiheit und Eigenverantwortung erfolgreicher als bislang zu vermitteln. Auch die Merkmale im Einzelnen machen deutlich, dass der Wert der Freiheit in Deutschland jeweils überproportional ausgeprägt war:[16]

1. Individuelle oder staatliche Verantwortung für den Menschen?

Mit einer Einstufung von 4,23 auf der 10-stufigen Skala belegt Deutschland hier den dritten Platz nach Österreich (3,97) und Frankreich (4,02), aber nur kurz vor Schweden mit 4,24. Im Durchschnitt aller 17 Länder

errechnet sich für dieses Merkmal ein Wert von rund 4,68. Damit vertritt die Bevölkerung in Deutschland im Hinblick auf die individuelle Verantwortung für das eigene Leben eine individualistischere Position als der Durchschnitt der westeuropäischen Bevölkerung ab 18 Jahre.

2. *Sollten Arbeitslose jede Arbeit annehmen oder sonst ihre Unterstützung verlieren?*

   Hier besetzt Deutschland mit einem Mittelwert von 4,09 den fünften Rang und liegt damit um drei Positionen „besser“ (individualistischer) als der Durchschnitt westeuropäischer Länder (4,64).

In den folgenden Merkmalen drei und vier spiegelt sich die subjektive Haltung im Hinblick auf den Wirtschaftsliberalismus wider. Je stärker die Menschen für Wettbewerb und freies Unternehmertum eintreten, desto mehr dürfte der Wert von Freiheit und Eigenverantwortung für die Gesellschaft auch hier erkannt worden sein.

3. *Wettbewerb – gut oder schädlich für den Menschen?*

   Unbestritten ist, dass der Wettbewerb die Eigenverantwortung und die Leistungsbereitschaft herausfordert. Die Einstufung, ob dieser Wettbewerb nun gut oder schädlich für den Einzelnen ist, erreichte in Deutschland einen Skalenwert von 3,80; damit liegt Deutschland auf Platz vier und insgesamt weit vor dem westeuropäischen Durchschnitt (4,05). Island (2,70), Österreich (3,19) und Schweden (3,46) belegen die ersten drei Plätze. Am zwiespältigsten schneidet in dieser Hinsicht Frankreich mit einem Wert von 4,73 ab. Fast ebenso ambivalent bewerten die Niederländer und Belgier die Auswirkungen des Wettbewerbs auf den Einzelnen.

4. *Mehr oder weniger staatliche Kontrolle der Wirtschaft?*

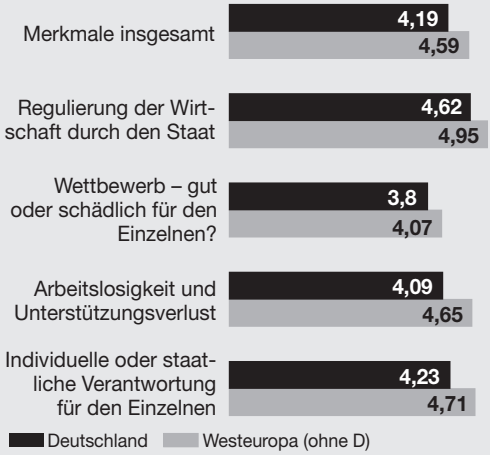
   Auch in diesem Punkt möchte die Bevölkerung Deutschlands die Wirtschaft offensichtlich weniger staatlich kontrolliert sehen als der Durchschnitt der Bevölkerung Westeuropas. Mit einem Wert von

4,62 liegt sie leicht unter dem Schnitt von 4,93. Erstaunlicherweise wird von der Bevölkerung Luxemburgs die stärkste Regulierung der Wirtschaft gewünscht (6,48).

Abbildung 11

Deutsche und westeuropäische Haltung zu Freiheit und Eigenverantwortung

– Skalenmittelwerte –



Anmerkung: Zu den Skalen 1 bis 10 vgl. Tabelle 16. Je geringer der Wert, desto stärker die subjektive Neigung zu Freiheit und Eigenverantwortung

Quelle: Halman, 2001, 161 ff.; eigene Berechnungen

Abbildung 11 stellt die westeuropäischen und deutschen Mittelwerte für die vier Skalen-Indikatoren sowie für den Gesamtmittelwert noch einmal gegenüber. Eine stärkere Renaissance liberaler Ordnungspolitik in Deutschland wäre von der Bevölkerung sicher mitgetragen worden. Die meisten Menschen möchten sich nicht als Mittel zum Zweck und als Werkzeuge des Staates verstanden wissen, sondern sie wollen als mündige und eigenverantwortliche Individuen wahrgenommen werden.

Betrachtet man den Mittelwert aller 17 Länder über die vier Indikatoren hinweg, so zeigt sich für Deutschland eine über der Skalenmitte liegende Einschätzung von Freiheit und Verantwortung: Mit einem Wert von 4,19 belegt Deutschland im Gesamtranking (Tabelle 16) den vierten Platz nach Österreich (3,77), Island (3,84) und Schweden (3,89). Am unteren Ende rangieren die Länder Niederlande (5,02), Belgien (5,06) und Griechenland (5,37).

Diese Ereignisse bedeuten nicht, dass sich der Staat ganz aus seiner Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinen heraushalten sollte: In erster Linie hat er eine Ordnungspolitik zu realisieren, in der dem Einzelnen und den Kräften des fairen Wettbewerbs ausreichend Raum zu Freiheit

und Eigenverantwortung bleibt; eine stärkere Rücknahme des Staates hätte jedoch auch einen größeren finanziellen Spielraum des Einzelnen zur Voraussetzung.

6 Die Bürgergesellschaft – ein Modell für Freiheit und Eigenverantwortung

Derzeit wird die Stärkung einer dezentral organisierten „Bürgergesellschaft“ als ein Gesellschaftsmodell diskutiert, das nicht nur den überstrapazierten Sozialstaat entlasten, sondern auch dem Einzelnen und der Gesellschaft mehr Freiheit und Eigenverantwortung bieten soll. Das liberale Ordnungsmodell kann für diese Organisation gesellschaftlichen Lebens einen Rahmen abgeben. Ob es mehr als bisher Wirklichkeit werden wird, hängt von der Freiheit ab, die die Politik der Gesellschaft hierfür lässt. Die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft entscheidet sich daher vor allem „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke). Die demographische Entwicklung und die damit verbundene Überlastung des Sozialstaates sollten daher allein nicht ausreichen, eine eigenverantwortliche Bürgergesellschaft zu begründen. Sie basiert auf dem klassischen Gedanken, dass der Einzelne und intermediäre Einrichtungen so viel politische Freiheit besitzen sollen, dass sie in der Lage sind, viele ihrer Angelegenheiten selbst zu regeln. Sie ist daher das politische Korrelat zur liberalen Wirtschaftsgesellschaft. Der Gedanke der Selbstregulation, der für Marktwirtschaften gilt, wird so auf das Politische übertragen. Wenngleich er nicht auf alle Politikebenen anwendbar ist und sich das Repräsentativmodell bewährt hat, lässt er sich schon eher auf regional begrenzte Probleme anwenden.

Ihre innere Dynamik gewinnt eine freie Bürgergesellschaft aus den spontanen Interaktionsprozessen aller Individuen, die stets durch neue gesellschaftliche Entwicklungen angeregt werden. Solche Prozesse werden nicht bewusst zentral geplant und reguliert, sondern entstehen eher spontan, wenn ihnen ausreichend Freiheit gegeben wird. Sie ist

reich an unterschiedlichen Formen und tauschbaren Aktivitäten (zum Beispiel über Börsen). Das Bild einer ohne staatlichen oder moralischen Druck sich *frei entwickelnden*, selbstverantwortlichen und dezentralen Bürgergesellschaft (als Pendant zur Wirtschaftsgesellschaft) käme dem Gedanken einer *„spontanen Ordnung“* (von Hayek) nahe.

Das Konzept der Bürgergesellschaft beruht wesentlich auf dem Idealtypus der „aktiven Gesellschaft“ Amitai Etzionis und meint eine Gesellschaft mit hohem Aktivitäts- und Selbstkontrollvermögen; sie nimmt viele ihrer Geschicke selbst in die Hand. Sie wird verstanden als eine Gesellschaft, deren eigenverantwortliche Mitglieder in die Politik zurückgekehrt sind. Sowohl die Weiterentwicklung des Stiftungswesens als auch die des Dritten Sektors sind nicht nur vor dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Haushaltskassen, sondern auch und besonders aus ordnungspolitischen Gründen von Bedeutung. Aus sozialgeschichtlicher wie auch aus kulturhistorischer Perspektive verbietet sich allerdings ein Vergleich mit der Kultur der Eigenverantwortung in den USA, wo das Freiwilligenwesen einen großen Teil der staatlichen Sozialpolitik übernommen hat.

So wie sich die Debatten um die Realisation der liberalen Bürgergesellschaft als einer gemeinschaftsstiftenden Sinnidee darstellen, erinnert manches an das Konzept Ludwig Erhards von der „formierten Gesellschaft“ und ihrem Gesamtinteresse an der freiwilligen Bereitschaft, dem Ganzen zu dienen; allerdings konnte Erhard mit diesem Begriff seinerzeit politisch nicht überzeugen, zu gegenwärtig waren wohl noch die Erinnerungen an die Gemeinschaftsideologie des Dritten Reichs.

Empirisch ist nachweisbar, dass die Bevölkerung in Deutschland über ein nicht geringes Maß an freiwilligem Engagement verfügt und damit vielfach ihre Eigen- und Mitverantwortung wahrnimmt:

- Gensicke ermittelte aus dem Wertesurvey 1997 einen Anteil von 38 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, der freiwillig engagiert ist (Gensicke, 2000, 234).

- Einer Auswertung der Europäischen Wertestudie von 1999/2000 durch Anheier/Toepler (2002) zufolge liegt der Anteil der in einem Ehrenamt Tätigen in Deutschland mit 22,0 Prozent (Westdeutschland) beziehungsweise 16, 4 Prozent (Ostdeutschland) allerdings noch weit unter dem Niveau der EU-Mitgliedstaaten (31,6 Prozent).

- Nach einer Auswertung des Sozioökonomischen Panels von 1999 durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln engagierten sich 30,5 Prozent der Befragten über 16 Jahre freiwillig (Meier, 2002, 156).

- Untersuchungen im Auftrag des Bundesfamilienministeriums lassen erkennen, dass 1999 jeder Dritte (34 Prozent) im Alter von 14 Jahren und älter sich freiwillig oder ehrenamtlich engagierte (von Rosenbladt, 2000, 53).

- Eine Befragung der Bevölkerung ab 16 Jahre im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Frühjahr 2001 ergab, dass sich 29,1 Prozent freiwillig an gemeinnützigen Aufgaben beteiligen (Meier, 2002, 163).

Aufgrund methodischer Unterschiedlichkeiten finden sich in den Untersuchungen mitunter von einander abweichende Angaben. Erkennbar ist, dass die Höhe des formalen Wissenskapitals auf das Sozialvermögen (Sozialkapital) einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss zu haben scheint (Abbildung 12). Auch steigt die Übernahme freiwilliger Aufgaben für die Gesellschaft mit dem Einkommen.

Schließlich lässt eine Kreuzauswertung zwischen den Variablen „subjektives Freiheitsgefühl“ und Bürgerengagement erkennen, dass mit steigendem Freiheitsempfinden (auf einer Skala von 0 bis 10) auch tendenziell die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zunimmt: Diejenigen, die ein nur geringes subjektives Freiheitsempfinden haben (Skalenwerte 0 bis 3), zeigen zu 24,2 Prozent diese Verantwortung, die mit einem mittleren Freiheitsgefühl (4 bis 6) zu 32,4 Prozent, und von denjenigen mit einem sehr großen Freiheitsgefühl (7 bis 10) sind noch zu 28,2 Prozent freiwillig engagiert. So wird deutlich, wie sehr die persönliche Freiheit

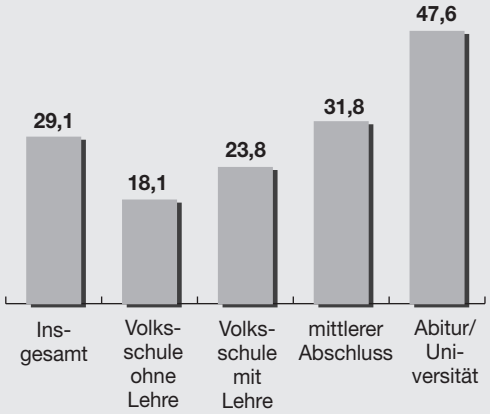
eine Voraussetzung für Subsidiarität und Solidarität ist. Der Wert individueller Freiheit ist daher nicht alleine für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes bedeutsam.

Ähnliches gilt für die Höhe des Haushaltsnettoeinkommens: Je höher dieses ausfällt, desto eher ist man persönlich engagiert. So steigt das tätige Engagement für die Gesellschaft von 24,1 Prozent (bis unter 2.000 DM) über 26,2 Prozent (3.000 bis 4.000 DM) auf 37,2 Prozent (5.000 DM und mehr). Mehr Eigenverantwortung und Kompetenz, die sich so unter Umständen auch in der Erreichung besser bezahlter Arbeitsplätze niederschlagen, strahlen auf diese Weise auf die Gesellschaft aus und werden zur Mitverantwortung. Ein weiterer wichtiger Befund dieser Untersuchung ist, dass sich auch die Integration in das Arbeitsleben positiv auf das freie Sozialengagement im Sinne einer Bürgergesellschaft auswirkt: Während sich von den Berufstätigen ein Drittel (32,2 Prozent) engagiert, ist es von den Nicht-Berufstätigen nur ein gutes Viertel (26,3 Prozent).

Abbildung 12

Bürgerengagement nach Schulbildung

– in Prozent –



Quelle: MARPLAN Forschungsgesellschaft mbH im Auftrag des IW Köln; Befragung bei 2.422 Personen ab 16 Jahren im Februar 2001

Tabelle 17

Der Wert der Freiheit für die Solidarität in Deutschland 2001

Freiwilliges Sozialengagement	Subjektiv empfundener Freiheitsgrad (Skalen von 0 bis 10)		
	Gering (0–3)	Mittel (4–6)	Groß (7–10)
	in Prozent		
Insgesamt (oft bis selten)	24,2	32,4	28,2
Bisher nicht, würde es aber tun	16,7	20,2	20,6
Nein, gar nicht	59,1	47,4	51,0

Quelle: MARPLAN Forschungsgesellschaft mbH im Auftrag des IW Köln; Befragung bei 2.422 Personen ab 16 Jahren im Februar 2001

Tabelle 18

Gemeinsinn: Allgemeine Erwartung und individuelle Bereitschaft

Frage (a): „Viele Städte und Gemeinden müssen ja jetzt sparen. Es gibt den Vorschlag, dass private Initiativen der Bürger einspringen und Leistungen übernehmen, die vorher Sache der Gemeinde waren. Bitte sehen Sie die Karten einmal durch und suchen alle heraus, auf denen etwas steht, was Ihrer Meinung nach gut von den Bürgern übernommen werden kann.“
Frage (b): „Ist da etwas dabei, wo Sie persönlich mitmachen würden, wenn es hier eine solche Initiative gäbe?“

Bereiche	Könnte von Bürgern übernommen werden (a)	Würde persönlich mitmachen (b)	Differenzprozentpunkte zwischen (a) und (b)
	in Prozent der Befragten		
Eine Kindergruppe gründen	59,1	19,6	39,5
Einen Jugendtreff organisieren und auf Dauer betreuen	56,7	22,0	34,7
Schulhof gestalten	57,5	24,4	33,1
Einen Kindergarten renovieren	63,8	31,8	32,0
Wald, Parkanlagen säubern	68,0	38,0	30,0
Sich um bedürftige Menschen hier in der Gemeinde kümmern	66,0	37,6	28,4
Rohstoffsammlungen organisieren wie Alteisen, Kleider usw.	46,9	18,6	28,3
Einen Spielplatz bauen	57,7	29,6	28,1
Musikschule der Stadt/Gemeinde als Bürgerverein übernehmen und weiterbetreiben	29,4	6,2	23,2
Grünanlagen anlegen	43,2	21,1	22,1
Pflege der Denkmäler im Ort, Stadtteil	35,9	14,2	21,7
Sich um Aussiedler oder Asylanten kümmern, die in der Nachbarschaft leben	36,7	15,5	21,2
Gemeinde oder Stadtbibliothek übernehmen und privat weiterführen	32,1	12,8	19,3
Arbeiten für verkehrsberuhigende Maßnahmen durchführen	19,6	7,6	12,0
Sportplatz, Sporthalle, Schwimmbad herrichten oder betreiben	19,9	8,9	11,0
Renovieren von historisch wichtigen Gebäuden	12,3	4,1	8,2

Quelle: IfD, 2003, Tab. 57a und 58a; eigene Berechnungen; Umfrage bei 3.474 Personen ab 16 Jahre im Sommer 2003

Allerdings klafft zwischen dem, was der Einzelne glaubt, was von Bürgern selbst übernommen werden könnte, und dem, wo er sich selbst engagieren würde, oft noch eine erhebliche Lücke (Tabelle 18); sie ist am größten bei solchen Bereichen, die die nachwachsenden Generationen betreffen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der hier angeführten verschiedenen Studien kann mit Klages (2002, 197) der folgende summierende Befund aus der Werteforschung herausgestellt werden, „dass das Humanpotenzial ... den Richtungspfeil in sich trägt, der angesichts einer fortschreitenden Modernisierung der Lebensverhältnisse wünschenswert und dringlich erscheint: eine anwachsende mentale Grundbereitschaft und -fähigkeit der Menschen zur Selbstverantwortung, flexibler Eigeninitiative und Selbstdisziplin“. Mit anderen Worten: Es liegt in der Hand politischer Akteure, den Menschen die Freiheit zur Entfaltung dieser Eigenschaften zu geben.

Im Zusammenhang mit der Stärkung der Bürgergesellschaft als Leitbild für die Gesellschaftspolitik werden nun neben dem Einzelnen auch die Unternehmen von der Politik zu einer Stärkung ihrer „Corporate-Citizenship“-Kultur aufgefordert. Unabhängig vom Sozialwert unternehmerischen Handelns in einer Marktwirtschaft an sich engagiert sich auch in Deutschland eine Vielzahl von Unternehmen – sei es über Geldspenden, Schenkungen, Stiftungen oder Corporate Volunteering ihrer Mitarbeiter – zusätzlich freiwillig für das Gemeinwohl.

Die Wirtschaft versteht sich als eine wichtige Säule im Rahmen der eigen- und mitverantwortlichen Bürgergesellschaft. Dies geht aus einer Befragung von über 4.000 Unternehmen des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors in 2001 und der Analyse von 240 auswertbaren Fragebögen durch das Instituts für Mittelstandforschung (Maaß/Clemens, 2002) hervor, wonach sich 95 Prozent am Corporate Citizenship beteiligen. Hochgerechnet traten damit bundesweit gut 82 Prozent freiwillig für das Gemeinwohl ein. Sie betrachten dieses Engagement als eine Investition in ihr gesellschaftliches Umfeld. Im Schnitt gaben die Unternehmen im Jahr 2000 für wohltätige Zwecke 108.000 Euro aus (finanzieller und geldwerter Aufwand). Dies waren 0,07 Prozent

des Umsatzes. Bei den durchschnittlichen Ausgaben lagen die kleineren Unternehmen mit bis zu 99 Mitarbeitern weit über dem Durchschnitt: Sie wendeten zwischen 0,23 und 0,25 Prozent ihres Umsatzes auf. Meist wird das bürgerschaftliche Engagement dabei auf informeller Basis vorgenommen. Damit dokumentiert die Wirtschaft ihre zusätzliche Verantwortung für das Gemeinwohl über ihre primären Aufgaben hinaus.

Es wäre indes verhängnisvoll, wollte man die soziale Verantwortung der Unternehmen in einer freien Gesellschaftsordnung auf „Corporate Citizenship“ beschränken. Dies wird offensichtlich auch von der Bevölkerung so gesehen, die das häufig eingeforderte zusätzliche freiwillige soziale Engagement der Unternehmen Anfang 2001 nicht als vorrangige Unternehmensaufgabe betrachtete. Diesem Merkmal wurde in einer Befragung im Auftrag des IW Köln ein durchschnittlicher Rangplatz von 8,4 auf einer Skala von zwölf zu vergebenden Rangplätzen für verschiedene Unternehmensaufgaben zuerkannt (Meier, 2002, 233).

Der Eigenverantwortung der globalisierten Wirtschaft kommt in Form von *freiwilligen Selbstverpflichtungen* als Selbstbindung gegenüber

Tabelle 19

Gründe für Selbstverpflichtungen der Wirtschaft

Frage: „Warum geht die Wirtschaft in Deutschland Ihrer Meinung nach Selbstverpflichtungen ein?“[1]

Begründungen	**Wahlbevölkerung**	**Eliten insgesamt[2]**	davon aus			
			Wirtschaft	**Politik[3]**	**NGOs**	**Medien**
	in Prozent der Befragten					
Wunsch, gesetzliche Regelungen zu vermeiden	66	87	82	92	68	90
Hoffnung auf einen Imagegewinn	78	83	68	84	81	90
Wunsch, kostengünstigere Wege zu finden	75	73	66	77	64	69
Verantwortung gegenüber der Gesellschaft	48	60	92	55	69	50

[1] Befragung im Sommer 2001 bei 502 Entscheidungsträgern und und 1.052 Personen der Wahlbevölkerung durch TNS EMNID; [2] ohne Sonstiges; [3] Bundestagsabgeordnete, Ministerialbeamte, Fraktionsmitarbeiter.

Quelle: BASF, 2001

der Gesellschaft (zum Beispiel die Entwicklung von Qualitätskriterien der Internetangebote in der Initiative D 21 von 1999) heute eine große ordnungspolitische Bedeutung zu. Zwischen wohlverstandenem Eigeninteresse und unternehmensethischer Selbstbindung existiert vielfach eine Kongruenz. Die Alternative zu einer solchen Selbstbindung in Eigenverantwortung wäre lediglich ein noch stärkerer Staatsinterventionismus in Form von Gesetzen und Auflagen (Regulierung) und damit eine Stärkung der Staatsgewalt. Ähnlich sehen dies auch die meisten Eliten aus Politik, Medien und Wirtschaft wie auch ein großer Teil der Bevölkerung (Tabelle 19).

So gelten Selbstverpflichtungen als Ausdruck einer Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft; besonders in einer hochkomplexen Gesellschaft kann der Staat auf dieses Steuerungsinstrument nicht verzichten. Für Eliten aus der Wirtschaft dominierte (92 Prozent) das Motiv „Verantwortung gegenüber der Gesellschaft". Gesellschaftliche Anliegen macht sich die Wirtschaft mithin zur eigenen Aufgabe; dies sahen von der Bevölkerung hingegen nur 48 Prozent ähnlich. Die Rolle der Wirtschaft als Akteur im Rahmen einer „globalen" Bürgergesellschaft besteht in der Mitübernahme von Verantwortung für öffentliche Angelegenheiten, was als Investition in soziales Kapital gilt. Wenngleich die Möglichkeiten der Unternehmen in diesem Zusammenhang auch begrenzt sind, so stehen ihnen gleichwohl zwei Strategien offen (Homann, 2004):

- die Strategie des „Tuns": Aktives Mitmachen von Führungskräften in Bezug auf die Durchsetzung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz, Korruptionsbekämpfung etc.

- die Strategie des „Redens": Vermittlung glaubhafter, ethischer Legitimität unternehmerischen Handelns gegenüber der Öffentlichkeit.

Nach den Vorstellungen von „Global Governance" soll unternehmerische Verantwortung stärker in nationale und internationale Netzwerke eingebunden sein, um gemeinsam Ordnungsprobleme zu lösen.

7 Zusammenfassung

Die Werte Freiheit und Eigenverantwortung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft bedeuten, die jeweils gestellten Aufgaben möglichst in eigener und zurechenbarer Verantwortung lösen zu können – dies macht den genuinen Sinn von Freiheit und Eigenverantwortung aus. Ihr Wert erweist sich in erster Linie in ihrem hohen Beitrag zur Förderung der Lebensbedingungen, des Wachstums und zur Entwicklung der Persönlichkeit. Der Staat sollte dafür Sorge tragen, dass den Menschen die Wahrnehmung ihrer Freiheit und Eigenverantwortung mehr als bislang ermöglicht wird, um eine Basis für gleiche Startchancen zu schaffen. So können Freiheit und Eigenverantwortung als entscheidende Erfolgsfaktoren oder -bedingungen eines Staates aufgefasst werden, der das individuelle Recht auf Selbsteigentum nicht verletzt und den Schwachen hilft.

Mit Hilfe demoskopischer Daten wurde die Mentalität der Menschen im Hinblick auf Freiheit und Eigenverantwortung in einer Zeit aufgespürt, in der es um eine institutionelle Erneuerung im Sinne von mehr Freiheit und Eigenverantwortung geht. Nationale demoskopische Daten ließen erkennen, in welchem Maße die Menschen zwar nach mehr Eigenverantwortung streben, teilweise aber noch sehr an umverteilende und freiheitseinschränkende „sekundäre Systeme“ gewöhnt sind. Denn das politisch realisierte Versprechen von immer mehr Schutz in nahezu allen Lebenslagen hatte sie in der Vergangenheit auf wesentlichen Feldern von der Notwendigkeit der Selbstsorge entlastet und damit mehr Unfreiheit und Abhängigkeit von solchen Systemen geschaffen.

Von Nachteil für den institutionellen Wandel ist, dass die Grundwerte Freiheit und Eigenverantwortung von Seiten des Staates vor dem Hintergrund der ökonomischen Überlastung „sekundärer Systeme“ zu sehr instrumentalisiert wurden und werden. Dabei hat es der Staat häufig versäumt, den Menschen auch den hohen Eigenwert von Freiheit und

Verantwortung und sein Recht darauf ausreichend zu vermitteln. Stattdessen ist er ihm gegenüber lange Zeit mit immer neuen Heilsversprechen im Sinne eines immer mehr Schutz spendenden Organs aufgetreten. Dies macht es heute schwer, Reformen durchzusetzen, die von den meisten im Bewusstsein ihres Rechts auf Freiheit und Eigenverantwortung mitgetragen werden.

Die demoskopische Forschung in Deutschland belegt, dass das Klima für die Unterstützung von mehr Freiheit und Eigenverantwortung und damit für einen Rückgewinn an persönlicher Souveränität lange Zeit günstig war: Die Gesellschaft schien in weiten Teilen bereit, für sich mehr Eigenverantwortung zu akzeptieren, so dass sich institutionelle Erstarrungen auflösen ließen. Dies gilt sowohl für den Bereich der allgemeinen Lebensverantwortung als auch für die soziale Sicherung und die Arbeitswelt. Hierfür spricht auch die Stärkung des Selbstbewusstseins bei den Menschen. Dieser mentale Drang nach mehr Eigenverantwortung entspricht dem Naturgesetz des Willens zur Selbstorganisation und flexiblen Anpassung als natürliche Eigenschaften sich selbst organisierender Systeme im Rahmen „spontaner Ordnungen“, wie sie die Natur längst kennt und wie sie in der Theorie institutionellen Wandels von Olson (1991) ebenfalls zum Ausdruck kommt. Im Internationalen Vergleich zeigt die Bevölkerung in Deutschland sogar eine sehr deutliche Befürwortung des „liberalen Modells“.

Bislang erwiesen sich die politischen Instanzen Deutschlands oft als zu schwerfällig, der Gesellschaft die ihr zustehende Verantwortungsrolle im Sinne von mehr Freiheit, Selbstverantwortung und Eigenvorsorge und damit die Bildung von unerlässlichem Humanvermögen zu ermöglichen, obschon der Wandel im sozioökonomischen Umfeld mehr Eigenverantwortung und Flexibilität rasch erforderlich machte. Stattdessen wurde unter Zuhilfenahme von „Wieselworten“ (von Hayek) wie „sozialer“ Gerechtigkeit eine Kollektivierung von Verantwortung betrieben, was die individuelle Verantwortungszuweisung (Verwässerung des Ursache-Wirkungs-Zusammenhanges) erheblich erschwerte und zu weiterem Anspruchsdenken führen musste.

Mit einer weiteren Stärkung der Eigenverantwortung ginge auch nicht, wie vielfach befürchtet, die soziale Integration verloren. Eine Stärkung der Subsidiarität bedeutet keine Aufhebung des grundgesetzlich festgeschriebenen Sozialstaatsgebots (Art. 20, Abs. 1 GG). Denn Eigenverantwortung meint neben der Übernahme der Verantwortung für das eigene Denken, Handeln und Leben auch die subsidiäre Solidarität in einer freien Bürgergesellschaft.

Jenseits einer stärkeren Übernahme von mehr Eigenverantwortung in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen zum utilitaristischen Zweck einer Kostenreduktion des Sozialstaates hätte ein wirkliches Bemühen um mehr Freiheit und Eigenverantwortung allerdings viel weitreichendere Dimensionen: Es bedeutete durch Anerkennung und Zuweisung individueller Souveränität vielfach die Revision einer paternalistischen Welt- und Gesellschaftsdeutung.

Anmerkungen

1 Die personale wie auch institutionelle Zurechenbarkeit und das Einstehen für die Folgen des Handels sind mithin die herausragenden Voraussetzungen für Eigenverantwortung. Als Verantwortungssubjekte gelten zunächst stets Individuen, da nur sie ein Verantwortungsgefühl entwickeln können (individualistische Verantwortungsethik).

2 Als Länder wurden aufgenommen: Kanada (CDN), Australien (AUS), USA, Japan (J), Frankreich (F), Großbritannien (GB), Deutschland (D), Italien (I), Spanien (E), Südkorea (RK), Argentinien (RA), Polen (PL), Mexiko (MEX), Malaysia (MAL), Russland (RUS), Rumänien (RO), Kolumbien (CO), Venezuela (YV), Thailand (THA), Brasilien (BR), Philippinen (RP), Türkei (TR), China (RC), Südafrika (ZA), Indonesien (RI), Indien (IND), Norwegen (N), Schweden (S), Belgien (B), Island (IS), Niederlande (NL), Finnland (FIN), Schweiz (CH), Österreich (A), Dänemark (DK), Irland (IRL), Luxemburg (L), Neuseeland (NZ), Israel (IL), Hongkong (HK), Griechenland (GR), Singapur (SGP), Portugal (P), Slowenien (SLO), Tschechien (CZ), Ungarn (H), Slowakei (SK), Chile (RCH), Estland (EST), Jordanien (JOR).

3 Volkseinkommen: Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern in einer bestimmten Zeitperiode zugeflossen sind.

4 Verfügbares Einkommen: Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuern und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter Transfers, einschließlich der Zunahme betrieblicher Vermögensansprüche (Deutsche Bundesbank, 2002, 66)

5 Dieser Leitwert in Form eines individuellen und kollektiven Bedürfnisses hat in der modernen Gesellschaft eine solche Dominanz erhalten, dass sich infolgedessen ein eigener Wirtschaftssektor mit Millionen von Arbeitsplätzen herausbildete, was letztlich die Arbeitsmarktrelevanz dieses Wertes unterstreicht.

6 Hinter der Idee einer für sich selbst sorgenden Gesellschaft stehen die Konzepte des „sozialen Commitments“ sowie des „Sozialkapitals“. Ungeklärt ist allerdings, zu welcher Art von „sekundären Systemen“ es in der Bürgergesellschaft kommen kann.

7 Heute kommt diesem Faktor wegen des Wandels zur Wissensgesellschaft und der Anpassung an flexible Arbeitsmärkte eine noch größere Bedeutung zu.

8 Für die Zusammenstellung und Unterstützung bei der Einschätzung der Reformen der Sozialversicherung dankt der Verfasser Herrn Dr. Jochen Pimpertz, IW Köln.

9 Bei der Zusammenführung von Ergebnissen verschiedener Studien stellt sich immer das Problem der Vergleichbarkeit der Befunde, die aus jeweils unterschiedlichen Kontexten und empirischen Erhebungsinstrumenten stammen. Die Darlegung der verschiedenen Ergebnisse aus unterschiedlichen Erhebungen versteht sich daher eher als Dokumentation zum Thema „Eigenverantwortung“.

10 So wären denn auch die finanziellen Folgen bei einer „Ausnutzung“ des Systems der sozialen Sicherung in Form von höheren Abgaben und Steuern eigenverantwortlich zu tragen.

11 Dieser Ansatz ist indes methodisch nicht unkritisiert geblieben (Slaby/Urban, 2002).
12 Hierin scheint sich Max Webers Hinweis auf das „stahlharte Gehäuse“ des Kapitalismus widerzuspiegeln, wodurch sich der moderne Mensch ausschließlich an materiellen Gütern orientiert (Weber, 1978, 203).
13 Die Auswertung nahm Herr Dipl.-Statistiker Christoph Schröder, IW Köln, vor. Hierfür sei ihm an dieser Stelle gedankt.
14 Ausgaben für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialleistungen sowie Mindereinnahmen aus entgangenen Steuern und Sozialabgaben.
15 Die im Wertesurvey enthaltenen osteuropäischen Länder werden hier aus Gründen ihrer nachholenden liberalen Sozialisation nicht berücksichtigt.
16 Zur Operationalisierung der Zustimmung zum liberalen Modell wurden folgende vier Items aus der Studie herangezogen: Grad individueller Eigenverantwortung, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Bewertung des Wettbewerbs und Maß staatlicher Unternehmenskontrolle. Der Mittelwert aus diesen vier Skalenwerten wird als Liberalitätsindikator interpretiert. Je numerisch niedriger er ausfällt, desto größer ist die Befürwortung des liberalen Modells.

Literatur

Anheier, Helmut K. / **Toepler**, Stefan, 2002, Bürgerschaftliches Engagement in Europa. Überblick und gesellschaftspolitische Einordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament v. 1.3.2002, Nr. B9, S. 31–38

Backhaus, Beate / **Ninke**, Lars / **Over**, Albert, 2002, Brain Drain – Brain Gain. Eine Untersuchung über internationale Berufskarrieren, o. O., URL: http://www.kdwm.uni-muenchen.de/Unterlagen/Stifterverband.pdf [Stand: 2003-09-24]

BASF Aktiengesellschaft, 2001, Government Relations Studie II, Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, Pressegespräch vom 30.10.2001, URL: http://www.basf.de/basf/img/datfakt/gov/gov relations studie 2001.pdf [Stand: 2002-12-02]

BdB – Bundesverband deutscher Banken, 2002a, interesse. Informationen, Daten, Hintergründe, Nr. 4, Berlin

BdB – Bundesverband deutscher Banken, 2002b, Deutschland in der Prüfung: der Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb. Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen, in: Demoskopie. Umfragen – Meinungen – Gesellschaftstrends, Nr. 14, Berlin

BdB – Bundesverband deutscher Banken, 2002c, interesse. Informationen, Daten, Hintergründe, Nr. 11, Berlin

BdB – Bundesverband deutscher Banken, 2003, interesse. Informationen, Daten, Hintergründe, Nr. 5, Berlin

BdB – Bundesverband deutscher Banken, 2004, interesse. Informationen, Daten, Hintergründe, Nr. 2, Berlin

Bergheim, Stefan / **Neuhaus**, Marco / **Schneider**, Stefan, 2004, Reformstau – Ursachen und Lösungen, in: Deutsche Bank Research, Reihe: Aktuelle Themen, Nr. 290, v. 20.02.2004, Frankfurt am Main

BITKOM – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V., 2004, Daten zur Informationsgesellschaft. Status quo und Perspektiven Deutschlands im internationalen Vergleich, Berlin

Börsch-Supan, Axel, 2000, Rentenreform und die Bereitschaft zur Eigenvorsorge: Umfrageergebnisse in Deutschland. Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung Nr. 583-00 des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Statistik der Universität Mannheim, (Arbeitspapier, Fassung vom 12.5.2000)

Denz, Hermann (Hrsg.), 2002, Die Europäische Seele. Leben und Glauben in Europa, Wien

De Toqueville, Alexis, 1962, Über die Demokratie in Amerika, Bd. I und II, Stuttgart

Deutsche Bundesbank, 2002, Monatsbericht Juli, Wiesbaden

Deutscher Bundestag, 2002a, Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Drucksache 14/8800 vom 28.03.2002, Berlin

Deutscher Bundestag, 2002b, Drucksache 14/9993 vom 7.10.2002, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Gerda Hasselfeld, Heinz Seiffert, Dr. Hansjürgen Doss, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/8945, Berlin

Dierks, Marie-Luise / **Bitzer**, Eva-Maria / **Lerch**, Magnus / **Martin**, Sabine / **Röseler**, Sabine / **Schienkiewitz**, Anja / **Siebeneick**, Stefanie / **Schwartz**, Friedrich-Wilhelm, 2001, Patientensouveränität. Der autonome Patient im Mittelpunkt, Arbeitsbericht Nr. 195, Hannover

Erhard, Ludwig, 1957, Wohlstand für alle, Düsseldorf

Eucken, Walter, 1952, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern/Tübingen

Fehn, Rainer, 2003, Strukturwandel und europäische Wirtschaftsverfassung: Gibt es einen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Sicherheit, ifo Diskussionsbeiträge Nr. 81, München

Flitner, Wilhelm, 1959, Freiheit als pädagogisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. B/59 vom 28. Januar, S. 45–50

Föste, Wilga / **Janßen**, Peter, 1997, Finanzierungs- und Belastungsgrenzen des Sozialstaates im Urteil der Bevölkerung, Bonn

Föste, Wilga / **Janßen**, Peter, 1999, Die Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, Frankfurt am Main/New York

Föste, Wilga / **Haarland**, Hans Peter / **Janßen**, Peter, 2001, Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt, Frankfurt am Main

forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbh, 2004, Die Abgeordneten im Bundestag und den Landtagen – Einschätzungen und Meinungen im Frühjahr 2004, Berlin

Forsthoff, Ernst, 1958, Die Daseinsvorsorge und die Kommunen. Ein Vortrag, Köln

Freyer, Hans, 1955, Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart

GDV – Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., o. J., Zukunft – klipp und klar? Was die Deutschen erwarten. Was sie tun, o. O.

Gehlen, Arnold, 1956, Urmensch und Spätkultur, Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Bonn

Gehlen, Arnold, 1957, Die Seele im technischen Zeitalter, Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Hamburg

Gehlen, Arnold, 1974, Der Mensch, Seine Natur und Stellung in der Welt. 10. Aufl., Frankfurt am Main

Gensicke, Thomas, 1998, Sind die Deutschen reformscheu? Potentiale der Eigenverantwortung in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. B18/98, vom 24. 4.1998, S. 19–30

Gensicke, Thomas, 2000, Deutschland im Übergang, Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement. Speyerer Forschungsbericht Nr. 204 des Forschungsinstituts für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Speyer

Gerich, Joachim / **Hemedinger**, Fritz, 2002, Soziale Sicherheit zwischen Selbstverantwortung, Zivilgesellschaft und Staat, in: Denz, Hermann (Hrsg.), 2002, Die Europäische Seele. Leben und Glauben in Europa, Wien, S. 149–178

Gross, Peter, 1990, Selbsthilfe und Selbstverantwortung, in: Sachße, Christoph/ Engelhardt, H. Tristram (Hrsg.), Sicherheit und Freiheit, Frankfurt am Main, S. 85–105

Gwartney, James D. / **Lawson**, Robert A., 2002, Economic Freedom of the World. Annual Report 2002, herausgegeben vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Postdam-Babelsberg

Gwartney, James D. / **Lawson**, Robert A., 2003, Economic Freedom of the World. Annual Report 2003, herausgegeben vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Postdam-Babelsberg

Gwartney, James D. / **Lawson**, Robert A., 2004, Economic Freedom of the World. Annual Report 2004, herausgegeben vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam-Babelsberg

Habermann, Gerd, 1988, Die Überwindung des Wohlfahrtsstaates: Ludwig Erhards sozialpolitische Alternative, in: Hohmann, Karl / Schönwitz, Dietrich / Weber, Hans-Jürgen / Wünsche, Horst Friedrich (Hrsg.), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart/New York, S. 33–42

Halman, Loek, 2001, The European Values Study: A Third Wave, Source book of the 1999/2000 European Values Study Surveys, Tilburg

Heinze, Rolf / **Keupp**, Heiner, 1997, Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Bd. 3: Zukunft der Arbeit sowie Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung, Bochum/München

Herder-Dorneich, Phillip, 1982, Der Sozialstaat in der Rationalitätenfalle. Grundfragen der sozialen Steuerung, Bonn

Herzberg, Frederick / **Mausner**, Bernard / **Bloch Snyderman**, Barbara, 1959, The Motivation to Work, New York

Herzog, Roman, 1997, „Subsidiarität in Staat und Gesellschaft". Dankansprache von Bundespräsident Roman Herzog anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität zu Padua am 24. September, URL: http://195.145.53.84/reden/de/padua.htm [Stand: 2002-07-19]

Homann, Karl, 2004, Unternehmen und Global Governance, in: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, 43. Jg., Nr. 2

Hurrelmann, Klaus / **Albert**, Matthias, 2002, Jugend 2002, 14. Shell Jugendstudie, Zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus, Frankfurt am Main

HVB – HypoVereinsbank, 2003, Gesundheitsmarkt 2013, URL: http://www.hvbdirekt.de/content/lst/gesund.html [Stand: 2003-07-01]

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, 2003, IAB Kurzbericht Nr. 10, Nürnberg

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2000, Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse 2000, URL: http://www.awa-online.de/daten11.htm [Stand: 2000-07-13]

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2001, Allensbacher Bericht Nr. 18, URL: http://www.ifd-allensbach.de/news/prd_0118.html [Stand: 2002-07-11]

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2002, Die Deutschen haben an innerer Kraft gewonnen, in: allensbacher berichte Nr. 13, Allensbach

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2003, Reformbereitschaft in Deutschland, Eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung ab 16 Jahre, im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Tabellenband (unveröffentlicht)

IfD – Institut für Demoskopie Allensbach, 2004, Bericht 6570, Der Wert der Freiheit, Allensbach

ifep Kommunikationsforschung GmbH, 2002, Anhebung der Versicherungspflichtgrenze, Ergebnisdarstellung einer Repräsentativbefragung unter freiwillig gesetzlich Krankenversicherten, URL: http://www.pflicht-versicherung.de/PDF/umfrage.pdf [Stand: 2002-08-27]

IMD – International Institute for Management Development, 2002, IMD Competitiviness Yearbook 2002, Lausanne

IMD – International Institute for Management Development, 2003, IMD Competitiviness Yearbook 2003, Lausanne

IMD – International Institute for Management Development, 2004, IMD Competitiviness Yearbook 2004, Lausanne

IMF – International Monetary Fund, 1997, International Financial Statistics Yearbook, Washington

IMF – International Monetary Fund, 2002, International Financial Statistics Yearbook, Washington

IMF – International Monetary Fund, 2003, International Financial Statistics Yearbook, Washington

IMS Health, 2001, Pressemitteilung vom 20. November, Frankfurt am Main

Ingelhart, Ronald, 1998, Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften, Frankfurt am Main/New York

Institut für Mittelstandsforschung, 2003, Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen, Kurzfassung der Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn im Auftrag des BMWA, Bonn, URL: http://www.ifm-bonn.org [Stand: 2004-02-11]

Janßen, Peter, Arbeitsrecht und unternehmerische Eistellungsbereitschaft, in: iw-trends, Vierteljahreszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, 31. Jg., Nr. 2, S. 16–25

Kahneman, Daniel / **Tversky**, Amos, 1979, Prospect Theory: An Anaylsis of Decision Under Risk, in: Econometrica, 47, S. 263–291

Kaufmann, Franz-Xaver, 1970, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart

Klages, Helmut, 1998, Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B38, S. 29–38

Klages, Helmut, 2002, Der blockierte Mensch. Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung, Frankfurt am Main/New York

Klös, Hans-Peter / **Peter**, Waltraut, 2001, Strategien einer aktivierenden Sozialpolitik, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Fördern und Fordern. Ordnungspolitische Bausteine für mehr Beschäftigung, Köln, S. 177–210

Klös, Hans-Peter / **Weiß**, Reinhold (Hrsg.), 2003, Bildungs-Benchmarking Deutschland, Was macht ein effizientes Bildungssystem aus?, Köln

Kondratieff, Nikolai D., 1926, Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Politik, Bd. 56, S. 573–609

Kreß, Hartmut, 2001, Art. „Verantwortung“, in: Honecker, Martin et al. (Hrsg.), Evangelisches Soziallexikon. Neuausgabe, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 1.659–1.663

Lenz, Hermann (Hrsg.), 2002, Die europäische Seele, Leben und Glauben in Europa, Wien

Locke, John, 1943, Of Civil Government. Two Treatises (Chapter V: Of Property), London/New York, S. 129–141

Lübbe, Hermann, 1993, Sicherheit, Risikowahrnehmung im Zivilisationsprozess, in: Bayerische Rück (Hrsg.), Risiko ist ein Konstrukt, München, S. 23–41

Luhmann, Niklas, 1991, Soziologie des Risikos, Berlin/New York

Maaß, Frank / **Clemens**, Reinhard, 2002, Corporate Citizenship: Das Unternehmen als „guter Bürger“, in: Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 94 NF, Wiesbaden

McKinsey / **stern.de** / **t-online**, 2002, perspektive deutschland. Projektbericht zur größten Online-Umfrage Deutschlands, Düsseldorf

Mehlkop, Guido, 2002, Wirtschaftliche Freiheit, Einkommensungleichheit und physische Lebensqualität. Eine international vergleichende Studie, Opladen

Meier, Bernd, 1999, Mobile Wirtschaft – immobile Gesellschaft, Gesellschaftspolitische Konsequenzen der Globalisierung, Köln

Meier, Bernd, 2000, Kommunitarismus, Politische Idee, Programmatik und empirische Befunde, Beiträge zur Wirtschaft- und Sozialpolitik Nr. 260, Köln

Meier, Bernd, 2002, Mehr Gemeinsinn! Eine richtige Antwort auch auf die Globalisierung?, Köln

Miles, Marc A. / **Feulner**, Edwin J. / **O`Grady**, Mary Anastasia, 2004, 2004 Index of Economic Freedom, Washington, DC/New York

Müller-Armack, Alfred, 1974, Genealogie der sozialen Marktwirtschaft, Bern/Stuttgart

Nefiodow, Leo A., 1996, Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information, Sankt Augustin

Noelle- Neumann, Elisabeth, 1996, Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale, Frankfurt am Main

Noelle-Neumann, Elisabeth / **Köcher**, Renate (Hrsg.), 2002, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 11, Allensbach/München

North, Douglass C., 1988, Theorie des institutionellen Wandels, Tübingen

OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development, 2002, Lernen für das Leben. Erste Ergebnisse von PISA 2000, Paris

OECD – Organisation for Economic Co-Operation and Development, 2004, Main Science and Technology Indicators, Bd. 1, Paris

Olson, Mancur, 1991, Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit, 2. Auflage, Tübingen

Olson, Mancur, 1998 (1968), Die Logik kollektiven Handelns, 4. durchgesehene Auflage, Tübingen

Pimpertz, Jochen, 2002, Leitlinien zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, Beiträge zur Wirtschaft- und Sozialpolitik Nr. 271, Köln

Popper, Karl R., 1977, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1: Der Zauber Platons, München

Radnitzki, Gerard, 1984, Die ungeplante Gesellschaft – Friedrich von Hayeks Theorie der Evolution spontaner Ordnungen und selbstorganisierender Systeme, in: Gutowski, Armin / Molitor, Bruno (Hrsg.), Hamburger Jahrbuch für Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik, 29. Jahr, Tübingen, S. 9–33

Radnitzki, Gerard, 1998, Für ein politikfreies Zusammenleben, in: Gesellschaft für kritische Philosophie (Hrsg.), Aufklärung und Kritik. Zeitschrift für freies Denken und humanistische Philosophie, Sonderheft 2, Nürnberg, S. 16–38, auch: URL: http: www.gkpn.de/liberal2.htm [Stand: 2002-09-13]

Radnitzki, Gerard, 2001, Die Wissenschaftstheorie des kritischen Rationalismus und das Argument zugunsten der Freiheit, in: Aleksandrowicz, Dariusz / Ruß, Hans Günther (Hrsg.), Realismus – Disziplin – Interdisziplinarität, Amsterdam/Atlanta, S. 260–275

Schelsky, Helmut, 1976, Der selbständige und der betreute Mensch, Stuttgart

Schmid, Josef, 1998, Herkunft und Zukunft der Wohlfahrt. Entwicklungspfade zwischen ökonomischem Globalisierungsdruck, staatlich vermittelter Solidarität und gesellschaftlicher Leistung im Vergleich, Tübingen, URL: http://www-uni-tuebingen.de/uni/spi/WIP-01.DOC [Stand: 03-08-26]

Schröder, Christoph, 2003, Personalzusatzkosten in der deutschen Wirtschaft, in: iw-trends. Vierteljahreszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, 30. Jg., Nr. 2, Köln, S. 37–45

Schumpeter, Joseph A., 1961, Konjunkturzyklen, Bd. 1, Göttingen

Slaby, Martin / **Urban**, Dieter, 2002, Risikoakzeptanz als individuelle Entscheidung. Zur Integration der Risikoanalyse in die nutzentheoretische Entscheidungs- und Einstellungsforschung, in: Schriftenreihe des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart, Nr. 1, Institut für Sozialwissenschaften, Stuttgart

Smith, Adam, 1949, Theorie der ethischen Gefühle oder: Versuch einer Analyse der Grundlagen, mit deren Hilfe die Menschen natürlicherweise das Verhalten und den Charakter zunächst ihrer Mitmenschen und sodann ihrer selbst beurteilen, bearbeitet nach der letzten Aufl. von Hans Georg Schachtschabel, Frankfurt am Main

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2002, Koalitionsvertrag 2002–2006. Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit, URL: http://www.spd.de/servlet/PB/menu/1023283/ [Stand: 2003-09-03]

Starr, Chauncey, 1993, Sozialer Nutzen versus technisches Risiko, in: Bechmann, Gotthard (Hrsg.), Risiko und Gesellschaft, Grundlagen und Ergebnisse interdisziplinärer Risikoforschung, Opladen, S. 3–24

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2002, Datenreport 2002, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2003, Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Jahresgutachten 2002/03, URL: http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/jg02.html [Stand: 2003-09-03]

Tacke, Walter, 2001, Erziehungsziele gestern und heute, in: TNS EMNID, Umfrage und Analyse, Nr. 5/6, Bielefeld

The World Bank, 2003, Human Development Indicators 2003, URL: http://www.undp.org/hdr2003/indicator/indic_110_1_1.html [Stand: 2004-01-26]

TNS EMNID, 2003, Gesundheitspolitik, o.O., URL: http://www.vfa.de/de/presse/artikel/emnidgesundheitswesen2003.html [Stand: 04-03-16]

TNS EMNID, 2004, Die Hochschulreform aus Sicht der Studierenden. Eine Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, o.O.

Tversky, Amos / **Kahneman**, Daniel, 1974, Judgement Under Uncertainty: Heuristics and Biases, in: Science Vol. 185, Washington, DC u. a., S. 1.124–1.131

UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development, 2003, World Investment Report 2003, New York/Genf

UN – United Nations, 2003, World Population Prospects: The 2002 Revision Population Database, URL: http://esa.un.org/unpp/ [Stand: 2003-08-26]

von Hayek, Friedrich A., 1968, Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Kieler Vorträge NF 56, Kiel

von Hayek, Friedrich A., 1971a, Der Weg zur Knechtschaft, Neuausgabe, München

von Hayek, Friedrich A., 1971b, Die Verfassung der Freiheit, Tübingen

von Hayek, Friedrich A., 1972, Die Theorie komplexer Phänomene, in: Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 36, Tübingen

von Rosenbladt, Bernhard, 2000, Freiwilliges Engagement in Deutschland, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Gesamtbericht, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart

Weber, Max, 1919, Politik als Beruf, München/Leipzig

Weber, Max, 1978, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, 7. Auflage, Tübingen, S. 17–206

Weiß, Reinhold, 2003, Reformagenda: Wege zu mehr Qualität, in : Klös, Hans-Peter / Weiß, Reinhold (Hrsg.), Bildungs-Benchmarking Deutschland, Köln, S. 383–420

Zapf, Wolfgang / **Breuer**, Sigrid / **Hampel**, Jürgen / **Krause**, Peter / **Mohr**, Hans-Michael / **Wiegand**, Erich, 1987, Individualisierung und Sicherheit, Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, München

Zukunftskommission Gesellschaft 2000 (Hrsg.), 1999, Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft, Stuttgart

Kurzdarstellung

Der Beitrag nimmt die Debatte um die Reformen des Sozialstaates zum Anlass, die Grundwerte von Freiheit und Eigenverantwortung in einen ordnungspolitischen Zusammenhang zu stellen und ihre Akzeptanz empirisch zu prüfen. Der Staat hat zwar diese Grundwerte zu schützen und zu verteidigen, ist aber in eine ordnungspolitische Falle geraten, indem er den Menschen immer mehr die Freiheit zur Selbstsorge abgenommen hat. Die empirischen Daten zeigen, dass die Gewährung von Freiheit und Eigenverantwortung für Wachstum und Wohlstand unverzichtbar ist. Die Bevölkerung ist zwar dem liberalen Modell zugeneigt, doch starke Gewöhnungseffekte zeitigen oftmals ein Festhalten an kollektiven Sicherungen. Im internationalen Vergleich gehört Deutschland zu den westeuropäischen Ländern, deren Menschen liberale Werte mit am deutlichsten befürworten.

Abstract

Prompted by the current debate over social reforms, the author looks at the role of freedom and individual responsibility in the way German society is structured and investigates the empirical evidence for the population‘s attitude to these fundamental values. Although theoretically responsible for protecting and defending these basic principles, the State has in fact fallen into a trap whereby the country‘s political structures increasingly deprive people of their freedom to fend for themselves. The empirical data show that guarantees of freedom and individual responsibility are essential for growth and prosperity. Although the population as a whole takes a favourable view of the liberal model of society, they have also grown accustomed to collective social security arrangements and tend to cling to them tenaciously. Among western European nations, Germany is one of the countries whose populations most clearly endorse liberal values.

Der Autor

Bernd Meier, Dr. rer. soc.; Studium der Sozialwissenschaften an den Universitäten Bochum und Göttingen und Promotion in Bochum; seit 1979 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Arbeitsbereich „Sozialer und technischer Wandel“.